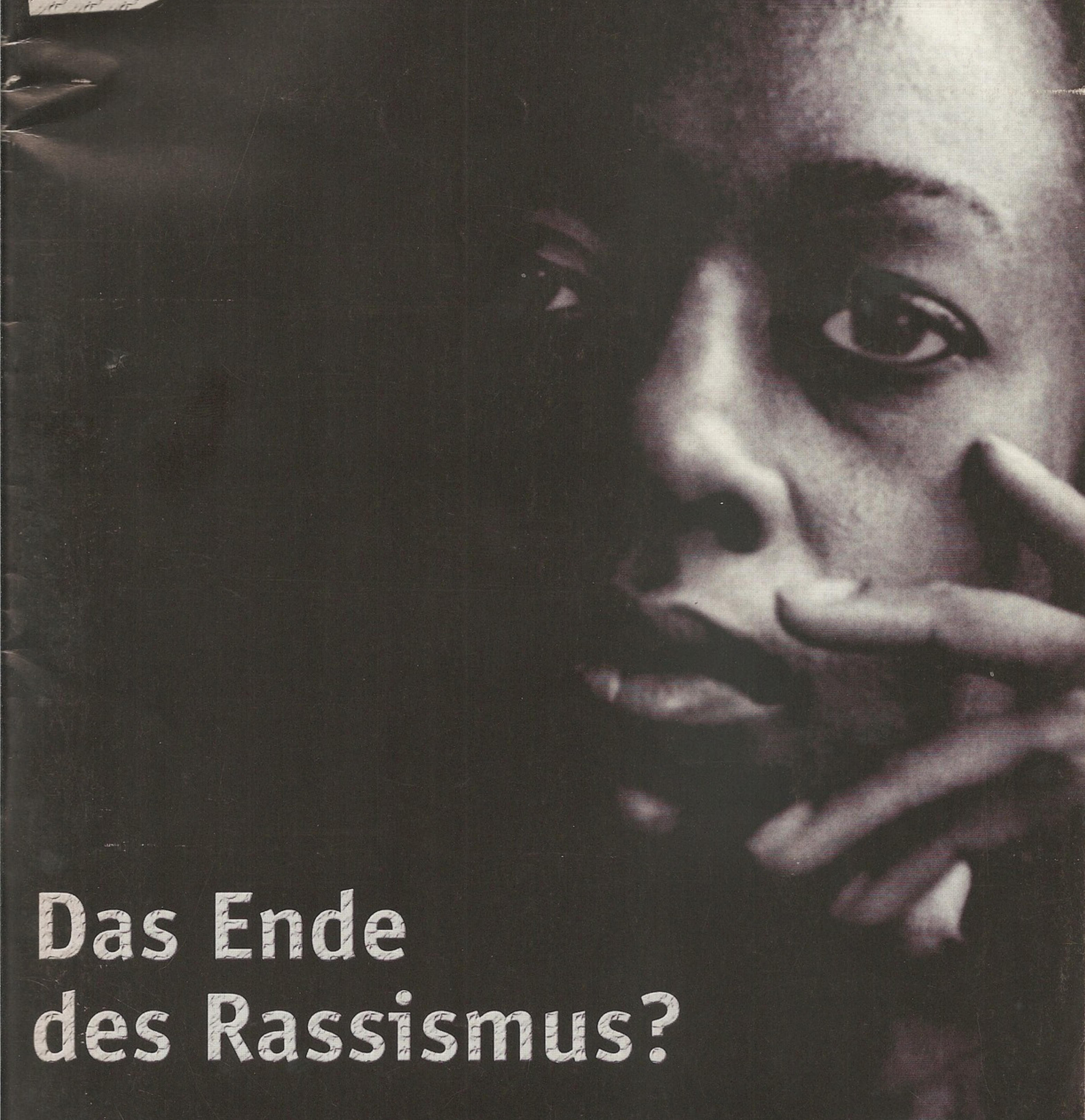
Nr. 71 21. Jahrgang 1/2001 8,-DM

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Das Ende des Rassismus?

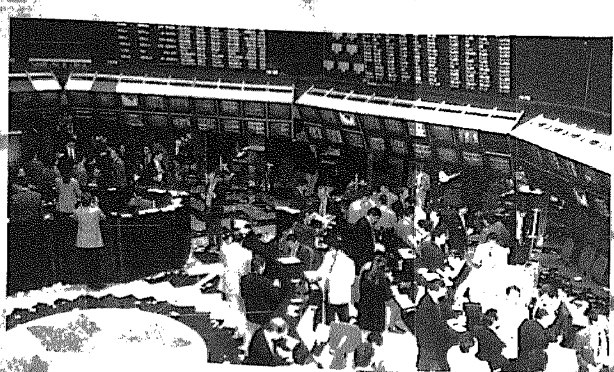
Mexiko • ETA • Anti-AKW • Interview mit D.Tudor • Agnoli • Bankraub

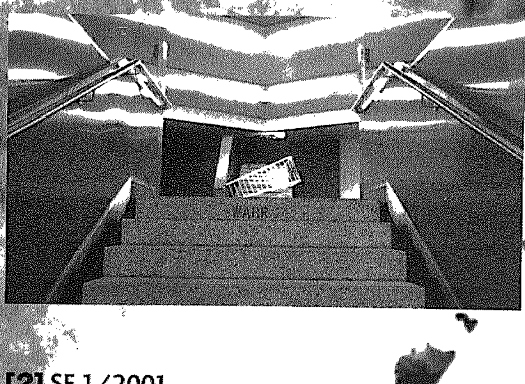


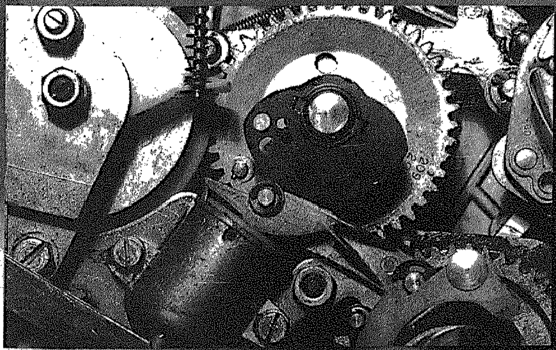
SF-Spendenliste

(wir wollen Euch auch an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der SF jetzt »gemeinnützig« hergestellt wird, d.h. wer eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt brauchen kann, mag diese bei uns anfordern!)

E.F., Berlin 10.-; O.K., Heilbronn 22.-; T.G., Aachen 15.-; R.P., Hamburg 70.-; H-F., Hildesheim 70.-; W.F., Vlotho 10.-; Förderverein Subkultur, Freiburg 70.-; Falling Down Records, Münster 105.-, Max-Laufer-Stiftung, Zürich, 1000.-







Seite 35 – 37
Verfassungspatriotismus und Fundamentalopposition
Interview mit Johannes Agnoli über die Rolle gegenwärtiger Opposition

Inhalt

Nr. 71

Seite 39 – 43
Was bedeutet »integrative« Demokratie?
Fortsetzung der Diskussion über social ecology/libertären Kommunalismus mit den Entwurf von Takis Fotopoulos.



Titelfoto: Fadenarchiv Hintergundfoto: Ralf Maro/version

Liebe AbonnentInnen und liebe LeserInnen,

erstmal merci für Eure Geduld, der Faden ist im Jahr 2000 nicht gerade häufig erschienen. Ganz so untätig, wie es erscheint, waren wir dennoch nicht.

Der Grund für die langen Pausen lag auch nicht an mangelnder Resonanz Eurerseits oder Ermüdungserscheinungen unsererseits, sondern zum einen an der mangelnden Zeit der bisherigen Redakteure, die vermehrt existentielle Probleme bewältigen mussten und zum anderen an den notwendig gewordenen Umstrukturierungen. D.h. wir haben vor der Nr.70 das Lay Out umgestellt, weg vom Klebelayout und Leuchttisch hin auf Computer und Scanner; das ging natürlich nicht ohne die damit verbundenen Schwierigkeiten vonstatten, finanziell bedeutete dies nochmals einen Kraftakt für uns privat, da wir auf neue Computer umgestiegen sind, die der Faden nicht kaufen konnte. Ein weiterer Anlass, der uns über die Struktur des Fadens nachdenken liess.

Im Rahmen der Genossenschaftsdiskussion für den Trotzdem-Verlag haben wir auch für den Schwarzen Faden ein neues Trägerkonzept entwickelt. Im Oktober 2000 entstand die Trägerschaft eines gemeinnützigen Vereins. Der Verein zur Förderung libertärer Bildungsarbeit (VFLB e.V.) mit Sitz in Frankfurt, wurde inzwischen gegründet und hat die beantragte Gemeinnützigkeit vom Finanzamt bescheinigt bekommen, d.h. wir können jetzt vollgültige Spendenbescheinigungen ausgeben und wollen Euch selbstverständlich auf diese Möglichkeit, Steuern umzuleiten, aufmerksam machen! Bei uns wisst Ihr wenigstens genau, wofür eure Steuern verwendet werden! Mit Erscheinen dieser Ausgabe dürfte auch die Eintragung beim Ordnungsamt durchgegangen sein, so dass Ihr von uns auch Mitgliedsanträge für die Fördermitgliedschaft im Verein anfordern könnt (Eintrittsgeld 10 Euro).

Was soll der Verein?

Zunächst übernimmt der Verein die Herausgeberschaft des Fadens vom bisherigen Trotzdem-Verlag, der im Frühjahr 2001 in die geplante Trotzdem-Verlagsgenossenschaft umgewandelt wird. Damit trennt sich der Faden formal vom Verlag, bleibt dem Verlag jedoch über die betreibenden Personen praktisch und theoretisch verbunden.

Wir versprechen uns von diesem Träger-Konzept für den Schwarzen Faden insbesondere:

1) die finanzielle Absicherung der Zeitschrift
2) die Möglichkeit mit dem entsprechenden Finanzpolster eine höhere Auflage zu drucken, um an die Bahnhofskioske zu gehen
3) die langfristige Umsetzung der Zeitschrift ins Internet als Internet-Zeitschrift, Kosten ca. 5000.-DM
4) die Professionalisierung der Zeitschrift auf lange Sicht, d.h. z.B. als Fernziel die Auszahlung von Honoraren für Archivarbeit, Artikel, Photos, Recherchen etc.

Hinzukommt eine organisatorisch höhere Flexibilität, die wir für libertäre Bildungsarbeit nutzen können, wie z.B.:

5) die Anmietung von Räumlichkeiten für die Ausrichtung von Veranstaltungen, Treffen, Diskussionen, Lesungen, Vorträge etc.

Wenn das Jahr 2000 nur eine reguläre Nummer gesehen hat, so wurde immerhin mit diesem Trägerkonzept das zukünftige regelmässige Erscheinen des SF abgesichert, fehlen nur noch Eure Spenden.... wir denken da an den ak (der mal wieder 60.000.-DM zum Weitermachen sammelt, wie jedes Jahr übrigens). Nein, so vermessen sind wir natürlich nicht, aber da Eure Spende nun konkret Steuern spart, denken wir schon, das einige Spenden mehr hereinkommen müssten als bislang.

Und wie geht es nun mit dem regelmässigen Erscheinen weiter?

Wir haben uns auch darüber die Köpfe heiss diskutiert. Drei Ideen kristallisierten sich heraus:

a) wir akzeptieren unsere mangelnde Zeit und stellen auf eine einjährige Erscheinungsweise in Form einer Buchzeitschrift um
b) wir erkennen die Zeichen der Zeit und stellen auf eine reine Internetzeitschrift um, die von uns laufend aktualisiert werden könnte und mit der Zeit ein Archiv zu allen relevanten Themen aufbaut
c) wir legen den Schwerpunkt auf die Regelmässigkeit, erscheinen weiter 4 mal im Jahr, tragen aber der Situation insofern Rechnung, dass wir den Umfang des Fadens nicht mehr auf 72 S. festschreiben, sondern völlig offen lassen.

Wir wollten die Präsenz. Die Lösung c) fand letztlich mehrheitlich Zustimmung, so dass wir uns dafür entschieden. D.h. Ihr werdet 72 Seiten oder gar mehr in Händen halten, wenn wir dazu in der Lage sind, diese herzustellen bzw. wenn Ihr uns mit sehr guten Beiträgen eindeckt und Ihr werdet vermutlich zunächst mal dünnere Ausgaben mit 40 oder 64 Seiten in die Hände bekommen, wenn uns die mangelnde Zeit weiterhin Probleme macht. Sicherstellen wollen wir, dass der Faden ab 2001 wieder 4x-jährlich erscheint. Gelingt es die finanzielle Seite über die Spenden deutlich zu verbessern, werden wir parallel zur realen Zeitschrift schrittweise die virtuelle Zeitschrift aufbauen.

Bitte verbreitet deshalb die Möglichkeit Steuergelder in den Faden umzuleiten: es bleibt vorläufig bei unserem Konto:

Postscheckkonto Stuttgart, W. Haug, KtoNr. 57463-703, BLZ 60010070.

Wer Interesse an einer Mitgliedschaft im Verein hat, dem/der schicken wir gerne auf Anfrage die Satzung und ein Mitgliedsformular zu.

Wie sieht es mit der geplanten Genossenschaft aus?

Auch hier sind wir sehr zuversichtlich, dass wir den Plan im Frühjahr 2001 in die Realität umsetzen können. Eine vorläufige Satzung ist bereits erarbeitet, ein Rundbrief an alle Interessierten vom August 2000 beschreibt die Verlagsschwerpunkte, die wir für machbar und wünschenswert halten, der Berliner Genossenschaftsverband für klein- und mittelständische Betriebe hat uns signalisiert, dass wir aufgenommen werden könnten. Wir erstellen derzeit die notwendige finanzielle Planung für die nächsten drei Jahre, die vom Genossenschaftsverband gefordert wird, erarbeiten eine ausführlichere Vorstellung der Trotzdem-Verlagsgenossenschaft, die als Mitglieder-Werbebroschüre erscheinen soll und sammeln Mitglieder, die verbindlich eintreten (Mindesteinlage 500.-DM, dann gestaffelt: 1000, 1500, 2000 usw.) und dieses Geld bereits auf ein Konto einbezahlen. Dabei muss angemerkt werden, dass wir die bisherige Werbung auf 500.-DM = 1 Anteil abgestellt haben. Der Genossenschaftsverband hat uns nun bedeutet, dass dies unüblich sei; es sei ein Teil als Eintrittsgeld zu verbuchen, etwa 20 DM. Auch sollten wir auf Euro umstellen. Wir wollen nun jedoch nicht all denjenigen, die sich dankenswerterweise bereits gemeldet und gezeichnet haben, nachträglich mit Eintrittsgeld kommen. Deshalb bleibt es bis zur ersten Hauptversammlung bei der bisherigen Werbung. Auf dieser Hauptversammlung wird dann vermutlich beschlossen werden, dass wir Neumitglieder mit Eurobeträgen und gegen Eintrittsgeld aufnehmen. Wer bis dahin seinen/ihren Eintritt erklärt, kann einen Teil seines Geldes als Eintritt »spenden«, muss aber keinesfalls!

Am Beginn unserer Werbung stand das Ziel ca. 200-400 MitgenossInnen zu werben. Dies würde uns einen Wunschstart ermöglichen. Bislang sind es (Stand Dez.2000) 64 alte KreditgeberInnen, die ihre bisherigen Kredite an den Verlag in Genossenschaftsanteile umwandeln werden und 88 neue Mitglieder. Damit sind wir noch etwas von unserem Minimalziel entfernt, aber erstens hoffen wir bis zur Gründung noch weitere Mitglieder zu finden und dann glauben wir auch daran, dass so manche von Euch einsteigen, wenn sie sehen, dass es wirklich geklappt hat, das Ding zu gründen. Wer sich das jedoch bereits jetzt durch den Kopf gehen lässt, sollte uns schon von Anfang an unterstützen, dabei können neben den Einzelpersonen auch »Körperschaften« Mitglieder werden, so sind z.B. bereits das Libertäre Zentrum Hamburg, das Autonome Zentrum Marbach, VEB Laut & Lästig Mannheim oder die Gefangeneninitiative Dortmund Mitglied geworden. Ihr befindet Euch also in interessanter Gesellschaft! Wir freuen uns auch, dass viele langjährige MitarbeiterInnen und AutorInnen des SF bereits Mitglied geworden sind und begrüssen nicht zuletzt auch die ersten Infoläden wie den A-Laden in Berlin oder Buchläden aus dem früheren Verband Linker Buchläden wie den Basis-Buchladen in München und den Jos Fritz-Buchladen in Freiburg.

Also gebt Euch einen letzten Ruck, fordert Mitgliedsformulare an!

Kontaktadr.:
SF-Redaktion, PF 1159, 71117 Grafenau, Fax. 07033-45264

Konto: Genossenschaft in Gründung: VOBA im Krs. Böblingen, W. Haug, Ktonr. 452 622 000, BLZ 603 900 00

wolfgang haug

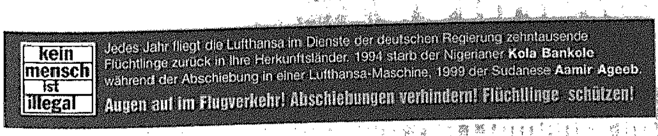
Lufthansa klagt gegen kein mensch ist illegal

Es ist eine Erklärung, die es in sich hat. Mit Schreiben vom 9. Oktober verlangt die Deutsche Lufthansa AG von ihren unliebsamen Kritikern nichts weniger, als sich zu »unterwerfen«. Für Juristen ist das Alltagssprache, zumal wenn es um zivilrechtliche Verfahren und die in diesem Milieu so beliebten Abmahnungen geht. Beklagt wird die »Nutzung der für unsere Mandantin typischen Farben blau/gelb«, die »Verwendung des für unsere Mandantin typischen Schriftzuges« bis hin zu: »Einsatz und Manipulation der für unsere Mandantin eingetragenen Marken." Der Rest ist dann nur noch Formsache: Lufthansa werde in eine Ecke mit nationalsozialistischen Organisationen gestellt, obwohl die Abwicklung einer Abschiebung doch den Endpunkt eines rechtsstaatlich abgewickelten Verfahrens darstelle. Und was die Anwälte des gekränkten Kranichs daraus dann folgern, klingt noch simpler: Alle inkriminierten Inhalte sollten »unverzüglich aus dem Internet entfernt werden«.



Stein des Anstoßes ist eine Ausstellung auf der URL: »http://www.stadtrevue.de/kmii/frame/pla00.htm«. Zu sehen ist dort politische Plakatkunst, die hart ins Gericht geht mit der Praxis der Lufthansa, Plätze auf Linienflügen für Abschiebungen in alle Welt zur Verfügung zu stellen. Am 16. Oktober verstrich das Ultimatum, das die Anwälte der Deutschen Lufthansa AG der »Kölner Stadtrevue« und einem Aktivisten von »kein mensch ist illegal« stellten. Die beiden Beklagten blieben hart und weigern sich die Ausstellung vom Webserver zu nehmen. Sie sprechen von eine »dreisten Angriff auf die Freiheit der Kunst« und schalteten ihre Anwälte ein. Was nun vermutlich folgen wird, ist eine politische und juristische Auseinandersetzung, die fast genau zehn Jahre nach dem Beginn der legendären McLibel-Kampagne das Zusammenwirken von Netzaktivismus und konzernkritischer Imageverschmutzung auf eine erneute Probe stellen könnte.

Anfang des Jahres 2000 hatte »kein mensch ist illegal« Künstler dazu aufgerufen, sich an einem etwas außergewöhnlichen Wettbewerb zu beiteiligen: Gesucht wurden Plakatentwürfe, die sich kritisch mit der Abschiebepraxis der Lufthansa auseinandersetzen. Anlass war der Tod des sudanesischen Flüchtlings Aamir Ageeb an Bord des Lufthansafluges LH558 von Frankfurt nach Kairo. Drei Beamte des Bundesgrenzschutzes hatten den 30jährigen Sudanesen so brutal misshandelt, dass er erstickte. Die Grenzschützer hatten ihm einen Motor-



Fotos: kein mensch ist illegal

radhelm aufgesetzt, ihn an Händen und Füßen gefesselt und beim Start der Maschine mit aller Gewalt seinen Kopf zu den Knien gedrückt. Bei einer Zwischenlandung in München konnte dann nur noch die Leiche von Ageeb ausgeschafft werden.



Während dieser Vorfall die bundesdeutsche Öffentlichkeit vergleichsweise kalt liess, rief die Ausschreibung des Plakatwettbewerbs ein unerwartet großes Echo hervor. Aus den zahlreichen Einreichungen kürte die Fachjury einen Siegerbeitrag, die besten Entwürfe wurden außerdem in eine Ausstellung aufgenommen, die seit Anfang Mai auf mehrere Monate im Voraus ausgebucht ist und durch Deutschland und europäischen Nachbarländer tourt. Zu sehen sind Entwürfe, die einen interessanten Einblick in die aktuelle, politisch motivierte Plakatkunst geben. Manche Beiträge orientieren sich am sicherlich bekanntesten Vertreter des Genres, Klaus Staeck, der in den 70er und 80er Jahren aktuelle politische Auseinandersetzungen in pointierten Montagen aufgriff, um seinerzeit populäre Misstände anzuklagen. Andere Plakatentwürfe benutzen Techniken, wie sie von »Adbusters« in den USA kultiviert wurden. Dabei geht es darum, mit geringst möglichem Aufwand die kommerzielle Werbebotschaft umzukehren: Gesucht wird der kritische Moment, dessen taktische Wendung das gesamte Beiwerk zum Einsturz bringt. Adbusters hatten diese Technik in den 80er Jahren vor allem an großen Werbeflächen im öffentlichen Raum erprobt, wo oft nur einzelne Wörter oder gar Buchstaben manipuliert werden mussten, um die gesamte Konzernpolitik zu desavouieren.

Mit den digitalen Bildbearbeitungswerkzeugen und der Webpräsenz der Unternehmen ist dies heutzutage natürlich keine große technische Herausforderung mehr. Die Aktivisten von »kein mensch ist illegal« konnten vor dem Start ihrer Kampagne gegen die »Deportation.Class« der Lufthansa dank des Plakatwettbewerbes im März 2000 auf eine Vielzahl von grafischen Elementen zurückgreifen, die später nach dem Baukastenprinzip miteinander kombiniert und neu zusammengesetzt wurden. Der Wettbewerb war kein üblicher Ausscheidungswettkampf, denn am Ende gab es ausschließlich Sieger. Eine typische »Win-win-Situation« würden die Kollegen aus den Agenturen wahrscheinlich dazu sagen. Für die Aktivisten war dies umso wichtiger, als in den traditionellen politischen Kontexten üblicherweise ein akuter Bildermangel herrscht. Texte gibt es in der Regel zuhauf: Flugblätter, Pamphlete, Presseerklärungen - meistens viel zu lang und selten auf den Punkt gebracht. Für die »Deportation. Class« -Kampagne dagegen konnte »kein mensch ist illegal« aus einem unerschöpflichen Fundus von mehr oder weniger gelungenen Ideen, Slogans und Persiflagen schöpfen, deren grafische Umsetzung entweder schon einmal angedacht war oder einfach auf der Hand lag. Das kollektive Brainstorming vor der öffentlichen Präsentation der Kampagne auf der Internationalen Tourismus-Börse löste darüber hinaus einen kreativen Boom aus: Online und offline, auf Webseiten und auf Zeitungspapier, in Filmspots und kleinen Animationen wurde die Kampagne in die verschiedensten Richtungen weiterentwickelt. Eine »Corporate Identity«, wie sie bei NGO-Kampagnen noch als das Gelbe vom Ei gilt, war nicht nötig: Darum kümmerte sich ja mit einem immensen finanziellen Aufwand der Lufthansa-Konzern mit seinen professionellen Angestellten und immensen Ressourcen. Was die Aktivisten zu besorgen haben, ist Kommunikationguerilla: Unter schonendem Einsatz der Kräfte immer dort auftauchen, wo der Gegner einen gerade nicht vermutet. Auch wenn nur kurz nach dem Ende des Toywar, die Analogie eines Airwar nahe lag, wurde nicht Krieg gespielt, sondern Theater: Mit Aktionen, die eher Performances waren als herkömmliche Demonstrationen ließen die Aktivisten von »kein mensch ist illegal« bislang kaum eine günstige Gelegenheit aus, auf den zwischenzeitlich auch juristisch äußerst fragwürdig gewordenen Transport von Zwangspassagieren per Linienflug hinzuweisen: Vor Reisebüros und an Flugschaltern, vor den konzerneigenen Fortbildungszentren und an Flugschulen, auf Fachmessen und am Lufthansa-Partnertag auf der Expo tauchten die Aktivisten auf, um zumindest für Verwirrung zu sorgen. Am Hamburger Flughafen zum Beispiel tarnten sie sich im April als Mitarbeiter einer Werbeagentur die unter Lufthansa-Kunden eine Umfrage startete, inwieweit Passagiere der Business oder Economy Class auch einmal bereit wären, in die Deportation.Class umzusteigen. Die meisten Befragten wollten dies nicht ausschließen: »Wenn's billiger ist, warum nicht?«



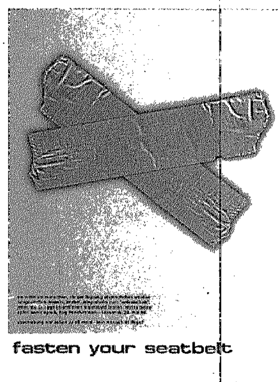
Informationsmaterial wurde den schon größere Frustrationen gewohnten Flugblattverteilern aus den Händen ge-

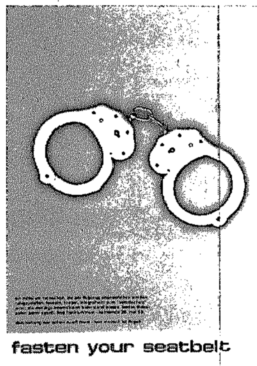
rissen. Und nicht gerade selten kam es zu überraschendem Feedback in den Lufthansa-Call-Centern, wo die Mitarbeiter wahrscheinlich wohl für längere Dementis umgeschult werden mussten, nachdem in zahlreichen Städten in Reisebüros Anfang April auf einmal fingiertes Werbematerial für die »Deportation.Class« auslag: »Buchen Sie Lufthansa Deportation Class«, stand auf dem Prospekt. »Hier bieten wir Ihnen bis zu 30 Prozent Preisnachlass auf alle Flüge, weil ein abgetrennter Bereich der Maschinen für Rückführungen von abgewiesenen Asylbewerbern reserviert ist." Versprochen wurden »Wartelistenpriorität« und eine »erhöhte Freigepäckmenge«. Der Deutschen Lufthansa AG blieb nichts anderes, als sich am 11. April in einer eilig einberufenen Pressekonferenz von der »zynischen und menschenverachtenden Machart« zu distanzieren. Der Flugblätter wohlgemerkt, und nicht der Abschiebepraxis. Trotzdem: Es stand Eins zu Null für die Aktivisten von »kein mensch ist illegal« und die Bildzeitung prägte die inzwischen legendäre Schlagzeile: »Arme Lufthansa!«

Unterstützt von soviel Rückenwind holten die Aktivisten von »kein mensch ist illegal« zum großen Schlag aus: Die jährliche Aktionärsversammlung am 15. Juni im ICC Berlin drohte zwischenzeitlich fast im Chaos zu versinken, nachdem »kein mensch ist billegal« und »Kritische Aktionäre« Aktienpakete in Höhe von mehreren Millionen Mark erworben hatten oder übertragen bekamen. Auf der Hauptversammlung und in der Medienberichterstattung am nächsten Tag schien es fast nur noch ein Thema zu geben: »Deportation.Class« und ihre schädlichen Auswirkungen für das Image der Fluglinie, der gerade den Umbau zur »E-viation«-Konzern betriebt. Unter die Proteste mischten sich aber auch versöhnliche Töne. Nachdem am Ende der Versammlung Lufthansa-Chef Jürgen Weber mit rotem Kopf bekannt gab, der Vorstand werde auf höchster Ebene mit dem Innen- und dem Verkehrsministerium über eine Entbindung von der Transportpflicht für die sogenannten »Schüblinge« verhandeln, war eine Entspannung des Konfliktes in Sicht. Lufthansa hatte sich bei Teilen der Aktivisten sogar gewissen Respekt verschafft, indem die Webadresse der Kampagne im Rahmen einer Antragsbegründung nicht nur per Post an Zigtausende von Aktionären in der ganzen Welt verschickt wurde, wie dies laut gültigem Aktienrecht unausweichlich ist, sondern auch direkt vom Webserver der Lufthansa aus verlinkt wurde – beileibe keine Selbstverständlichkeit.

Umso größeres Unverständnis löst jetzt der juristische Gegenangriff der Lufthansa AG aus. Wirklich erklären kann sich niemand den Hintergrund der »blindwütigen Attacke«, wie ein Jan Hoffmann, ein Sprecher von »kein mensch ist illegal«, die Abmahnung von Anfang Oktober nennt. Lufthansa werde sich wieder einmal einen Bärendienst erweisen, ist die eine Vermutung. »Die Einleitung gerichtlicher Schritte wird zu nichts anderem als zu einer weiteren Verbreitung konzernkritischer Inhalte führen«, sagt Hoffmann. Die Lufthansa AG solle sich besser um ihr angekratztes Bild in der Öffentlichkeit – nicht zuletzt im Ausland – sorgen, statt KritikerInnen der Abschiebepraxis mit horrenden Schadensersatzforderungen zu bedrohen. »Der Konzern muss die Abschiebungen in der Deportation.Class stoppen – nicht die Ausstellung!« Andere Aktivisten sehen einen radikalen Kurswechsel, der womöglich bei Gesprächen zwischen Innenminister Schily und Lufthansa-Chef Weber zum Thema Abschiebungen in Lufthansa-Maschinen eingeleitet worden sei. Ende September fanden dem Vernehmen nach die auf der Hauptversammlung angekündigten Gespräche auf höchster Ebene statt. Die Frankfurter Rundschau berichtete, »schwere Bedenken von Luftrechtsexperten gegenüber zwangsweisen Flug-Abschiebungen haben das Bundesinnenministerium verunsichert«.

Was in den Kölner Konzernetagen der Lufthansa womöglich als Befreiungsschlag gegenüber den missliebigen Angriffen der Aktivisten gedacht war, könnte sich allen Erfahrungen nach sehr schnell als Eigentor erweisen. »kein mensch ist illegal« kündigte an, sich von den Drohungen mit hohen Schadensersatzforderungen sowie langwierigen und kostspieligen Prozessen nicht einschüchtern zu lassen. Die Ausstellung werde nicht vom Netz genommen, beschloss auch der Domain-Name-Inhaber »Kölner Stadtrevue«. Zusätzlich dürfte eine Mirror-Kampagne für eine möglichst weite Verbreitung der Ausstellungsplakate sorgen. »kein mensch ist illegal« gibt an, schon vor dem offiziellen Start der Mirror-Aktion Dutzende von Angebote vor aus aller Welt erhalten zu haben, der Ausstellung »politisches Asyl« zu gewähren. Die Drohgebärden der Lufthansa, die sich überraschenderweise gar nicht einmal gegen die eigentliche Plakatausstellung, die zur Zeit im Kunsthalle Exnergasse in Wien zu sehen ist, sondern ausschließlich auf die Webpräsenz der Plakate gemünzt ist, werden den Konflikt »von den Flughäfen und Reisebüros ins Internet verlagern«, heisst es in Aktivistenkreisen. In den letzten Monaten hätte sich die Kampagne eingehend mit den Chancen und Möglichkeiten elektronischer Protestformen beschäftigt. »Dass die Lufthansa uns jetzt so einen Steilpass zuspielt«, habe sich aber niemand vorstellen können.





Florian Schneider

LINKS

http://www.lufthansa.com/ LH homepage
http://www.stadtrevue.de/kmii/frame/pla00.htm« Ausstellung (original)
http://www.stadtrevue.de Koelner Stadtrevue
http://www.contrast.org/borders/kein kein mensch ist illegal
http://www.deportation-alliance.com Internationale Plattform der Anti-Abschiebungsaktivisten
http://www.deportation-alliance.com/LH Deportation.Class Kampagne gegen Abschiebungen mit der Lufthansa
http://www.mcspotlight.org/ Mclibel sache
http://www.aamir-ageeb.de.vu/ Aamir Ageeb Homepage
http://www.v2.nl/mail/v2east/2000/Jan/0090.html Ausschreibung Plakatwettbewerb
http://www.staeck.com/ edition Staeck
http://www.adbusters.org/ Cultural Jammers Homepage
http://www.kritische-aktionaere.de Kritische Aktionäre
http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/8272/1.html Reinhold Grether in Telepolis über LH-Hauptversammlung
http://www.lufthansa-financials.de/deutsch/ir/verans/gegen_f.htm Lufthansa linkt auf Deportation.Class Kampagne
http://www.wuk.at/kunsthalle/ Kunsthalle Exnergasse
Quelle: http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/8956/1.html

Der neue gesellschaftliche Antifaschismus



Foto: Christian Ditsch/version

von Libertäres Zentrum Hamburg

In der letzten Zeit erleben wir eine Verschärfung rassistischer Angriffe von Neonazis und eine außergewöhnliche Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte dagegen. Einerseits sind hierfür recht vordergründige Interessen der deutschen Wirtschaft, nämlich die Sorge um den »Standort Deutschland« verantwortlich. Andererseits gibt es bei vielen Menschen eine aufrichtige Ablehnung des faschistischen Terrors und starke Sympathien für die Opfer. Gesellschaftliche Entwicklungen sind immer ambivalent und widersprüchlich. Auch in der aktuellen Diskussion um Einwanderung und das Verbot von Naziorganisationen wird dies deutlich.

Nachdem der Versuch, Deutschland als völkisches und rassistisches Projekt zu definieren, mit dem Faschismus einen Höhepunkt erreichte, ist es seit den 60er Jahren ein Einwanderungsland – wie früher in der Geschichte auch schon. Die Menschen die als sogenannte Gastarbeiter ins Land kamen und ihre Kinder haben trotz Diskriminierung und Ausgrenzung gerade in den Metropolen eine internationale Normalität geschaffen. Dies ist ein fester Bestandteil der Gesellschaft. Für einen großen Teil der Bevölkerung ist es schlicht Normal mit Menschen aus der Türkei, Osteuropa oder Afrika gemeinsam in der U-Bahn zu sitzen, oder Menschen von anderen Kontinenten als Stars im Fernsehen zu bewundern. Mensch geht wahlweise indisch, italienisch oder japanisch essen und hört abwechselnd kubanischen Salsa, skandinavischen Pop oder schwarzen Soul. Die Vorstellung hiervon, zu einer irgendwie gearteten deutschen, völkischen Einheitskultur zurückzukehren, mit Musikantenstadl und Semmelknödel, erscheint vor diesem Hintergrund absurd. Für die große Mehrheit der Menschen in Deutschland wäre so etwas eine skurrile Schreckensversion. Es scheint daher unmöglich.

Während die Gesellschaft einerseits kulturell wesentlich toleranter geworden ist, verstärken sich andererseits die Tendenzen von Brutalisierung und Ausgrenzung. Der Kampf Jeder gegen Jeden im Betrieb oder in der Schule wird härter. Es gibt regelrechte Kampagnen, wahlweise gegen sozial Schwache, sogenannte »Sozialschmarotzer«, oder gegen nicht integrierte Volksgruppen wie etwa die Kurden und Kurdinnen.

Rassismus und Solidarität sind gleichermaßen in der Mitte der Gesellschaft vorhanden. Einerseits forderte die Mehrheit der Deutschen eine drastische Verschärfung des Asylrechts, andererseits gingen Millionen von Menschen Anfang der 90er Jahre aus Empörung über rassistische Morde auf die Straße. Selbst Abschiebungen in Folterstaaten lösen keinen allgemeinen Schrei der Entrüstung aus, aber immer wieder gibt es antirassistische Initiativen aus integrierten gesellschaftlichen Sektoren. Oft sind es Schulklassen, die sich plötzlich politisieren um die drohende Abschiebung von MitschülerInnen zu verhindern und im Einzelfall große öffentliche Unterstützung erfahren.

Die Gesellschaft und damit das Identifikationsmodell »Nation Deutschland« befindet sich im Umbruch. Weg von der Völkischen Blutsgemeinschaft, hin zum »Unternehmen Deutschland«. Staat und Nation werden stärker als soziale Sicherungssysteme und Interessenwahrer im internationalen Konkurrenzkampf angesehen, denn als Ausdruck einer »Stammesgemeinschaft«. Die Herkunft von Belegschaft und Management des Standortes Deutschland wird zunehmend unwichtig, was zählt ist der Erfolg!

Die Werte und Muster nach denen Identifikation und Ausgrenzung funktionieren verändern sich. Diese Werte werden maßgeblich von den jeweiligen Eliten beeinflußt und die aktuellen Leitbilder entstammen zu einem großen Teil den multikulturellen, leistungsfähigen Milieus der Informationstechnologie und Medienbranche. Klassische »völkische« Muster spielen in diesen Kreisen eine immer geringere Rolle. Die Yuppies von heute sehen sich als Teil einer globalen Elite innerhalb eines globalen Sy-

stems. Die von den Medien bejubelten Macher, Aktienschieber und Firmengründer der »New Economy« mitsamt ihrem Anhang, brauchen die Welt als Geschäftsfeld und entstammen gleichzeitig selbst einer veränderten, weltoffeneren und »multikulturellen« Gesellschaft. Farbige oder asiatische Menschen sind in diesen Kreisen als KollegInnen oder Geschäftspartner durchaus Willkommen. Vorausgesetzt natürlich sie entsprechen dem Bild das von den Lifestylemagazinen für uns alle als verbindlich festgelegt wird. Mensch muß jung sein, intelligent und leistungswillig, sein Geld am Computer verdienen, in den üblichen Szenebars verkehren und auch sonst die fade Plastikkultur verkörpern. Die Zugehörigkeit zur »germanischen« und darüber hinaus überhaupt zu irgendeiner »weißen Rasse«, verliert demgegenüber in diesen Kreisen und damit für breite Schichten rapide an Bedeutung. Wer sich in diese Umgebung integrieren will, für den wird die Hautfarbe ein weit weniger wichtiges Kriterium beim gesellschaftlichen Aufstieg sein als früher. Er wird akzeptiert werden wenn er über die aktuell nachgefragten Fähigkeiten – das Know how – und die nötige Durchsetzungskraft verfügt.

Abgelehnt werden dagegen Menschen mit geringem Bildungsstand und solche mit ausgeprägten kulturellen Eigenarten. Wer sich nicht assimilieren will oder dies etwa auf Grund von zu großen sprachlichen Problemen nicht schafft, der bleibt für die Gesellschaft ein Fremder. Dies gilt für die vor Krieg und Unterdrückung geflohenen AlbanerInnen und KurdInnen, die Sinti und Roma aber anders als früher auch für »Landsleute« wie z.B. die Russlanddeutschen. Im Gegensatz etwa zu den Vertriebenen, nach dem Ende der Naziherrschaft, schlägt den Einwanderern aus Kasachstan oder von der Wolga, heute oft Ablehnung entgegen. Verachtung wird ihnen gerade auch von den Nazis entgegengebracht, mit denen die jugendlichen Aussiedler oft in gewalttätige Auseinandersetzungen geraten. Anstatt sich zu integrieren pflegen die Deutschrussen und Russinnen oft ihre alte Kultur und bilden eigene Gemeinschaften.

Einwanderung als Notwendigkeit

Die Angst vor dem Fremden und der dieses ausnutzende und verstärkende Rassismus, sind in Deutschland, so wie fast überall auf der Welt äußerst mobilisierungsfähig. Dies zeigte sich in der jüngeren Vergangenheit in der Hetze gegen die Kurden oder in der widerlichen Kampagne der CDU gegen die doppelte Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig sind Entwicklungen eingetreten die rassistische Positionen und selbst einflußreiche nationalistische Akteure ins Abseits drängen. So tauchte in der bürgerlichen Presse die Zahl von mehreren hunderttausend EinwandererInnen jährlich(!) auf, die Deutschland braucht, nur um die Sterberate auszugleichen. Um also die grundsätzlichsten sozialen Funktionen der Gesellschaft, nämlich die Rentenzahlungen oder die Krankenversicherung, trotz Kürzungen überhaupt aufrecht zu erhalten, brauchen wir exakt die so lange verteufelte »Ausländerflut«. Die einzige rassistische Alternative dazu wäre ein massives Zwangsschwangerschaftsprogramm. Beim aktuellen Trend zum Singlehaushalt, und auch sonst, eine glücklicherweise schwer vorstellbare Möglichkeit. Das typische Klientel der Rechten, der rassistische Rentner, der reaktionäre Kleinbürger kommen hierdurch in die für sie verzwickte Situation, das ihre eigene Existenz nicht mehr von der alten Volksgemeinschaft sondern nur von einer Einwanderungsgesellschaft gesichert werden kann.

Einen wichtigen Schwenk markiert auch die Greencard - Kampagne der SPD Regierung. Jahrzehntelang wurden mit der Konkurrenz zwischen deutschen und eingewanderten Arbeitern und Arbeiterinnen rassistische Vorbehalte geschürt. Kampagnen für die Abschiebung von Menschen dienten in den letzten 20 Jahren dem Machterhalt, insbesondere der Unionsparteien. Auf einmal sollen jetzt zehntausende von ausländischen Technologiespezialisten angeworben und nach Deutschland hinneingeholt werden. Die politische und wirtschaftliche Elite vollzieht hier eine Kurskorrektur und ist stark bemüht ihre Basis hierfür zu verbreitern. Dies zeigt sich deutlich im Verlauf der rechten »Kinder statt Inder«-Debatte. Noch vor einigen Jahren hätte sich wie selbstverständlich diejenige Position durchgesetzt, die eine verstärkte Ausbildung von deutschen Jugendlichen zu Computerspezialisten fordert. Heute sind solche Positionen selbst in der CDU minoritär und die Notwendigkeit zur Anwerbung ausländischer Spezialisten wird von niemandem mehr bestritten. Wichtig für diese Entwicklung war der ungeheure Aktienboom in der Internetbranche und die relative Schwäche der deutschen Wirtschaft in dieser Sparte auf dem Weltmarkt. Die explodierenden Gewinne und Kurse die selbst alte Börsianer mit den Augen rollen ließen, schufen eine ganz eigentümliche Psychologie. Alle Welt fing auf einmal an Aktien zu kaufen. Alle wollten teilhaben an diesem modernen Goldrausch. Entweder als Aktionär, oder doch wenigstens als Leichtmatrose auf dem Schiff »Unternehmen Deutschland«, für den schon irgendwie auch was abfällt, sofern nur allgemein der Kurs stimmt.

Die sehr zögernde Reaktion der ausländischen Fachkräfte, etwa in den indischen Hochtechnologie – Kaderschmieden, die nur mitleidig lächelten wenn von Deutschland die Rede war, verpasste der nationalen Borniertheit hierzulande einen gesunden Dämpfer! Wie viele Me-



Foto: Christian Ditsch/Version

dienberichte zeigen, sind die umworbenen Menschen nicht nur über die mangelnden Erfolgschancen der unterentwickelten deutschen IT-Branche informiert. Sie bemängeln zudem die im Gegensatz etwa zur US-Greencard lumpigen Anwerbeangebote und vor allem zeigen sie sich wohlinformiert über die rassistischen Vorkommnisse in Deutschland. Dies ließ eine Menge einflußreicher Leute sehr unruhig werden! Deutschland droht in einer der wichtigsten Zukunftsbranchen – der Computer und Informationstechnologie – den Anschluß zu verlieren. Und zu einem der schwersten Negativposten des Standortes Deutschland war auf einmal der allgemeine Rassismus geworden, welcher der Gesellschaft hier wie in ausgleichender Gerechtigkeit auf die eigenen Füße fällt. In der nachfolgenden Debatte scheint sich zwischen allen Parteien und institutionellen Kräften, einschließlich der CDU/CSU und der Unternehmerverbände der Konsens herausgebildet zu haben, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Die äußerste reaktionäre Extreme darin bildet jene Position die fordert zwischen nützlichen und schädlichen Einwanderern zu unterscheiden. Diese Ansicht wird von bürgerlichen Kreisen scharf kritisiert und als mitverantwortlich für den rassistischen Terror genannt. Das wir aber Einwanderung brauchen, und die Bedingungen hierfür verbessert werden müssen, ist allgemeiner Konsens.

Dies ist es, was die Nazis und die mit ihnen sympathisierenden kleinbürgerlichen Milieus in Rage bringt. Vorrangig für die Politik ist es auf einmal nicht mehr den »Brüdern und Schwestern« im Osten zu helfen und Arbeitsplätze für Deutsche zu Schaffen. Im Gegenteil ist es heute nationale Aufgabe Menschen aus anderen Erdteilen anzuwerben. Und sie, die rassistischen Spießer, sind auf einmal das Hindernis und damit die Prügelknaben. Die Fremden sollen zudem keineswegs irgendwelche schmutzigen Hilfsarbeiten verrichten, sondern sie werden ein Teil der sich neu formierenden Technologieelite. Während mensch früher – aus der Sicht der Rassisten – mit den türkischen und russischen Arbeitsimmigranten wenigstens noch konkurrieren konnte, ist man heute gar nicht erst auf dem Markt gefragt. Hierin liegt in Zukunft ein bedeutender möglicher Mobilisierungseffekt für reaktionäre und faschistische Bewegungen. Früher war mensch, wenn schon ein Taugenichts, dann doch zumindest ein Deutscher. Das dies in der Gesellschaft heute offenbar weit weniger von Rang ist, löst bei einem Teil der sogenannten »Modernisierungsverlierer«, eine Rückwendung zu völkischen Identifikationsmustern aus.

Nazis No Way!

Während für einige Sektoren der deutschen Bevölkerung die Faschisten an Anziehungskraft gewinnen, nimmt ihr Einfluss gesamtgesellschaftlich zur Zeit stark ab. Auf einem ihrer wichtigsten Aktionsfelder, dem Kampf um die Straße, haben die Nazis in Westdeutschland weitgehend versagt. Rechtsradikale Milieus mit festen Anlaufpunkten gibt es etwa in der Hamburger Region nur in Dörfern wie Tostedt oder abgelegenen Stadtteilen wie Bramfeld. Einziger öffentlicher Anlaufpunkt mit Bekanntheitsgrad, war für rechtsradikale Jugendliche aus ganz Norddeutschland der popelige »Club 88« in der Kleinstadt Neumünster. Die Jugendkultur ist insgesamt einer der am stärksten multikulturell geprägten Teile der Gesellschaft. Gerade in den proletarischen Stadtteilen hat sich eine internationale Normalität entwickelt. Diese Kultur ist alles andere als idyllisch. Wie heutzutage üblich kämpft nahezu jeder gegen jeden. Aber die jugendlichen AlbanerInnen, TürkInnen, Deutschen, Serben und Kurden kennen sich meist schon aus dem Kindergarten und betrachten daher die Anwesenheit der jeweils anderen zumindest als vollkommen normal! Die Idole der deutschen Jugendlichen aus diesen Milieus sind oft schwarze Hip-hopper und es gilt in ihren Kreisen als nicht unförderlich, zumindest einige türkische Schimpfwörter zu beherrschen. Die jugendlichen Einwanderer stehen ihren deutschen Altersgenossen in Aggressivität nicht nach und lassen sich nichts gefallen, schon gar nicht von dummen Nazis. Die Stadtteile, aus denen sich Anfang der 80er Jahre die rechte Jugend- und Skinheadoffensive entwickelte, sind damit heute für die Nazis teilweise zu »No go - Areas« geworden oder sie haben dort zumindest einen schweren Stand. Dies ist für die Nazis eine ziemlich fatale Situation. Sie können zwar z.B. in einem Stadtteil wie Hamburg-Willhelmsburg bei unzufriedenen Deutschen Wählerstimmen holen. Aber sie können mit den Rentnern, Alkoholikern und Familienvätern keine SA aufmachen. Sie können nicht die für faschistische Bewegungen so typischen und erforderlichen kriegerisch, militärischen Rituale und Zusammen(ge)hörigkeitsgefühle erzeugen. Es ist ihnen in den westdeutschen Metropolen in der Regel nicht möglich dauerhaft den öffentlichen Raum zu besetzen. Was ihnen hier bleibt, sind gelegentliche, nur unter Polizeischutz durchführbare Aufmärsche, heimliche Konzerte und terroristische Anschläge.

Alles zusammengenommen ergibt sich folgendes Bild: Die Zeiten, da sich die Nazis als verlängerter Arm des deutschen Volkes und der deutschen Nation empfinden konnten, sind vorbei! Schon deshalb weil sich die Begriffe Volk und Nation im Bewußtsein der meisten Menschen von völkischen Definitionen lösen und noch nicht wieder neu formatiert sind. Die ureigensten Projekte der Nazis »Deutschland« und die »Deutsche Rasse« als klar umrissene, definierte Dinge lösen sich auf oder verändern sich. Eine eigene deutsche Volkskultur gibt es schon lange nicht mehr. Was es gibt sind »MTV« und die »United Colors of Benetton«. Deutschland als nationales, völkisches Projekt im alten Sinne ist heute nur noch für Minderheiten – die aber wie im Osten durchaus Millionen von Menschen umfassen können – überhaupt interessant. Daher die Gereiztheit und die augenblickliche Wut der Nazis. Früher konnten sie sich als Vollstrecker des Volkswillens betrachten. Heute haben sie die »schweigende Mehrheit« gegen sich. Diejenigen nämlich die ihre Interessen mit dem Wirtschaftsstandort Deutschland verbunden sehen. Die Na-



zis merken, dass sie ins gesellschaftliche Abseits geraten und versuchen sich mit aller Kraft dagegen zu wehren. Nervosität und Hass bei den Rechten werden noch verstärkt durch die aktuellen gesellschaftlichen Reaktionen. Während in der Vergangenheit die Kampagnen der Rechten dazu führten, das Positionen der Nazis übernommen und sogar Gesetz wurden – etwa beim Asylrecht – erleben wir heute das Gegenteil!

Die Übergriffe der Nazis, insbesondere die regelrechte Welle von Mordanschlägen lösten eine bis dahin unbekannte antifaschistische Mobilisierung aller gesellschaftlicher Kräfte aus. Deutschland muß attraktiv sein, also unbedingt auch sicher. Die Multikulturalität ist durchaus eine der angenehmeren Seiten der Moderne, aber auch ein Standortfaktor. Hierfür soll jetzt die gesamte Gesellschaft mobil gemacht werden. Und wir, alle irgendwie fortschrittlichen Menschen, sind zur Zeit Teil dieser Mobilisierung.

Die Medien überbieten sich gegenseitig mit immer neuen Berichten über Neo-Nazis. Gerade die reaktionären und konservativen Boulevardblätter schüren die Stimmung: »Raus mit dem braunen Dreck« fordert etwa die Bildzeitung und fragt unter den Bildern ermordeter Naziopfer: »Wer wird der nächste sein?«. Eine Suggestivmethode die von dieser Seite sonst nur gegen Linke eingesetzt wurde. Auch die anderen Zeitungen und Fernsehsender sparen nicht mit eindeutigen Kommentaren und Verurteilungen. Ausführlich wird sowohl über die Nazis als auch über alle antifaschistischen Aktivitäten berichtet. Universitäten und wissenschaftliche Institute werten die rassistischen Attacken als katastrophal für ihre Arbeit. Zunehmend werden Einladungen an ausländische Wissenschaftler, von diesen mit Hinweis auf den grassierenden Rechtsextremismus abgelehnt. Bemerkenswert sind die, offenbar ernstgemeinten Aufforderungen des Unternehmerverbandes an seine Mitglieder, aktiv gegen Nazis unter den eigene Beschäftigten vorzugehen. Führende deutsche Firmen kündigten inzwischen an, Zulieferer bei der Auftragsvergabe nicht mehr zu berücksichtigen, wenn sie sich nicht an dem Entschädigungsfond für ehemalige Zwangsarbeiter beteiligen. Die Deutsche Bank und die Postbank begannen damit die Konten der NPD zu kündigen und zwar ausdrücklich aus politischen Gründen um damit ein »demokratisches Zeichen« zu setzen. Die Wirtschaftsleistung der EinwandererInnen wird endlich öffentlich anerkannt, insbesondere das sie erhebliche Leistungen in die Sozialversicherungskassen einbringen. Die Bildzeitung meldet auf einmal sogar, dass das Arbeitsverbot für Asylbewerber, aufgrund von dessen »plötzlich erkannter« Unmenschlichkeit aufgehoben werden soll. Auch das direkte Auftreten der Staatsgewalt gegenüber den Nazis hat sich verändert. Öfter als früher werden Nazikundgebungen verboten oder mit allen, im rechtsstaatlichen und demokratischen Rahmen möglichen Mitteln behindert. Jüngstes Beispiel dafür sind die gescheiterten Naziaktionen in Hamburg. Vor 10 Jahren noch prügelte eine Polizeiarmee tausende von autonomen durch die Hamburger Straßen um einer Gruppe von 20 Neonasen den Weg um die Moorweide freizumachen. Heute nimmt eine nicht weniger gut ausgerüstete Polizei, die Blockade einiger hundert militanter AntifaschistInnen zum Vorwand um die Nazimaschierer umgehend in ihre Busse zurück zu verfrachten und den Spuk zu beenden. Der Wille zum Verbot der NPD ist allgemein. Als erstes wurde diese Forderung von der CSU und ihrem Innenminister Beckstein erhoben und inzwischen wird eigentlich nur noch darüber diskutiert wie es am besten zu bewerkstelligen sei.

Aber auch an der Basis gibt es Bewegung. Sportvereine, Schulen und Gemeinden bilden Projekte gegen Rechts. In Süddeutschland gingen mehrere tausend Menschen aus Protest gegen einen rassistischen Brandanschlag auf die Straße. Es ist eine Debatte in Gang gekommen über Zivilcourage und Eingreifen statt wegsehen, die sich an jeden richtet. Und dies ist die wichtigste aktuelle Entwicklung! Sie zielt viel tiefer als die Verbotsdiskussion um die NPD. Viele Menschen fangen an sich Gedanken zu machen und sie ziehen auch Konsequenzen. Dies zeigt sich in der jüngsten Zeit, im vermehrten eingreifen von Passanten auf der Straße gegen rassistische Übergriffe.

Es wäre falsch, die gegenwärtigen Vorgänge in ihrer Gesamtheit, als den Beginn einer ganz neuen menschlicheren Entwicklung zu deuten. Ebenso falsch ist es sie als reine Heuchelei zu verdammen. Die Empörung über das Unrecht welches die Opfer der faschistischen Anschläge erleiden, ist kein Privileg der radikalen Linken. Jeder Mensch kann es empfinden und braucht sich dafür weder in irgendeiner Szene zu bewegen, noch Zeitschriften mit skurrilen Titeln zu lesen. Zur Zeit scheinen zumindest eine Menge Menschen aufzuwachen, und eine bislang geltende rassistische Normalität zu hinterfragen. Dies ist ein Ansatzpunkt. T.K.

Atomausstieg


Foto: Ute Moschner/version

Schwindel oder Chance?

und was hat der Atomkonsens mit der Liberalisierung des Strommarktes zu tun?

Hans Meeuw

Am 14. Juni 2000 unterzeichneten in Berlin Vertreter der vier größten Energieversorgungsunternehmen (VEBA AG, VIAG AG, RWE AG und Energie Baden-Würtemberg AG) und die Bundesregierung eine Vereinbarung, mit der die zukünftige Nutzung der Atomenergie geregelt werden soll.

Die »Grünen«

Die »Grünen« feierten diese Vereinbarung als »grandiosen Erfolg«, »historische Zäsur«, »Ende der Atomkraft«, »historische Chance«, »ein historisches Etappenziel«, »wir haben den Atomausstieg erreicht, nun leiten wir das Solarzeitalter ein«, »Einstieg in eine neue Energiepolitik«.

Und sie wollen ihre momentane politische Schwäche, die auf »einem Leiden an den Erfolgen, die wir nicht wahrhaben wollen« beruhe (Trittin), überwinden, indem sie sich in Zukunft »überzeugt von der eigenen Politik« darstellen.

Theaterdonner, Opportunitätsargumente, um die Öffentlichkeit darüber hinwegzutäuschen, dass der Konsens von Kanzler Schröder gestaltet wurde und die „Grünen" standpunktlos hinterhergeschwankt sind, um ihre Position als Regierungspartei nicht aufs Spiel zu setzen. Ihre Verliebtheit in die Macht, in Posten, Karriere, Profilierung, scheint grenzenlos zu sein.

Wer davon überzeugt ist, dass die Nutzung der Atomenergie ein Verbrechen an Mensch und Umwelt bedeutet – da diese Technologie Risiken birgt, die grundsätzlich nicht zu kontrollieren und damit nicht zu verantworten sind – der kann sich nicht auf Betriebsgarantien und Neubau von atomaren Anlagen einlassen.

Durch diesen Konsensvertrag wird aber deutlich, dass die »rot-grüne« Bundesregierung, die Energieversorgungsunternehmen sowieso, aber inzwischen auch mehrheitlich die »Grünen« - wie ihr letzter Parteitag am 23. Juni in Münster endgültig demonstrierte –, diese Technologie durchaus für verantwortbar halten. Und zwar in Abwägung zwischen ökonomischen Interessen und Lebensbedingungen.

Die »Grünen« haben damit zum wiederholten Mal gezeigt, dass sie sich letztendlich immer wieder für die Seite des Kapitals entscheiden – für das Kapital, gegen die Menschen!

Hieraus wird deutlich sichtbar, dass es im Kampf gegen die Atomkraft auch gegen eine Politik gehen sollte, die die ökonomische Rationalität und nicht den Menschen in ihren Mittelpunkt stellt.

Anders gesagt, es sollte auch um die Überwindung der Verhältnisse gehen, denen Entwicklung und Einsatz derartiger Technologien konsistent sind. Die Kritik also nicht beschränken auf vermeintliche Auswüchse der herrschenden Verhältnisse, sondern sie muß auch die VerursacherInnen und Ursachen benennen und treffen!

Und das bedeutet sehr viel mehr, als die Nutzung der Atomtechnologie zu stoppen.

Der Konsens-Vertrag

Der Vertrag[3] sichert den Stromkonzernen auf Jahrzehnte kostengünstigen und vor allem auch ungestörten Weiterbetrieb der bestehenden Atomkraftwerke.

Alle Druckmittel – wie z.B. Auflagen in Sicherheitsfragen, oder die Forderung nach Verschärfung oder überhaupt Einhaltung des Entsorgungsnachweises, oder die Erhöhung der Deckungsvorsorge für den Fall einer Katastrophe[4], oder die Besteuerung der milliardenschweren Entsorgungsrücklagen (z.B. haben die großen Energieversorger wie RWE oder E.ON für Entsorgung und Abriss von stillgelegten Atomanlagen geschätzte 70 Milliarden Mark angelegt) und des Brennstoffs Uran – hat die Regierung aus der Hand gegeben. Das wird von den VertreterInnen der Atomindustrie freudig begrüßt[5].

Einige Zitate dazu aus dem Vertrag:

»... soll unter Beibehaltung eines hohen Sicherheitsniveaus und unter Einhaltung der atomrechtlichen Anforderungen für die verbleibende Nutzungsdauer der ungestörte Betrieb der Kernkraftwerke wie auch deren Entsorgung gewährleistet werden.« (S. 1, I. Einleitung.)

»... Bei Einhaltung der atomrechtlichen Anforderungen gewährleistet die Bundesregierung den ungestörten Betrieb der Anlagen.« (S. 3.)

»Die Bundesregierung wird keine Initiative ergreifen, mit der die Nutzung der Kernenergie durch einseitige Maßnahmen diskriminiert wird. Dies gilt auch für das Steuerrecht.« (S. 3) weiter:

– Es ist für alle AKWs zusammen eine Gesamtreststrommenge errechnet worden (2.623,30 TWh netto, realistisch entspricht dies einer Gesamtlaufzeit pro AKW von etwa 35 Jahren). Für diese Rechnung wurden für jedes AKW die fünf ertragreichsten Jahre aus den letzten zehn Jahren zugrunde gelegt und auf 32 Jahre Gesamtlaufzeit hochgerechnet, darauf noch 5,5% Modernisierungsbonus aufgeschlagen.

Selbst fiktive Laufzeiten (11 Jahre, 107,25 TWh) des abgeschalteten Reaktors Mülheim-Kärlich (M.K. wurde 1987 nach einigen Monaten Betriebszeit

durch Gerichtsbeschluß wegen Erdbebengefahr stillgelegt) kommen noch zusätzlich dazu.

– Aber es wurde nicht festgelegt, durch welche Reaktoren die Reststrommenge produziert wird. Die Produktion kann also aus Wirtschaftlichkeitsgründen oder wegen technischer Mängel auf andere Anlagen übertragen werden.

Ausfallzeiten, z.B. durch technische Mängel, verändern nicht die Reststrommenge, verlängern aber die Zeit, die das AKW oder stellvertretend ein anderes produzieren darf. Ein Datum für das Abschalten des letzten AKWs ist nicht festgelegt worden.

– »Die Forschung auf dem Gebiet der Kerntechnik, insbesondere der Sicherheit, bleibt frei«. Das bedeutet z.B., dass das Fusionsprojekt in Greifswald »Wendelstein 7-X«[6] weiterverfolgt und der Forschungsreaktor in Garching (FRM II) – der mit waffenfähigem Uran betrieben werden soll – weitergebaut werden können.

– Die CASTOR-Transporte – bisher geeignete Angriffsmöglichkeiten für den Widerstand – sollen durch den Neubau von Lagerhallen an den Reaktorstandorten (geplant bis 1.7.2005) möglichst umgangen werden.

Bis es soweit ist, »wird gemeinsam nach Möglichkeiten gesucht, vorläufige Lagermöglichkeiten an den Standorten vor Inbetriebnahme der Zwischenlager zu schaffen«.

Die 1998 von Angela Merkel (CDU) gestoppten Brennelementtransporte sollen – bis zur Inbetriebnahme der standortnahen Lagerhallen – wieder aufgenommen werden. Und zwar in die regionalen Lagerhallen Ahaus und Gorleben sowie in die WAAs.

Verschiebt sich der Zeitplan, ist Verlängerung eingeplant.

– Schacht Konrad bei Salzgitter und die Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben sollen weiter genehmigt werden.

Da eine Konditionierungsanlage nur in unmittelbarer Nähe eines Endlagers Sinn macht, vergrößert sich dadurch die Wahrscheinlichkeit für das Endlager Gorleben.

– Der Salzstock Gorleben kann nach einer kurzen Pause – die Erkundung wird für mindestens 3 längstens jedoch 10 Jahre unterbrochen – weiter zum Endlager ausgebaut werden.

Es wird ausdrücklich bestätigt: »Das Moratorium bedeutet keine Aufgabe von Gorleben als Standort für ein Endlager«. Die Zeit soll genutzt werden, um »konzeptionelle und sicherheitstechnische Fragen« zu überprüfen.

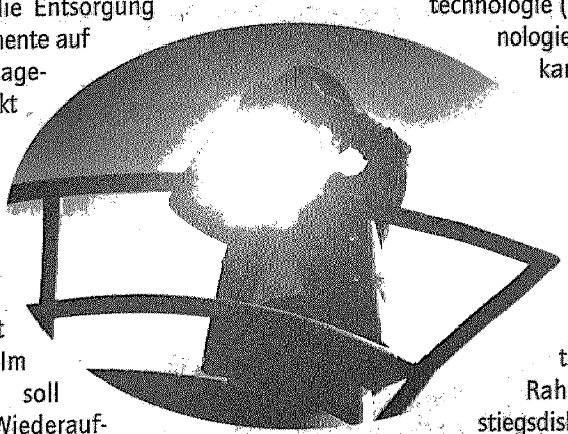
Die nichtrückholbare Lagerung hochradioaktiver Stoffe – wie es der Einschluß im Salz vorsieht – wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Die Probleme mit der Endlagerung radioaktiver Stoffe werden – nach heutigen Vorstellungen – die Erdbewohner nicht mehr los. Deshalb ist es auch so wichtig, dass nicht durch immer weitere Produktion dieser Stoffe, die Probleme noch vergrößert werden.

– Die ungelöste (unlösbare!) Entsorgungsfrage – die Verpflichtung der Betreiber zum Entsorgungsvorsorgenachweis – soll durch entsprechende Gesetzesänderung »gelöst« werden.

Ab dem 1.7.2005, der geplanten Inbetriebnahme der standortnahen Lagerhallen, soll die Entsorgung der Brennelemente auf direkte Endlagerung beschränkt werden.

– Der verkündete Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft findet nicht statt. Im Jahre 2005 soll nicht die Wiederaufarbeitung, sondern es sollen die Transporte aus der BRD dorthin beendet werden. Die vielen tausend Tonnen Atommüll, die in La Hague und Sellafield lagern, werden noch etliche Jahre für volle Auslastung der WAAs sorgen. »Angelieferte Mengen dürfen verarbeitet werden.«



Und, am Mittwoch, den 5. Juli 2000 vereinten Siemens (34%) und Framatome (66%) endgültig ihr Nukleargeschäft. Die neue Gesellschaft heißt Framatome ANP (Advanced Nuclear Power) und hat ihren Sitz in Paris. Siemens und Framatome vereinbarten schon Ende 1999 eine enge Kooperation mit der französischen Atomfirma Cogéma (Betreiberin der WAA La Hague), wonach Paketlösungen für die Versorgung mit und die Entsorgung von Brennelementen angeboten werden. Cogéma wiederum ist Großaktionär von Framatome.[7] ANP wird weltweit führender Anbieter von Atomkraftwerks-Technik und -Service (ohne Wiederaufarbeitung) und rechnet längerfristig mit einer »weltweiten Renaissance« der Atomenergie.

– Nach einem Regierungswechsel kann dieses Zeitspiel sowieso wieder verändert werden. Die Union hat angekündigt (Angelika Merkel bei der Bundestagsdebatte zum Atomausstieg vom 29. 6.) die Vereinbarung »bei einem Regierungswechsel 2002« wieder rückgängig zu machen.

Andere Anlagen der Atomindustrie, wie die Urananreicherungsanlage in Gronau – die mit Unterstützung der rot/grünen Regierung von Nordrhein-Westfalen zu einem weltweit führenden Unternehmen ausgebaut werden soll -, wie die Brennelementefabrik in Lingen, oder die fast täglich stattfindenden Transporte mit radioaktivem Material, oder der Uranabbau, oder gar der Atomstromimport, oder der Export von Atomtechnologie (u.a. Atomtechnologie gegen Strom!) kamen in den Konsensgesprächen gar nicht vor.

Aber es scheint mir zu kurz gedacht, den Konsensvertrag alleine im Rahmen der Ausstiegsdiskussion aus der Atomkraft beurteilen zu wollen. Ich denke, er muß auch als ein entscheidender Schritt betrachtet werden, mit dem sich die Regierung sukzessive aus der Verantwortung für die Energieversorgung der Gesellschaft herauszieht und sie verstärkt dem Markt überläßt.

Um das zu verstehen, sollten wir uns mit den Liberalisierungs- und Globalisierungs-Offensiven, die von den hoch industrialisierten Ländern ausgehen, und die weltweit Konsequenzen für alle gesellschaftlichen Bereiche haben, auseinandersetzen.

Strommarkt

Mit dem Konsensvertrag werden die staatlichen Beihilfen/Subventionen für die Atomindustrie weiter garantiert oder sogar ausgebaut. Das betrifft u.a. die Steuerfreiheit der Rückstellungen für Entsorgung und Abriss der Anlagen, ein fast vollständiger Verzicht auf eine



Deckungsvorsorge für den Fall einer Katastrophe und Verzicht auf einen konkreten Entsorgungsnachweis (s. auch oben: „der Konsens-Vertrag"). Ohne diese staatliche Förderung wäre die Atomenergieproduktion nie konkurrenzfähig gewesen und widerspricht jetzt auch dem Geist der Liberalisierung und Globalisierung des Energiemarktes – greift in das so gepriesene „Freie Spiel der Wechselkräfte" ein.

So ist die skurrile Situation entstanden, dass der Konsensvertrag, der von Rot/Grün als Ausstieg aus der Atomenergie versucht wird werbewirksam zu verkaufen, notwendig wurde, um das Überleben der Atomindustrie auf dem liberalisierten Markt zu gewährleisten.

Mit der Liberalisierung des deutschen Strommarktes sinken die Gewinne der Versorger (nach der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) sind in den vergangenen beiden Jahren die Strompreise für die Industriekunden um 30 bis 50 Prozent, für Privatkunden um 10 bis 20 Prozent zurückgegangen) – »Preise liegen teilweise unter den Selbstkosten« (Manfred Timm, Vorstandssprecher der HEW) –, ein Effekt, der durch die Fusion zu milliardenschweren Einheiten und radikaler Rationalisierung ausgeglichen werden soll.

Das bedeutet z.B.:

– Neuaufteilung des Strommarktes (der Strommarkt in der BRD wird demnächst von vier Konzernen (RWE/VEW, Veba/Viag, EnBW/EdF und Veag/Bewag/HEW(?), Southern Energy und zu 70% von zwei Konzernen (RWE/VEW, Veba/Viag) beherrscht),

– Kampf um Marktanteile – die kleineren Stromproduzenten werden von den Großen einverleibt,

– Einsparung bei der Strombeschaffung (z.B. Import von Atomstrom!),

– im Personalbereich, Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen im Zusammenhang mit dem Abbau von Stellen (z.B.: Nach dem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer der VDEW, Eckhard Schulz sind seit 1995 von insgesamt 190.000 Arbeitsplätzen auf dem Strommarkt bereits etwa 40.000 Stellen abgebaut worden. Die RWE will anläßlich der Fusionierung mit der VEW 12.500 Stellen abbauen),

– Abbau der Sicherheitsanforderungen.

Die Stadtwerke z. B. in Bremen[8], Hamburg, Kiel, Berlin, Baden-Würtemberg sind oder werden an große Konzerne verkauft. Damit verabschiedet sich der jeweilige Senat von seinem Einfluß auf eine eigenständige Energiepolitik des Landes.

Sind die Märkte erst aufgeteilt, die Kleinen geschluckt, werden die Preise wieder neu festgelegt werden.

Und die Konzerne werden die Atomkraftwerke solange weiterbeteiben – jetzt sogar unter staatlich zugesichertem Schutz – solange sie Profit abwerfen.

Was tun?

Wir müssen der Forschung und vor allem auch den mit den Forschungsergebnissen arbeitenden ökonomischen Bereichen, der Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse, Grenzen setzen.

Das gilt für die militärische und zivile Nutzung der Atomenergie ebenso wie auch z.B. für die Gentechnologie.

Sogenannte wissenschaftliche/technische Fortschritte – das Machbare – und deren Verwertung sind nicht per se gut, nützlich und emanzipatorisch für Mensch und Umwelt.

Aber alle wissenschaftlich gewonnene Erkenntnis wird erfahrungsgemäß unter der Herrschaft des Marktes – und die wird ja gerade durch Neoliberalismus und Globalisierung ausgebaut und gefestigt – technisch umgesetzt, sobald sie Profit verspricht.

Zu beurteilen, woran zu forschen, wie zu verwerten, was gut , nützlich und emanzipatorisch für Mensch und Umwelt ist, ist keine Frage einer »objektiven Wahrheit«, sondern letztendlich eine der gesellschaftlichen Utopie[9].

So ist auch die Frage, ob sich der Salzstock Gorleben für die Endlagerung radioaktiver Stoffe eignet oder nicht, nicht zu beantworten, in dem nach einer vermeintlich technischen, »objektiven Wahrheit« gesucht wird. Die gibt es nicht – denn in die technischen Fragestellungen und auch in die Ergebnisse (die immer Interpretationen sind) gehen das jeweilige Menschenbild/Gesellschaftsbild, die jeweiligen politischen/ökonomischen Vorstellungen mit ein. Das, was für die Anti-AKW-Bewegung »nicht geeignet« heißt, kann für die Atomindustrie oder die Regierungen durchaus »geeignet« heißen. Und da führt der Streit um die technischen Details weg von den eigentlichen gesellschaftlichen Widersprüchen. Das trifft auch für die Forderung zu, »außerhalb von Gorleben nach einem ›geeigneten‹ Standort zu suchen«.

Das meine ich auch, wenn ich dafür plädiere, unseren Kampf nicht nur gegen eine »Maschine« zu richten, sondern uns für eine Gesellschaft einzusetzen, in der diese »Maschine«, diese menschenfeindliche Technologie keinen Platz hat.

Unter den neuen Bedingungen wird der Kampf gegen Atomtechnologie nicht ohne den Kampf gegen Neoliberalismus und gegen die Philosophie, die dahinter steckt, auskommen, und da müssen wir weltweit Verbündete suchen.

Viele Menschen hatten Hoffnungen in die »Grünen« gesetzt. Sie sind mit ihrem Glauben, über die Parlamente grundsätzlich etwas verändern zu können, gescheitert und fühlen sich jetzt wieder am Anfang, wie vor etwa 25 Jahren. Deshalb sind sie jetzt vielleicht offen für Auseinandersetzungen außerhalb der Parlamente. Das sollten die verschiedenen politischen Strömungen nutzen, um das eigene Ghetto zu überwinden. Das bedeutet nicht, die eigenen Positionen aufzugeben oder anderen aufzuzwängen, aber zu versuchen, sie sich gegenseitig zu vermitteln, voneinander zu lernen, zum gemeinsamen Handeln zu kommen!

Was kommt auf uns zu?[10] Nur einige Beispiele:

– Atomtransporte laufen bisher fast ungehindert ständig durch die BRD (z.B. Brennelemente, Uranhexafluorid) auch über die Häfen von Hamburg und Bremerhaven, oder durch Bremen

– Lagerhallen für abgebrannte Brennelemente sollen demnächst an allen Standorten der AKWs (z.B. in Esensham, ganz in der Nähe von Bremen) gebaut werden.

– Die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben und das Endlager für mittel und schwach aktive Stoffe Schacht Konrad bei Salzgitter sollen weiter genehmigt werden.

– Beladene CASTOR-Behälter sollen von der WAA La Hague nach Gorleben gebracht werden[11] oder auch – bis die Lagerhallen gebaut oder die notdürftigen Plätze eingerichtet sind – von verschiedenen Standorten nach Ahaus, Gorleben oder in die WAAs.

Wo immer die Anti-AKW-Bewegung in letzter Zeit zusammenkam, hat sie erklärt, dass sie alles daransetzen wird, sich den Transporten in den Weg zu stellen.

Anmerkungen:

3 Wortlaut der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen s. http://www.BerlinOnline.de/aktuelles/berliner_zeitung/.html/Konsenspapier.html

4 Auch nach der Erhöhung der Deckungsvorsorge von 500 Millionen Mark auf 5 Milliarden Mark sind weit weniger als 1% der zu erwartenden Schäden bei einer Reaktorkatastrophe versichert. Aber wie hoch sind wohl Gesundheit und Leben, die Zerstörung der Lebensbedingungen und das damit verbundene Leid anzusetzen? Durch die zu erwartenden Krankenhauskosten und Beerdigungskosten?!

5 »Berlin, 15.Juni 2000. Deutsches Atomforum sieht Weiterbetrieb der Kernkraftwerke auf Jahre hinaus gesichert - mahnt Gesamt-Energiepolitik an. Den ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke auf Jahre hinaus gesichert sieht der Präsident des Deutschen Atomforums Otto Majewski durch die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Kernkraftwerksbetreibern. »Unser erklärtes Ziel, die deutschen Kernkraftwerke zu wirtschaftlich akzeptablen Bedingungen weiterhin nutzen zu können, haben wir erreicht.« Insofern habe es keine Alternative zum jetzt erreichten Verhandlungsergebnis gegeben. Majewski betonte, dass man das angestrebte Ziel eines Kernenergie-Ausstiegs aus ökologischen wie aus ökonomischen Gründen unverändert für falsch halte . Man habe aber zur Kenntnis zu nehmen, dass die Bundesregierung diese Technologie beenden möchte. Die »rot-grüne« Bundesregierung wäre durchaus in der Lage gewesen, den Bestand und den Betrieb der deutschen Kernkraftwerke nachhaltig zu beeinträchtigen. Der »ausstiegsorientierte Gesetzesvollzug«, wie er in einigen Bundesländern jahrelang praktiziert worden sei, mache dies deutlich. Vor dem Hintergrund politisch motivierter möglicher Beeinträchtigungen sei es im Interesse der Aktionäre, der Mitarbeiter und des Wirtschaftsstandortes Deutschland richtig gewesen, eine derartige Einigung als zweitbeste Lösung zu akzeptieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei ein Mehr an Erfolg für die Energieversorgungsunternehmen nicht erzielbar gewesen. Entscheidend sei aber, so Majewski, dass jetzt auf viele Jahre hinaus der Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke sichergestellt sei. Nichts anderes sei das Ziel des nunmehr erreichten Kompromisses aus der Sicht der Energieversorger angesichts der Position der Bundesregierung gewesen. Ergebnis des jetzt Erreichten dürfe es nicht sein, dass bereits mittelfristig deutscher durch europäischen Kernkraftstrom ersetzt werde. Majewski: »Das wäre wieder einmal ein klassisches deutsches Eigentor.« Auch der sogenannte Fadenriss bei der Weiterentwicklung der Kernenergie müsse verhindert werden. Kernenergie sei keine Auslaufveranstaltung. Kindern und Enkelkindern müsse die Kernenergieoption, die sie künftig sicherlich bräuchten, erhalten bleiben. Daher sei das EPR-Projekt eines modernsten Reaktortyps mit höchstem Sicherheitsstandard auch in Deutschland weiter zu verfolgen. (...) Majewski warnte auch davor, im Ausland das Ergebnis als einen unumkehrbaren Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland zu interpretieren. Lutz Fleischer; http://www.atomforum.de «

6 Am 7. Juli 2000 eröffnete Schröder das weltweit größte Forschungsprojekt zur Energiegewinnung durch Kernfusion. Das zeigt, dass die Bundesregierung nicht generell aus der Energiegewinnung durch Atomtechnologie aussteigen will, sondern sich z.B. die Option Kernfusion offen hält.

7 S. hierzu auch: »Siemens und Framatome bilden neuen Atomkonzern - Fusionswelle auf dem Atommarkt«, Henrik Paulitz, ak 436, 16.März 2000.

10 Zum Austausch, zur Koordination und zur Information zu all diesen Fragen trifft sich in Bremen das Bremer Anti-Atom-Forums (BAAF) jeden dritten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr.
Kontakt. Infoladen, St. Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen, 0421-700144.



Foto: Herby Sachs/version

¡Qué aprovechel!

Der Regierungswechsel in Mexiko und die Reaktionen der Zapatistas

von Emma Schuster



Foto: Jens Holst/version

Für den Lehrstuhl der Ideengeschichte

– Wie du deine Ideen verändert hast, Manolo !
– Nein, Pepe, hab ich nicht.
– Aber ja doch, Manolo. Du warst Monarchist. Du wurdest Falangist. Danach warst du Francist. Später Demokrat. Bis vor kurzem warst du mit den Sozialisten und heute bist du von den Rechten. Und da sagst du, dass du nicht deine Ideen verändert hast ?
– Aber nein, Pepe. Meine Idee war immer die selbe : Bürgermeister von diesem Ort zu sein. »[1]

Mexiko ist eine Demokratie, alles wird gut (und die Erde ist eine Scheibe)

Nach 71 Jahren an der Macht dankte die Staatspartei PRI (Partei der institutionalisierten Revolution) ab und übergab den Präsidentensitz an Vicente Fox, Angehöriger der PAN (Partei der Nationalen Aktion). Die Wahlen am 2. Juli 2000 waren weniger ein Zeichen für Fox als gegen das System der Staatspartei, die zum ersten Mal seit der mexikanischen Revolution keine Mehrheit erlangen konnte. Wie das durch diesen Wechsel entstandene »Machtvakuum« (so es denn wirklich eines ist) gefüllt wird, steht, so die Hoffnung vieler, noch zur Disposition. Ob dies jedoch so ist, lässt sich bezweifeln.

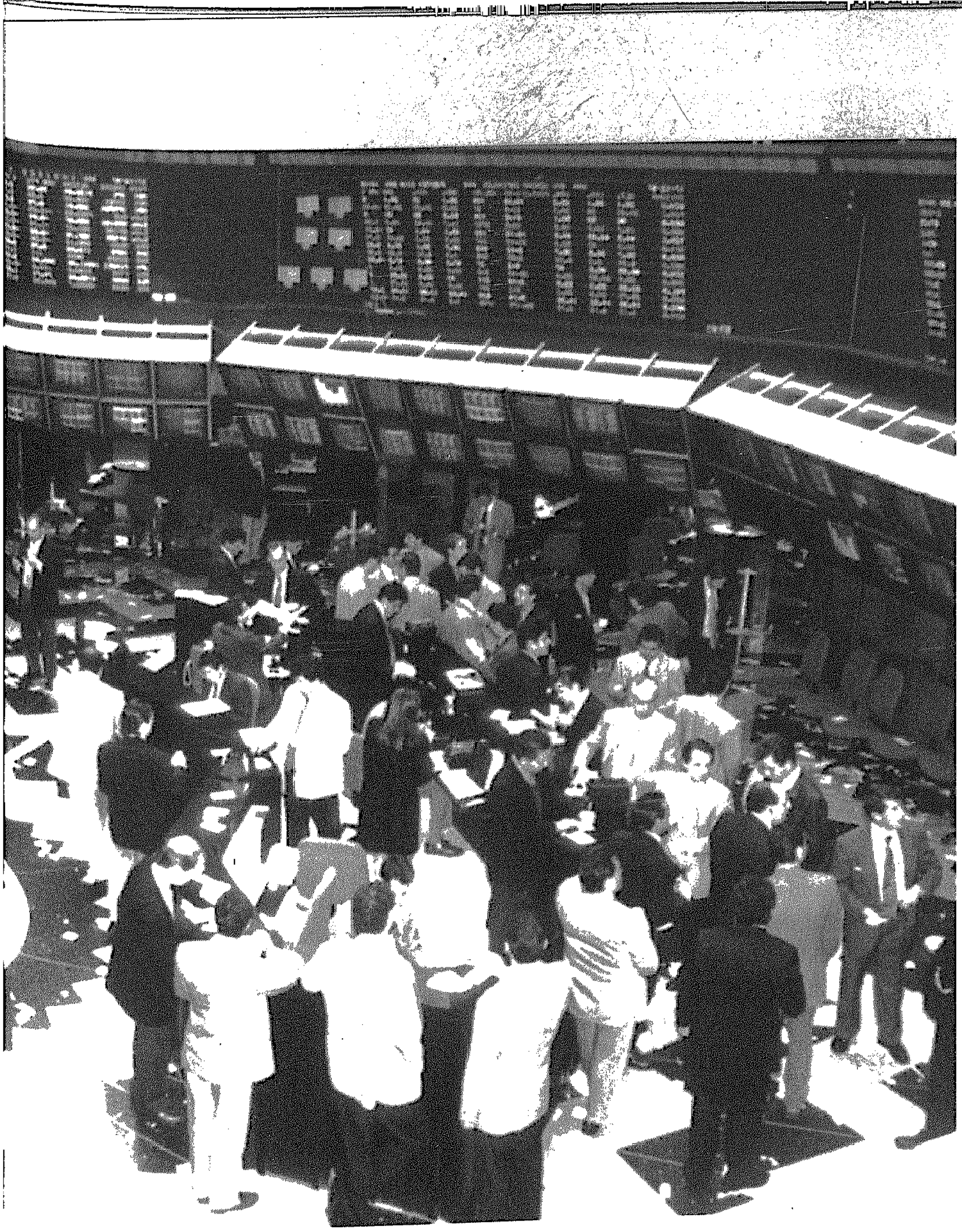
Der Tag der Machtübergabe war zwar nicht der erste, aber doch ein kulinarischer Höhepunkt im Leben des neuen Präsidenten. Sollte das Frühstück mit einigen Strassenkindern aus der Hauptstadt mit Tamales und Atole, von einigen Gutfrauen über Nacht zubereitet, auch noch nicht ganz seinen Erwartungen entsprochen haben, so nahm er dieses doch ohne Klagen wahr. Entschädigung für die erduldete Kargheit erhielt er bei dem abendlichen 7-Millionen-Pesos (ca. 1,75 Mio. DM) – Dinner, zu dem die Strassenkinder – aber das versteht sich von selbst – nicht eingeladen waren.

Zwischen den Mahlzeiten hatten auch die offiziellen Regierungsakte ihren Platz. Die Nation ist erschüttert über das unkonventionelle Auftreten ihres neuen Präsidenten, der gegen das Protokoll zu Beginn der Zeremonie zuerst einmal seine Kinder begrüßt hat. Ob das aber nicht doch etwas zu viel des Wechsels ist? Noch tagelang konnte man über diesen Fox-pas lesen und ihn in unzähligen Wiederholungen im Fernsehen anschauen.

Regieren ist den hiesigen Medien zufolge eine Show, eine nicht enden wollende « Foxifiesta », auf allen Kanälen bis zum Erbrechen übertragen. Daneben wird es aber auch Ernst : Vicente Fox erscheint in den ersten Tagen seiner Regierung als Santa Claus, der allen alles verspricht und sich um die darin liegenden Widersprüche nicht kümmert.

Chiapas und die indigene Bevölkerung des Landes, das sind die wichtigsten Themen, die einer schnellen Lösung bedürfen. Einer friedlichen, versteht sich, eine auf Respekt gegründete Beziehung soll es sein und ein fruchtbarer Dialog mit der EZLN. Mit Militär seien die Probleme nicht zu lösen, deshalb habe Superfox als Zeichen seines guten Willens schon 53 Militärposten in der Region der Altos abbauen lassen und wird einen Gesetzvorschlag der Cocopa, der auf den Verträgen von San Andres basiert, im Kongress zur Diskussion stellen.[2]

Zum Mittagessen am zweiten Tag seiner Regierung besuchte er die zentrale Militärakademie des Landes und versprach auch diesem »Symbol der Sicherheit und der Ruhe für die ganze Bevölkerung«, das so viel für den Frieden und die Freiheit im Land tut, eine bessere



der auf verschiedene Arten vom Neoliberalismus in Mexiko vorangetrieben wird.

Deshalb wäre es gut, wenn Sie sich klarmachen würden, dass nichts davon auf zapatistischer Erde gedeihen wird. Ihr Programm des 'lass einen Indigena verschwinden und schaffe einen Unternehmer' wird auf unserem Boden nicht erlaubt werden. Hier, und unter vielen anderen mexikanischen Himmeln, hat Indigena-sein nicht nur etwas mit dem Blut und der Herkunft zu tun, sondern auch mit der Lebensanschauung, dem Tod, der Kultur, der Erde, der Geschichte, dem Morgen. »[5]

Es handelt sich bei der PAN um eine konservativ-katholisch-neoliberale Partei, die ökonomisch das begonnene Projekt der PRI weiterführen wird. Daneben wird sie eine konservative Erneuerung des Landes zumindest durchzusetzen versuchen, auf die sie schon in den von ihr regierten Bundesstaaten eine Vorschau geboten hat: In Guanajuato ist Abtreibung ein solches Kapitaldelikt, dass Frauen selbst nach einer Vergewaltigung zum gebären gezwungen werden können; in Jalisco ist Frauen in öffentlichen Ämtern das Tragen von Miniröcken verboten worden; und in Yucatan wurde der Oralsex unter Strafe gestellt.

Der Diskurs des Herrn Fox, der auf Demilitarisierung, Anerkennung der indigenen Rechte und Kultur und sogar Autonomie der indigenen Gemeinschaften zielt, zeigt schon nach wenigen Tagen sein wahres Gesicht. Es wird deutlich, dass der sogenannte Rückzug des Militärs nichts weiter als ein Umzug, eine Konzentration auf die Knotenpunkte ist, und die Patrouillen durch die Dörfer und Befragungen von Passanten mit ungebrochener Stärke weitergehen.[6]

Ausstattung und dankte ihnen für ihre Verdienste. »Die Lobreden gingen weiter: Die Streitkräfte, versicherte Fox, repräsentieren auch den Patriotismus, Leistung, Professionalität, Disziplin und einen sozialen Kompromiss, den das Volk Mexikos ohne Händel anerkennt.«[3]

Noch am selben Tag, bei der nächsten Jubelfeier in Oaxaca (vor dem Dinner mit einigen Intellektuellen und KünstlerInnen des Bundesstaates), distanzierte Don Vicente sich dann von der militärischen Logik: »Den Krieg zu stoppen ist nicht das selbe wie den Frieden zu konstruieren. Ersteres hat mit militärischen Können zu tun, das zweite mit politischen Können. Sagen wir heute der militärischen Logik adios und öffnen wir heute die Arme für die politische Logik!« [4]

In dem Jubel über das Ende der PRI-Herrschaft und die Zeichen der Veränderung der neuen Regierung wird gerne vergessen, dass diese gerade nicht für die grosse Freiheit steht, sondern ein neoliberal-konservatives Programm vertritt, dass im Moment von ihrem populistischen Diskurs mehr schlecht als recht verdeckt wird. Lassen wir dazu kurz Sub Marcos zu Wort kommen:

»Wir können nicht jemandem trauen, der Oberflächlichkeit und Ignoranz zur Schau gestellt hat, indem er signalisiert hat, dass die indigenen Forderungen sich mit 'VW, TV und einer Klitsche' auflösen.

Wir können nicht jemandem Glauben schenken, der die hunderte von Verbrechen 'vergessen' (d.h. amnestieren) will, die von den Paramilitärs und ihren Beschützern begangen wurden und ihnen Straffreiheit gewähren will.

Es flößt uns niemand Vertrauen ein, der mit der Beschränktheit der Logik des Unternehmertums als Regierungsplan hat, die Indigenas in mini-mikro-Unternehmer oder Angestellte des Unternehmers dieses Sexenniums zu verwandeln. Letztendlich ist dies nichts weiter als der Versuch, mit dem Ethnozid fortzufahren,

»Die Zukunft Chiapas aus der Sicht der neuen Regierung: Ade Waffen, hallo Maquiladoras«[7]

Eine besonders wichtige Rolle spielen in der Durchneoliberalisierung des Landes die Maquiladora-Industrien, die sich mehr und mehr ausbreiten.Bei dem jährlichen Treffen der Canacintra (Nationale Kammer der verarbeitenden Industrie) am 5.12.2000

»... vertraute der Präsident darauf, dass die Regierung die Bedingungen der EZLN (...) erfüllen kann, und dass die Befriedung der Zone erlauben wird, den Plan des 'Marsches der Maquila Richtund Süd-Südost' voranzubringen, wo es

natürliche Ressourcen gibt, die im Norden schon knapp werden, und Arbeitskräfte »[8]

Der Marsch der Maquiladora Richtung Süden ist ein Projekt, dass schon längst begonnen hat. Die Billiglohnindustrien reizen auch in Chiapas die Jugendlichen in den Dörfern mehr als jede politische Organisierung, versprechen sie doch eine prompte Verbesserung der Lebensumstände, und sei sie auch nur der Schritt in eine andere Armut als die vorher erlittene.

Neben der NAFTA wird nun der Plan Puebla-Panama, ein weiterer Freihandelsvertrag Richtung Süden, neue Möglichkeiten eröffnen, damit sich das System der Maquiladoras weiter ausbreiten kann. Dies wird Mexiko den weiter südlichen Ländern gegenüber in die Rolle des grossen Bruders versetzen, der wiederum auf den seinigen im Norden zu schauen hat. In den jetzt schon existierenden Maquiladora-Industrien in Tapachula (an der Südgrenze Mexikos) arbeiten größtenteils die noch billigeren Arbeitskräfte aus Guatemala, deren Situation hier durchaus mit der mexikanischer MigrantInnen in den USA zu vergleichen ist.

Die Maquiladoras werden, so die Aussichten der Industrie, in den nächsten Jahren ihren Anteil am Nationaleinkommen auf 20% verzehnfachen. Die Industriellen des Landes verlassen sich darauf, dass die neue Regierung das begonnene neoliberale Projekt, die « Internationalisierung der mexikanischen Ökonomie », fortsetzen wird.[9]

Mit der Unterstützung von Mikrounternehmen durch Mikrokredite und der Verstärkung der Investitionen von Textil- und Autoteilefabriken sowie in die Kaffee- und Kakaoproduktion sollen schon im ersten Regierungsjahr 20.000 neue Arbeitsplätze auch für die kleinbäuerliche indigene Bevölkerung Chiapas geschaffen werden, so die Vision Fox auf dem Weg in die »wunderbare Welt der Mikro-, Klein- und mittleren Unternehmen«[10]

Das Ziel ist Frieden durch die Schaffung von Arbeit, auf dass, so Eduardo Soja Gorza-Aldope aus dem Regierungsstab, sich Möglichkeiten für die Abermillionen von MexikanerInnen öffnen, »die auch davon überzeugt sind, dass die Arbeit über alles siegt, aber was sie nicht finden ist die Möglichkeit zu arbeiten; sich darauf vorzubereiten, produktiv zu


Foto: Herby Sachs/version

sein, um dadurch glücklich zu sein, über sich hinauszuwachsen«.[11]

Es ist aber auch die Schaffung ausbeutbarer Arbeitskräfte durch den Frieden, denn »ganz sicher öffnet die Tatsache, dass der Dialog begonnen wird, bessere Perspektiven, und wenn er bald erreicht wird, der Frieden bald erreicht wird, können wir sicherlich dieses Jahr noch viel bessere Resultate erzielen«.[12]

Autonomie, wie sie von den zapatistischen Comunidades gedacht wird, geht mit diesem politischen Projekt nicht zusammen. Die mögliche Autonomie in diesem Kontext ist nicht mehr als eine folkloristische Light-Version, die den indigenen Gemeinden die Bewahrung ihrer Kultur und ihrer Subsistenzwirtschaft erlaubt, um ungestört von ihnen die natürlichen Ressourcen, ausbeuten zu können. Dies bedeutet statt Autonomie und Selbstbestimmung eine ökonomische Marginalisation, aber mit einem Touch von Respekt, den man KritikerInnen immer wieder vorführen kann.

Mit dem Zuckerbrot der Integration

Dass ein Dialog und eine friedliche Lösung des Konfliktes der Regierung und der Industrie sehr viel nützlicher sind als eine militärische, ist evident: Nicht nur, weil es doch jammerschade wäre, wenn bei der Beseitigung des Konfliktes die ganzen schönen Humanressourcen vernichtet würden, sondern auch, weil eine Politik, die mit einem weitgehenden Konsens der Bevölkerung rechnen kann, eine bessere Regierbarkeit herstellt als ein auf Repression gegründetes Erdulden. Dies weiss die neue Regierung, die den mexikanischen Staat in eine moderne Demokratie nach europäischem Vorbild umzuformen beginnt. So werden alle, aber auch wirklich alle möglichen Kritikpunkte der Linken aufgegriffen und »ernstgenommen«, werden Zugeständnisse gemacht und Dialoge gesucht, wird von den BürgerInnen gesprochen, die an dieser Erneuerung teilnehmen sollen.

Fox eignet sich das komplette Vokabular der Linken an, um es so umzuinterpretieren, dass es danach nicht mehr wiederzuerkennen ist. Mit der Luftigkeit eines Windbeutels spricht er von Demilitarisierung, Friede, Gerechtigkeit, Freiheit, Gruppenarbeit und sogar »cariño« (Zärtlichkeit) und »amor« (Liebe), dass man fast meinen könnte, er habe zu viel Marcos gelesen.

Aber nicht nur bundesweit, sondern auch im Staat Chiapas sind sich die Regierenden erschreckend einig über die Bedeutung des Dialoges. Der neue Gouverneur Pablo Salazar versteigt sich gar darin, »Teil des neuen Morgens der zapatistischen Comunidades« sein zu wollen und spricht von einer »neuen Kultur des Friedens, der Toleranz und der Versöhnung«, in der selbstverständlich die Verträge von San Andres eingehalten und überhaupt alles gut werden soll.[13]





All dies ist mitnichtem einem Sinneswandel »derer da oben« geschuldet, sondern Teil einer Strategie, die sich »Plan Chiapas 2000« nennt und aus Versehen öffentlich geworden ist.

Dieser Plan für eine neue Form der Aufstandsbekämpfung mit liebenswertem Gesicht – der von der Idee her so neu nicht ist – sieht vor, die ökonomische Situation der rebellierenden Bevölkerung zu verbessern, um die soziale Basis der Rebellion zu entschärfen. Die Regierung soll demokratische Legitimität erlangen und sich als tolerant, zuverlässig und dialogbereit etablieren, um der EZLN die moralische Vertretung der indigenen Bevölkerung zu entziehen. Teil des Plans, der vor allem auf der medialen Ebene durchgezogen wird, ist auch die (scheinbare) Demilitarisierung, die den neuen Präsidenten als Mann der Tat darstellt, dessen Worten Vertrauen zu schenken ist. Damit einher geht die Diskredition von Marcos als »gewöhnlichem Verbrecher«, der die indigenen Gemeinschaften ausbeutet und am Drogenhandel verdient; dem Ex-Erzbischof Samuel Ruiz als Aufrührer in diesem eigentlich nur religiösen Konflikt und der zapatistischen Bewegung als vom Ausland gesteuert.[14]

Neu daran ist das liebenswerte Antlitz, die Strategie der Integration, die von der neuen Regierung gewählt wurde, nachdem der Krieg niederer Intensität der letzten Jahre nicht schnell und gründlich genug zu den erwünschten Erfolgen geführt hat.

So weit die Ideen der Regierung. Wie aber ist es um diejenigen bestelt, die sich als ihre radikale Opposition darstellen ?

Von der »Zivilgesellschaft« zu den »Staatsbürgern«: Der neue Diskurs der EZLN

Die EZLN ist nach vier langen Monaten des Schweigens am Tag nach dem Regierungswechsel mit einer Pressekonferenz in La Realidad wieder an die Öffentlichkeit getreten, auf der sie ihre neuen Kommuniqués vorgestellt hat.

Die EZLN erklärt darin ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Dialog, dessen Wiederaufnahme sie an drei Bedingungen knüpft: Einhaltung der Verträge von San Andres (was immer das auch konkret heissen soll), Freilassung der zapatistischen politischen Gefangenen und der Abbau von 7 (von mehr als 250) Militärposten. Diese recht knappen Bedingungen sind von der Regierung ohne grössere Probleme zu erfüllen und zeigen, dass die EZLN stark am Dialog interessiert ist, wohl auch, weil es zur Zeit der Bevölkerung schwer zu vermitteln wäre, sich trotz all dieser Zeichen des guten Willens seitens der Regierung dem Friedensprozess zu versperren.

Daneben hat die EZLN angekündigt, dass 23 Mitglieder des CCRI (Geheimes Revolutionäres Indigena-Kommitee) und Marcos am Februar in die Hauptstadt reisen werden, um mit dem Kongress den neuen Vorschlag der Cocopa zu diskutieren, und das unabhängig vom Stand der Dinge in Bezug auf den Dialog. Es wird das erste Mal sein, dass die Comandancia die Selva verlässt.

Diese Ankündigung kam überraschend. Sie deutet darauf hin, dass die Kommandantur der EZLN die Ebene ihres Handelns verlagern will und nun nicht mehr auf die Organisierung der Zivilgesellschaft setzt, sondern selber auf Regierungsebene Politik machen will, wenn auch ohne selber an der Regierung beteiligt zu sein.

In der Pressekonferenz erklärte Marcos zudem, dass sie sich vorstellen können bzw. es ihr Vorhaben ist, in der nächsten Zeit als »ganz normale« politische Gruppe zu wirken:

»Das Ziel der EZLN ist nicht nur zu erreichen, dass die indigenen Rechte anerkannt werden, den Krieg zu beenden und den Frieden zu erlangen, sondern hinauszugehen um Politik zu machen wie jede andere Gruppe, aber nicht als politische Partei, weil wir nicht daran denken, die Macht zu übernehmen, sondern als eine politische Organisation.« [15]

Den Unterschied zwischen einer Partei und einer politischen Organisation beschreibt er mit der Negierung der Übernahme der Regierung, aber der Organisierung der Bürger, um von der Macht »Aufmerksamkeit und Regierung« einzufordern, eine stärkere Beteiligung und ein besseres Funktionieren zu erreichen.[16] Die EZLN als Verantwortliche für

ein besseres Funktionieren des Staates Mexiko? Danke, hab schon.

Neben dieser »praktischen« Seite macht sich besonders in dem letzten ausführlichen Kommuniqué Marcos zum Regierungswechsel[17] eine Diskursverschiebung bemerkbar. In seiner Analyse des gegenwärtigen Zustands der mexikanischen Politik betrachtet er die Wahl vom 2. Juli 2000 als »fruchtbaren Akt der Rebellion« seitens der Bürger, die nun aber auch das entstandene »Machtvakuum« zu füllen als Aufgabe haben. Bisher handelt es sich ihm zufolge um eine Änderung des bisherigen Systems, nicht jedoch um eine Transformation. Das alte System habe jedoch eine Lücke hinterlassen, und diese bedeute eben nicht Chaos und Schrecken, sondern sei in erster Linie ein Raum, der neu geöffnet wurde und in den nun die verschiedensten Gruppen einwirken können. (»Im Widerspruch zum ersten Eindruck ist die Leere in der Politik auch ein Aktionsraum«)

Im weiteren gibt er gute Ratschläge, ganz nach der Manier eines anerkannten Staatskritikers, wie denn nun am besten zu regieren sei, wer da welche Aufgabe habe und vor allem, was die Bürger nun zu tun haben :

»Bürger sein ist mehr als Steuern zahlen und die Gesetze einhalten. Es heisst auch Befriedigung zu verlangen, Resultate zu fordern und deren Einlösung zu überwachen.

Mit Vollzeitbürgern, mit einer Demokratie, die mehr als nur Wahlen ist, wird Mexiko nicht das beste aller möglichen Mexikos, aber es kann kollektiv sein Ziel beschliessen, und das wäre die demokratische Umformung.«

Eine »freie und souveräne Nation« soll das Ziel der staatsbürgerlichen Bemühungen sein, die nun anstehen, da endlich der Weg offen steht.

Nachdem früher immer sie »Zivilgesellschaft« beschworen wurde, ändert sich in dieser letzten Mitteilung das Rezept für den Weg ins Glück: Füge ein paar »BürgerInnen« hinzu, und die Soße wird dunkler. Auch den Rekurs auf eine »Zivilgesellschaft« kann schon als Teil einer Einebnung radikaler Kritik in Form der Konstruktion eines »Wir« verstanden werden. Der jetzige Wechsel auf die »Staatsbürger« schafft jedoch eine noch stärkere Nähe zu staatlicher oder staatsbezogener Politik. Die BewohnerInnen eines Staates werden damit als Verantwortliche nicht nur ihres politischen Handelns, sondern für das Funktionieren des Staates erklärt, ohne dies je sein zu können (und zu wollen).

Gerade mit dem ausführlichen Kommuniqué und dem Schmusekurs Fox sind sich der Diskurs von Regierung und Guerrilla erschreckend nahe. Die Ankündigung der EZLN, sich in eine zivile politische Kraft umformen zu wollen, wenn die Umstände dies zulassen, ist zu diesem Zeitpunkt eine Aussage, die jeder radikalen Kritik zugunsten eines nationalen Kosenses den Boden unter den Füssen entzieht. Das soll nun nicht heissen, dass es nicht verständlich wäre, wenn nach jahrelanger Stagnation des Lebens in der Klandestinität und dem Zusammenbruch fast aller Versuche der zivilgesellschaftlichen Organisierung die Mitglieder der EZLN einen anderen Weg ausprobieren möchten, auch ganz schlicht das Leben in einer völlig (para-) militarisierten Zone nicht mehr länger ertragen können. Die Probleme sind jedoch der Zeitpunkt und das Wie dieser Umformung. Es stellt sich die Frage, ob eine taktische Öffnung notwendig mit einer solchen Veränderung im Diskurs einhergehen muss.

Noch ist aber nichts festgeschrieben, noch können Diskurs und Realität sich ändern :

»Ein Fenster hat sich geöffnet, einige setzen sich dafür ein, es wieder zu schliessen, andere dafür, sich mit der Betrachtung zufriedenzugeben.

Aber andere, die weiteren, suchen schon die Form, eine Tür zu öffnen und hinauszugehen.

Weil ein Haus ohne Türen zum Hinein- und Hinausgehen nichts weiter ist als ein schwarzer Kasten, in dem die Realität sich immer umgekehrt reflektiert und diejenigen, die darin wohnen, davon überzeugt, dass diese umgekehrte und absurde Welt die einzig mögliche ist. Und nein, noch nicht. NEIN!«

Ist die »Zivilgesellschaft« schon durch ?

Mit der Verlagerung der Diskussionsebene und dem fehlenden konkreten Bezug auf zivilgesellschaftliche AkteurInnen hat die EZLN Teilen der hiesigen zapatistischen Bewegung vor den Kopf gestossen. Besonders betroffen davon ist die Struktur der »Coordinadoras«, die seit den Vorbereitungen für die letzte »Consulta« 18, im Dialog mit der Guerrilla standen und nun von dem Plan der Reise nach Mexiko D.F. gleichsam überfallen werden, ohne dass ihnen darin eine inhaltlich mitgestaltende Rolle zugedacht wird. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Organisierungen der »Zivilgesellschaft«, die von der EZLN immer dann bemüht wird, wenn der direkte Dialog mit der Regierung am Scheitern ist und die Situation unsicher wird, war die Zusammenarbeit mit den Coordinadoras eine, die hoffen liess, dass die Guerrilla tatsächlich einen stärkeren Kontakt mit zivilen Organisationen wünscht. Diese werden nun erneut zu Handlangern für die grossen Revolutionäre degradiert. Der Diskurs der Comandancia, dass nicht sie, sondern gerade die zivilen Organisationen das Wichtige seien, wird damit mehr und mehr unglaubwürdig, diese Herren (und sehr wenigen Damen) entpuppen sich als autoritäre Kader, die den Anspruch auf Wahrheit für sich alleine gepachtet haben und bei denen der Riss zwischen Diskurs und Realität immer grösser wird.

Da es im Dialog zwischen EZLN und »Zivilgesellschaft« nicht nur Harmonie, sondern auch Auseinandersetzungen gegeben hat, kann es sein, dass sie sich für ihren neuen Vorstoß lieber wieder hörigere Kader sucht und eine neue Organisation ausruft. Was das für die »alten » Strukturen der Coordinadoras bedeutet, wie diese ihre Arbeit solidarisch, aber unabhängig organisieren und nicht mehr auf Abruf bereitstehen werden, ist ein Prozess, der gerade am Beginnen ist.

Achtung : »Morphing Zone«[19]

Fox Politik ist nichts Neues, sondern lässt sich als Teil eines »postmodernen Ordnungsdiskurses« verstehen, der sich seit einigen Jahren in »modernen« Demokratien abzeichnet und Herrschaft durch nichts weiter mehr als ihr Funktionieren legitimiert, an dem sich auch noch möglichst viele beteiligen sollen :

»Aus 'Protest' wird 'zivilgesellschaftliche Verantwortung', aus der Orientierung, Sand im Getriebe zu sein, wird die Strategie der runden Tische, (...) aus Kritik wird Politikberatung, aus Protestieren wird Helfen und Mitgestalten. Alles ist möglich: Come in and find out!«[20]

Mit dem veränderten Diskurs der EZLN nähert sich auch diese immer mehr

der Legitimierung staatlicher Herrschaft an, wenn nur die »Bürger« ausreichend Berücksichtigung und Chancen erhalten.

»Auf der anderen Seite wird der neue Diskurs auch von denen aufgegriffen, die auf seine postmoderne Offenheit hoffen und sich Nischen und relative Unabhängigkeiten erkämpfen wollen, die ihnen die alte Ordnung verwehrt hat. Die Schranken nach Geschlecht und Rasse sind durchlässiger geworden, zumindest für einzelne, und der Rand der Gesellschaft kann im Zeitalter der Globalisierung Menschen und Gruppen unternehmerische Spielräume bieten, die sie im zentralistischen Duktus der Entwicklungs-Ära nicht hatten. Einige von ihnen werden erfolgreich mitmorphen und sich dauerhaft etablieren können. Die anderen werden jedoch zur Kenntnis nehmen müssen, dass Chancen eben nur Chancen sind und die neue Beweglichkeit nur für die von Bedeutung ist, die sich noch bewegen können. »[21]

Ist die EZLN dabei, auf den neuen Diskurs hereinzufallen? Werden wir eine der alten Geschichten erleben von einer guten Guerilla, die sich doch wieder nur als autoritärer Apparat entpuppt? Haben wir in unserer Revolutionsromantik trotz aller Vorsicht doch mal wieder nichts weiter getan, als uns die Hoffnung auf Veränderung bei irgendwelchen »guten Wilden » und ganz, ganz anders auftretenden Guerriller@s zu holen? Sind wir doch wieder dem weissen Schimmel aufgesessen, der uns in die glücklichere Zukunft reiten sollte und dann doch wieder nur ein ausgemergelter Ackergaul ist?

Man könnte fast Angst haben, die EZLN sei auf dem Weg, sich in eine fast x-beliebige NGO zu verwandeln. Ihr Diskurs nähert sich mehr und mehr der Macht an, und immer mehr wird sichtbar und auch den Menschen, die sich hier organisieren klar, wie sie die »Zivilgesellschaft« mehr benutzt als dass sie in ihr die tatsächlich wichtigen Akteure sehen würde. Immer deutlicher wird ihr Alleinvertretungsanspruch und ihre Abneigung gegen autonome, von ihnen unabhängig Organisierung.

Daraus resultiert nun nicht die eine endgültige Absage an die »Hoch die...«, sondern vielmehr die Frage nach den AnsprechpartnerInnen internationaler Solidarität, einer stärkeren Orientierung an der Basis und eben nicht den paar Helden zu Pferde.

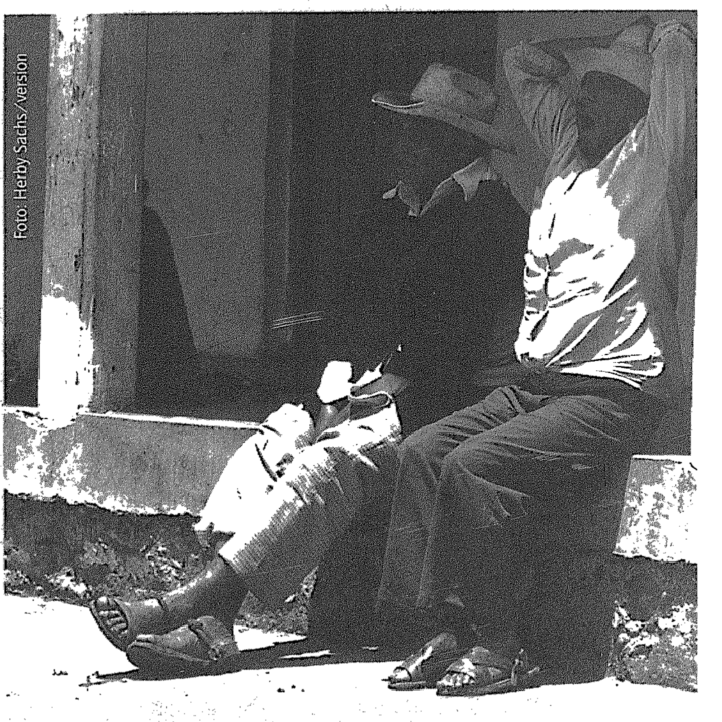


Foto: Herby Sachs/version

Es ist in Chiapas etwas in Bewegung, das nicht von den Transformationen der EZLN abhängig ist, und dieser Bewegung gegenüber ist Solidarität weiterhin vonnöten, auch wenn die ein oder andere Aussage der Pfeife etwas unappetitlich erscheint.
In diesem Sinne :
HASTA SIEMPRE – ADELANTE!

Der Text enthält Informationen aus Diskussionen mit einzelnen Personen der »zapatistischen Zivilgesellschaft« in San Cristobal und entspringt zum Teil einem gemeinsamen Prozess in der »Mittwochsgruppe der Langzeitzapatouris«. Alle Übersetzungen sind von mir und daher ohne Gewähr.

1 Eduardo Galeano : Patas Arriba. La escuela del mundo al reves. Mexico D.F. 1998. S. 317.

2 Cocopa : Vermittlungsorganisation seitens der Regierung, die in dem 1996 unterbrochenen Dialog zwischen der EZLN und der Regierung die Verhandlungen geführt hat

Verträge von San Andres : Ergebnis der ersten, abgeschlossenen Dialogrunde zu den Rechten der indigenen Bevölkerung, die von der Regierung nicht eingehalten werden

3 Fox am 2.12.2000, zit. nach Roberto Gordña/ Jesus Aranda, in: La Jornada, 3.12.2000

4 Fox am 2.12.2000, zit. nach Juan Manuel Venegas, in: La Jornada, 3.12.2000

5 Marcos an Fox, 2.12.2000, in : La Jornada, 3.12.2000

6 vgl. Bellinghausen, in : La Jornada, 6.12.2000

7 David Zuñiga, in : La Jornada, 6.12.2000

8 David Zuñiga, in : La Jornada, 6.12.2000

9 vgl. David Zuñiga, in : La Jornada, 5.12.2000

10 Fox, zit. nach Juan Manuel Vargas, in : La Jornada, 11.12.2000

11 Eduardo Soja Gorza-Aldope, zit. nach Juan Manuel Venegas und Martin Diego, in : La Jornada, 10.12.2000

12 ebd.

13 Pablo Salazar, zit. nach Angeles Mariscal und Rodolfo Villalba, in : La Jornada, 1.12.2000

14 vgl. dazu Carlos Fazio in : La Jornada, 12.12.2000

15 Marcos zit. nach Elio Henriquez, in: La Jornada, 3.12.2000

16 vgl. Ebd.

17 Sub Marcos : »Mexiko 2000 : Offene Fenster, Türen zu öffnen«, Juli bis Dezember 2000, erschienen in La Jornada, 4.12.2000 (Die folgenden Zitate stammen aus diesem Text).

18 Die »Consulta« (Volksbefragung) im April 1999 wurde von der EZLN initiiert, um zu demonstrieren, wie viele Menschen die Rechte der indigenen Bevölkerung anerkannt sehen wollen. Zur Durchführung dieser Aktion, in deren Vorfeld 5000 Delegierte der Zapatistas durch das Land reisten, wurden die Gruppen der »Coordinadoras« gegründet, die in einem direkten Dialog mit der EZLN standen und zumindest in Chiapas den Anlass ihrer Gründung überdauert haben und immer noch aktiv sind.

19 vgl. Christoph Speer und Armin Stickler : Morphing Zone – Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken, in : Tarzan – was nun ? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche, hg. Von Andreas Foitzik und Athanasios Marvakis, Hamburg 1997

20 aus : Speer/Stickler S. 211

21 ebd. S. 221

ETA polarisiert

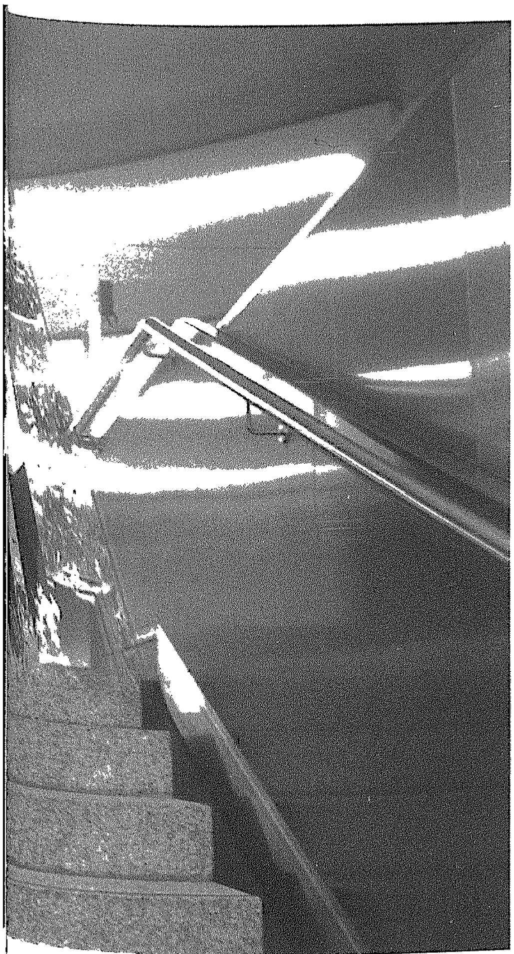
Gaston Kirsche
gruppe demontage



Foto: Theo Heimann Montage: a-ries

Am Morgen des 7. Mai nieselte es in Andoain. Typisches baskisches Schmuddelwetter. José Luis López de Lacalle nahm sich einen Schirm und ging wie jeden Morgen um kurz nach 9 zum Kiosk. Er kaufte 8 Tageszeitungen, ging noch kurz auf einen Café con leche in die Bar Elizondo. Auf dem Weg nach Hause dachte er vielleicht an seine letzte Kolumne, die am 2. Mai in der spanischen Tageszeitung El Mundo erschienen war. Unter der Überschrift »Der nötige Wechsel« forderte er dort Neuwahlen und den Abtritt der bürgerlich-nationalistischen PNV, die seit dem Ende der Franco-Diktatur im Baskenland ununterbrochen an der Regierung ist: »Ein neues nationalistisches Bündnis kann nur Bestand haben, wenn ETA sich vom Terrorismus lossagt.« Er plädierte dafür, dass sich der Konstitutionalismus, also die verfassungstreuen spanisch-nationalen Parteien stärker auf der Straße zeigen und die Regierung übernehmen. Zwei Monate zuvor schrieb de Lacalle: »Das baskische Problem ist heute ETA, und der Konflikt, der die nationalistische Front beschäftigt, ist die Konsequenz ihres Aktivismus«. Als er vor seinem Hauseingang ankam, wurde er mit vier gezielten Schüssen getötet. Bereits kurze Zeit später begann sich das in solchen Fällen übliche Szenario: Politiker kamen zum Tatort, um einen erneuten Anschlag von ETA zu verurteilen.

Die Kleinstadt Andoain, wo de Lacalle lebte, wird regiert von dem linksnationalistischen Wahlbündnis EH, Baskische Bürger. EH hat sich wie immer nicht von dem Anschlag distanziert. Der Bürgermeister José Antonio Barandiaran von EH sprach in einer Versammlung im Rathaus der Familie de Lacalle sein Beileid aus. Er fügte hinzu, dieser Anschlag sei eine der dramatischen Konsequenzen aus dem politischen Konflikt, der gelöst werden müsse: Das fehlende Selbstbestimmungsrecht des baskischen Volkes. Auf diese Formulierung, mit der EH eine Distanzierung von ETA vermeidet, reagierten etliche der Versammelten mit dem Ruf: »Mörder, Mörder«. Auf der anderen Seite riefen Leute von EH Parolen zur Solidarität mit gefangenen Etarras und für die Unabhängigkeit des Baskenlandes. Aber auch auf der Seite der Gegner von ETA wurden Symbole eingesetzt, die EH und die linksnationalistisch-baskische Bewegung gerne für sich beansprucht: Baskenland und Revolution. Auf baskisch: »Ihr seid Faschisten, seid Terroristen!« und auf spanisch: »Ihr habt einen Revolutionär getötet!«. Das riefen Mitglieder der CCOO, Arbeiterkommissionen. Bei seiner Beerdigung am nächsten Tag bildeten 60 Mitglieder der CCOO mit erhobenen Fäusten ein Geleit für de Lacalle. Ende der 50er Jahre hat er die CCOO im Untergrund als illegale kommunistische Gewerkschaft mitgegründet, deren Mitglied er bis zu seinem Tod war. Er war auch Mitglied der KP Spaniens: »Es mag heute paradox klingen, aber es ist wichtig zu erinnern, dass die wahre Opposition gegen den Franquismus dort in der KP war«. 5 Jahre sass er unter Franco im Gefängnis. Die spanischen Medien – allen voran die zwar pluralistische, aber in entscheidenden Momenten spanisch-nationale El Mundo – nutzten de Lacalles Biografie dafür, ETA mit der Franco-Diktatur gleichzusetzen: Alles totalitär. In Bilbao demonstrierten 10.000 Leute unter dem Motto: »Gegen den Faschismus- Für die Freiheit«. Beim Rufen vermeintlich antifaschistischer Parolen gegen ETA betei-



ligten sich bekannte Funktionäre derjenigen Partei, die sich im spanischen Parlament bis heute weigert, die Franco-Diktatur als illegitim zu verurteilen: Der Generalsekretär der Volkspartei, PP und der Innenminister der PP, Jaime Mayor. Sie demonstrierten gemeinsam mit den regionalen Generalsekretären von der KP und den CCOO. El Mundo schrieb: »Die Franco-Zeit hat er überlebt, aber nicht den Faschismus im Baskenland.« Die spanische Rechte profitiert von dieser Verharmlosung der Franco-Diktatur. ETA ist an dieser Entwicklung nicht unschuldig. Mit ihrer Strategie der Polarisierung, bei der auch Leute zu Anschlagszielen werden, nur weil sie eine andere Meinung haben und mit dem spanischen Staat kollaborieren, treibt ETA viele in die spanisch-nationale Ecke. De Lacalle war vor 6 Jahren im Baskenland Mitbegründer der regionalen IU, der Vereinigten Linken, des Wahlbündnisses der spanischen KP. Er stieg dort aus, weil IU mit EH den Vertrag von Lizarra unterzeichnete. De Lacalle gründete 1997 das Forum von Ermua mit, das zivilgesellschaftlich gegen ETA agiert. Er begrüsste es, dass der konservative Ministerpräsident Aznar das Forum besuchte und lobte. Aznars Politik der harten Repression rechtfertigte er, auch dessen Weigerung, mit ETA zu verhandeln. Er legitimierte die Anti-ETA-Politik. Ihn zu erschießen, anstatt ihn dafür hart zu kritisieren, ist ein rein militaristische Polarisierung. Als Teil einer nationalen Polarisierung. Wenige Tage vor der Erschießung von de Lacalle lancierte ETA in der linksnationalistischen Zeitung Gara interne Papiere aus Verhandlungen mit den Parteien der baskisch-nationalen Regionalregierung, PNV und EA. ETA wollte die legalistischen Parteien öffentlich vorführen. Das gelang: PNV und EA veröffentlichten zwar ihrerseits Briefe, aus denen hervorging, das sie nicht bereit waren, für eine nationale Polarisierung aus der lukrativen Mitarbeit in den Institutionen des spanischen Staates auszusteigen, aber sie wetteifern nun verstärkt mit ETA darum, wer sich mehr für eine baskische Nation einsetzt.

Seit der Erschießung von José Luis López de Lacalle werden PNV und EA auch von Seiten der spanischen PP-Regierung und der sozialdemokratischen PSOE massiv unter Druck gesetzt: PP und PSOE verweigern nahezu jeden Kontakt mit der Begründung, dass sie sich zuerst von ETA und der ihr nahestehenden Partei EH distanzieren müssten. Der zweite Vorsitzende der Jugendorganisation von PP, NNGG, Santiago Abascal, ging am 17. Mai soweit, die Jugendorganisation von EA als Faschisten zu titulieren. Das meinte er aber nicht etwa als Lob, wie die Beteiligung von NNGG-Funktionären in Kooperation mit Stiefelnazis an den Pogromen von El Ejido nahelegt.

Der Chef der baskischen Regionalregierung, Juan José Ibarretxe, PNV, erklärte am 12. Mai das Ende jeder Zusammenarbeit mit EH: »Solange ETA aktiv ist, werden die Parteien der baskischen Regierung nirgendwo mit der nationalistischen Linken zusammenarbeiten. Nicht in Lizarra und auch an keinem anderen Ort.« Alle Bündnisaktivitäten seien solange stillgelegt, bis ETA eine neue Waffenruhe erkläre: Das betrifft auch den ständigen Ausschuss des Vertrages von Lizarra. In diesem haben sich alle größeren nationalen baskischen Organisationen – plus einige nichtnationale – für eine politische Lösung im Sinne eines Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung des Baskenlandes ausgesprochen. Aus dem Vertrag von Lizarra ging Anfang 1999 eine erste protostaatliche Institution hervor: Die Versammlung baskischer Kommunalabgeordneter, auf baskisch: Udalbiltza. Bei deren zweiter Hauptversammlung am 18. 9. 99 nahmen 1789 Funktionäre aus dem anerkannten baskischen Autonomiegebiet Spaniens, der spanischen Region Navarra sowie aus dem französischen Baskenland teil: Zusammengenommen das Territorium, für dessen institutionelle Einheit ETA kämpft. Ohne die Teilnahme von PNV und EA ist die für den 27. Mai angesetzte dritte Hauptversammlung von Udalbiltza zum Scheitern verurteilt. Der Parteisprecher der PNV, Joseba Egibar, fand dafür ein passendes Bild: Lizarra ist im Trockendock und Udalbiltza stillgelegt.

Am 17. 5. hat sich ETA mit einem Interview in der baskischsprachigen Tageszeitung Euskaldunon Egunkaria zu Wort gemeldet. Der politische Prozess im Baskenland sei offen und auf gutem Weg, PNV und EA könnten ihnen jederzeit Vorschläge unterbreiten. Die PNV hätte nur Angst davor, weiter auf dem Weg in die Unabhängigkeit zu gehen. Die Lage sei besser als vor zwei Jahren, nationaler Aufbau möglich: Die Entwicklung von Udalbiltza werde als Konsequenz die nationalen Institutionen und Strukturen schaffen, mit denen das baskische Volk selbst entscheiden könne. Damit seien sie näher an der Aufgabe des bewaffneten Kampfes und einem authentischen Frieden als je zuvor. Aus einem Brief, mit dem ETA um Mitglieder wirbt, wird die Beschränkung der ETA auf den Kampf für eine nationalstaatliche Institutionen im ersten Satz deutlich: »ETA hat einen Schritt mehr getan im Kampf für Institutionen des baskischen Volkes und macht jetzt neue Pläne, um hierin weiterzukommen«.

Auch EH ist nicht untätig. Am 19. Mai forderten sie: Udalbiltza solle einen baskischen Personalausweis kreieren und ausgeben. Zur Vorbereitung der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung auf dem Territorium der Autonomen Region Baskenland, Navarras und des französischen Baskenlandes. Währenddessen zeigt der spanische Staat Härte: Alleine im Mai 2000 wurden bisher 29 Jugendliche verhaftet, weil sie sich angeblich an militanten Straßenkampf-Aktionen beteiligt haben. Die Vorwürfe: Neben Sachbeschädigung auch Kollaboration mit einer bewaffne-

ten Bande – gemeint ist ETA. Die meisten Jugendlichen bleiben inhaftiert und werden in Madrid vor dem Staatsgerichtshof angeklagt. Mit dieser harten Linie werden neue HeldInnen gemacht. Ein paar der verfolgten Jugendlichen werden abtauchen und zu ETA gehen.

Der keineswegs kurze Sommer der Autobomben

Seit 1989 handeln viele Guerrillas nationale Befreiung neu aus. Von dem früheren Ziel von ETA, »Baskenland und Freiheit«, einer unabhängigen, sozialistischen Nation, ist die Unabhängigkeit geblieben. Auf ETA bezieht sich ein breites linksnationales legales Spektrum, MLNV, »Baskische Bewegung der nationalen Befreiung«, das eine Vielzahl von Organisationen bezeichnet – etwa die Gewerkschaft LAB oder die Frauenkoordination egizan.

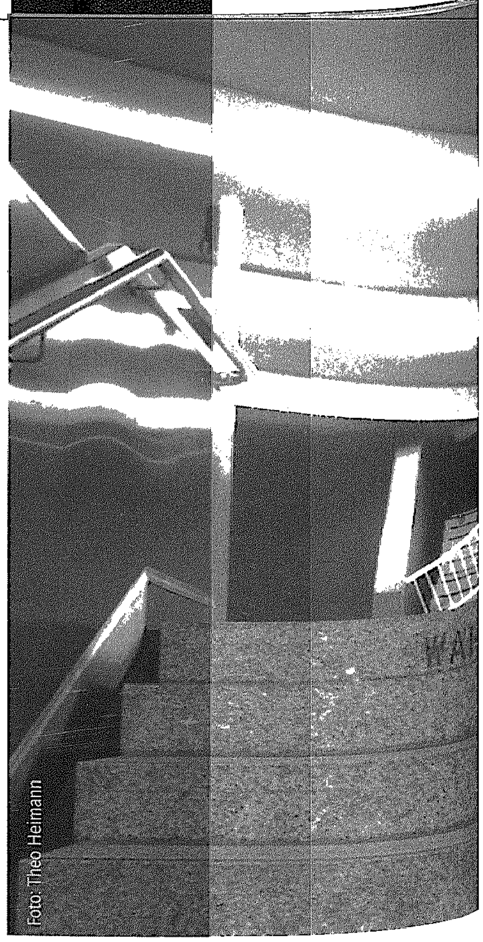
Die »soziale Frage« wird vom militanten, sich sozialistisch nennenden Nationalismus kaum noch gestellt. Auch die Gewerkschaft LAB, »Baskische Arbeiter-Versammlung«, buttert für den »antikolonialen Kampf« soziale Kämpfe unter, vermischt beides und fordert »elementare Rechte der Völker und Arbeiter«. Durch die nationalistische Verschleierung der Klassenwidersprüche erklärt sich die Aktionseinheit der LAB mit der traditionell-nationalistischen Gewerkschaft ELA: Auf kaum einem Gebiet funktioniert die Kooperation von militantem und etabliertem nationalistischem Milieu so verläßlich. ELA, »Solidarität der baskischen Arbeiter«, wurde 1911 gegründet, um Katholizismus und Nationalismus gegen die damals radikal-sozialistische UGT zu verteidigen. Bei den Betriebsratswahlen 1998 wurde die ELA stärkste Gewerkschaft mit über 40%, LAB kam auf über 15%. Weil ELA und LAB zuerst Nationalisten sind, gibt es keine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der spanischsprachigen Arbeiter UGT und CC.OO. Die nationale Bündnispolitik ist wichtiger als konkrete soziale Kämpfe. Die Flugblätter von LAB sind konsequenterweise meist nur in baskischer Sprache, die viele der ArbeitsmigrantInnen nicht verstehen. Der Unmut über Ausbeutung soll umgeleitet werden in den Kampf für die baskische Nation.

Die Unterordnung der sozialen Kämpfe ging soweit, daß Mitte der 80er Jahre die MLNV in allen Basisbewegungen die »nationale Selbstbestimmung« zum Hauptziel erklärte und sie so spaltete. Seitdem gibt es auf allen Feldern sozialer Bewegung eine linksnationalistische Präsenz. Außer im Bereich der Totalverweigerung drohen die nichtnationalistischen Bewegungen dabei an den Rand gedrängt zu werden: Beim Militär klappte es deswegen nicht, weil nur wenige Jugendliche einsahen, warum ein baskisches Militär besser sein sollte als das spanische.


Foto: Theo Heimann

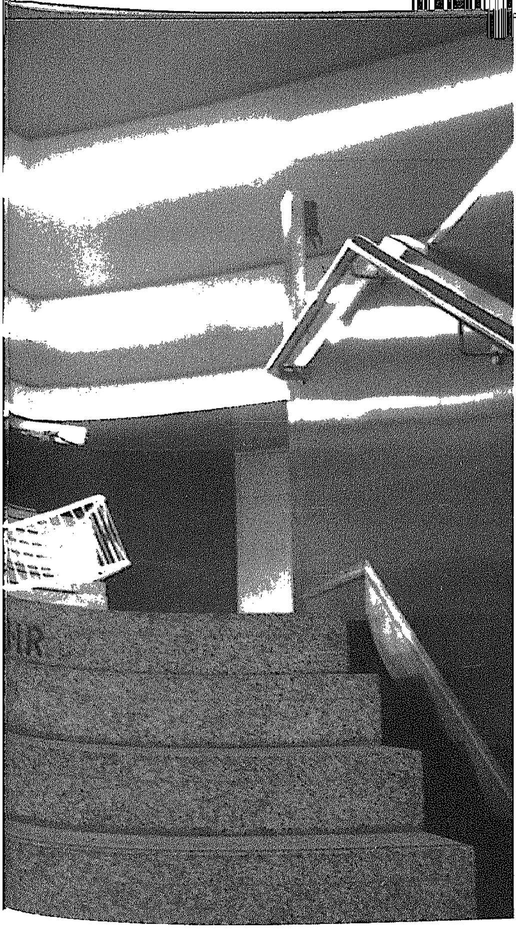
In den 60er Jahren spalteten sich zwei linke Fraktionen von der ETA ab, die heute die Organisation »Zutik« bilden. Ihre Kritik, daß es sich beim Baskenland um einen entwickelten Industriestandort handelt und nicht um eine Kolonie, und die MigrantInnen aus Spanien und anderswo ohne Bekenntnis zur baskischen Nation die gleichen Rechte wie baskische NationalistInnen haben sollten, ist nach wie vor richtig. Sowohl ETA als auch HB und die ganze linksnationalistische Bewegung gehen trotzdem vom Gegenteil aus.

Am 18.9.98 erklärte die ETA einen unbegrenzten Waffenstillstand: Sie wolle die neu-


Foto: Theo Heimann

en politischen Entwicklungen abwarten, die eine neue Chance für eine nationale Unabhängigkeit bedeuten könnten. Damit reagierte die ETA auf die am 13. September 98 beschlossene »Erklärung von Lizarra«. Zur Lösung des Konfliktes im Baskenland wird als Option auch auf die Möglichkeit einer Unabhängigkeit verwiesen, statt von Sozialismus war nur vom Frieden die Rede. Die Erklärung von Lizarra wurde nicht nur von HB unterschrieben, sondern von sämtlichen baskisch-nationalistischen Parteien einschließlich der PNV, der Baskisch-Nationalistischen-Partei sowie von IU, Vereinigte Linke. Dadurch steht Lizarra für ein Ende der Isolation der ETA, die als politischer Faktor anerkannt worden ist. Zeitlich fast parallel dazu hat HB es geschafft, ihre Isolation als Partei zu überwinden. Um dem drohenden Verbot vorzubeugen, initiierte sie zu den Regionalwahlen am 25. Oktober 1998 die offene Liste EH – Euskal Herritarrok, »Baskische Bürger«, die 18% der Stimmen erhielt.

Auch wenn die neue Liste EH Stimmen gewonnen hat und die konservative PNV weiterhin ohne EH bzw. HB regiert, gibt es keinen Grund, sie zur stärksten radikalen Linken in Westeuropa zu erklären. EH vertritt nichts weiter als eine Ansammlung von nationalistischen Platitüden. In der »Euskadi Información« stand am 27.9. 98 in der Kurzvorstellung



des Wahlprogrammes von EH unter dem Stichwort Sozioökonomie: »Ökonomische Souveränität für die Zukunft, Schaffung von baskischen ökonomischen Räumen, eigene ökonomische Planung. Schaffung einer baskischen Zentralbank, eines baskisch-staatlichen Kreditinstitutes, eines durch die Basken definierten Steuersystems. Tarif- und Arbeitsrecht für den Bereich des Baskenlandes, Schaffung von baskischen Statistik- und Planungsinstituten.« Solche Aussagen wirken vermeintlich radikal nur durch einen positiven Bezug auf den militanten Aktionismus der ETA, wodurch sich solche Positionen vom traditionellen bürgerlichen Nationalismus unterschieden.

Mit einem Kommuniqué vom 27. November 1999 beendete ETA ihre 14-monatige Waffenruhe. ETA erklärte, das »baskische Patrioten« im Jahr zuvor zwar viel geredet hätten, aber »währenddessen Spanien und Frankreich die Okkupation, die Angriffe und die repressive Herrschaft fortgeführt haben«.

Am Schluss des Kommuniqués liess ETA ein unabhängiges und sozialistisches Baskenland hochleben. Bei den Übersetzungen ihres natürlich auf baskisch verfassten Textes ins Spanische fiel diese Parole weg, die ein reines Ritual ist. In früheren Zeiten machte die ETA Anleihen bei sozialistischen Ideologien. In dem aktuellen Text ist aber nichts weiter außer dem Willen zur selbstgemachten Nation zu erkennen.

Drei Provinzen Spaniens bilden offiziell die Region Baskenland. Die ETA beansprucht mehr: Noch die spanische Provinz Navarra und die französische Region Atlantische Pyrenäen.

Die Regionalregierung der drei offiziell baskischen Provinzen wird beherrscht von der konservativen PNV, der Baskisch-Nationalistischen-Partei. Sie koaliert derzeit mit der eher sozialdemokratischen Partei EA, der Baskischen Solidarität. Diese hat sich 1986 von der PNV abgespalten. Toleriert wurde diese Minderheitsregierung bis zum Mai 2000 von der linksnationalistischen Partei EH, Baskische Bürger. Alle drei zusammen wurden bei den letzten Regionalwahlen am 25. 10. 98 von 54,5% gewählt. EH ist das am 4. September 1998 im Vorfeld dieser Wahlen gegründete neue Wahlbündnis rund um Herri Batasuna.

Früher hat sich das linksnationalistische Spektrum zwar zur Wahl gestellt, aber nicht an den parlamentarischen Spielereien beteiligt. Der wesentliche Grund hierfür: Die Beteiligung an den Institutionen des spanischen Staates sei eine Legitimation desselben, deshalb: Keine Kollaboration mit Spanien! Dem gegenüber haben die bürgerlichen Nationalisten um die PNV sich der Institutionen bedient. 1980 wurde die baskische Regionalautonomie institutionalisiert, baskischsprachige Schulen und Fernsehsender aufgebaut. Fördermittel der PNV-Regionalregierung gingen in neue High-Tech-Branchen. Dem Boom für die neuen Mittelschichten stehen unsichere Beschäftigungsverhältnisse für die Arbeiterklasse gegenüber.

Wirtschaftlich war das Baskenland zu Zeiten des Fordismus mit seiner traditionellen Schwerindustrie besonders seit dem Boom der Montageindustrie in den 50er und 60er Jahren eine wirtschaftliche Wohlstandsregion innerhalb Spaniens. Die Industrie von Bilbao gründete sich auf Kohlebergbau, Stahlöfen und Werften, in den Fabriken der Kleinstädte wurden Konsumgüter produziert. Mit dem Ende der fordistischen Massenproduktion kam die bis heute anhaltende Strukturkrise. Die Krise beschleunigte 1975 das Ende der Franco-Diktatur und ihrer autoritären Variante fordistischer Staatswirtschaft, die unfähig war, auf die neuen Anforderungen eines postfordistischen nationalen Wettbewerbstaates zu reagieren. Die Staatsbetriebe aus der Franco-Zeit sind infolge der Öffnungspolitik gegenüber dem europäischen Markt nach dem Beitritt zur EU 1986 längst pleite oder privatisiert. Die Autowerke von SEAT gehören heute VW.

Während die Agrarindustrie und die industrielle Großfischerei auf dem westeuropäischen Markt im Vorteil sind, ist die EU für die im gebirgigen Baskenland lebenden zahlreichen Kleinbauern und die Besatzungen der kleinen Fischkutter in den Küstenorten eine Verschlechterung. Da es zur Kleinviehwirtschaft, zur Fischerei und Fischverarbeitung und etwas Tourismus als Lohnarbeitsmöglichkeit keine Alternative gibt, verarmen zunehmend größere Teile der ländlichen Bevölkerung des Baskenlandes.

Deregulierung und Privatisierung wird im Baskenland häufig als Angriff des spanischen Staates auf die baskische Nation gesehen, nicht als Umbau des Kapitalismus. Die ETA sieht sich im antikolonialen Kampf für die nationale Unabhängigkeit. Kolonialismus wird dabei völlig losgelöst von der Kapitalstruktur betrachtet. Den reichsten Familien des Baskenlandes gehört ein Großteil der zentralspanischen Banken und Konzerne. Das Pro-Kopf-Einkommen im Baskenland ist das zweithöchste der spanischen Regionen. Im Baskenland gibt es im Vergleich zu ärmeren Regionen Spaniens einen sehr stark ausgeprägten Klassengegensatz. Die Wahrnehmung und Thematisierung von Klassenwidersprüchen wird in der linksnationalistischen Bewegung zugunsten der Vorstellung von einer homogenen baskischen Nation verschleiert.

Die ETA ist mit ihrem bewaffneten Kampf in die Sackgasse geraten: Soziale Kämpfe um Befreiung sind für ETA kein Thema – die nationale Sache steht im Vordergrund. So fehlte der ETA ein Korrektiv gegen durchgeknallte Aktionen wie Bombenattentate in südspanischen Supermärkten: Bereits 1987 legte ein Kommando in einem Arbeiterviertel von Barcelona eine Bombe in einen geöffneten Supermarkt der Hipercor-Kette – um französische Interessen zu treffen. 21 Menschen starben. Nach massiver Kritik von linken Bündnisorganisationen übte ETA Selbstkritik: Ja, sie hätten sich nicht darauf verlassen sollen, dass die Besitzer und die Polizei den Hipercor räumen. Aber 1995 ließ ein ETA-

Kommando wieder eine Bombe in einem geöffneten Supermarkt hochgehen – wieder an der Mittelmeerküste.

Im Juli 1997 war der Tiefpunkt erreicht: ETA entführte den Kommunalpolitiker Miguel Ángel Blanco Garrido aus der Kleinstadt Ermua und stellte dem spanischen Ministerpräsident, der wie Garrido der PP, der spanisch-nationalistischen Volkspartei angehörte, ein Ultimatum: Entweder würde die PP-Regierung innerhalb von 24 Stunden Zugeständnisse gegenüber den Gefangenen aus der ETA machen – oder Garrido würde erschossen. Der verblutende Garrido wurde gefunden und war auf allen Fernsehkanälen zu sehen. Eine massive Staats- und Medienpropaganda malte das Bild von einer willkürlich mordenden ETA, der jedeR zum Opfer fallen könnte. Danach gingen hunderttausende auf die Straße, forderten ein Ende der ETA-Aktionen. Und das überall in Spanien, auch im Baskenland. Der spanische Staat konnte sich und die Bevölkerung als Opfer der ETA darstellen – vom Staatsterrorismus von Polizei und Paramilitärs war keine Rede mehr.

Danach bot die PNV, die Baskisch-Nationalistische-Partei, ETA Anfang 1998 in Geheimverhandlungen einen Deal an: ETA hört auf, mit Aktionen das Investionsklima im Baskenland zu stören – und die PNV verpflichtet sich im Gegenzug, politisch wieder stärker für eine baskische Nation einzutreten. Während die PNV dabei für einen etablierten Nationalismus steht, dessen 100 Jahre alter baskischer Rassismus wunderbar mit Lobbypolitik zusammenpasst, ist ETA für ihren befreiungsnationalistisch definierten Kulturalismus die Grundlage weggebrochen, weil die PNV-Regionalregierung die zentralen Bestandteile eines kulturalistischen Nationalismus in ihre Politik integriert und umgesetzt hat: Baskisch als Sprache wird heute nicht nur in entsprechenden Schulen, den Ikastolas, gelehrt: Baskischsprachige Medien gibt es von Fernsehen über Radio bis hin zu Printmedien, Büchern und neuen Medien.

Neben der etablierten PNV mit ihrer im Sinne eines baskischen Nationalismus mittlerweile sehr ausgebauten Kulturpolitik gibt es für eine einfache Kopie keine Notwendigkeit. Diese Erfahrung hat bereits die PNV-Abspaltung von 1986, die EA gemacht: Sie ist bereits wieder fest mit der PNV verbunden. Bei den Kommunalwahlen am 13. Juni kandidierte die EA meist im Schlepptau der PNV in einer Listenverbindung. Der Unterschied der bereits 1959 vom PNV abgespaltenen ETA waren früher die Kritik am biologistischen Blut-und-Boden-Rassismus der PNV, der aber gegenwärtig nur noch im Hintergrund präsent ist und zumindest nominell-sozialistische Forderungen. In Anlehnung an die algerische Befreiungsbewegung FLN und die kubanische Revolution. Jetzt ist nur noch die antiinstitutionelle Ausrichtung, der bewaffnete Kampf übrig. Und der Wettkampf darum, wer die baskische Nation besser vertritt.

Die aus kommunistischen Linksabspaltungen aus ETA hervorgegangene Organisation Zutik kritisierte, dass ETA im Dezember 1999 wieder zu den Waffen griff und forderte eine argumentative Auseinandersetzung ein: »Der Dialog muss unverzüglich dazu führen, das Problem der politischen Gefangenen zu lösen und die demokratischen Rechte im Baskenland einzusetzen.«

Zutiks Kritik, das eine Rückkehr zu den Waffen durch die ETA nur wieder eine Militarisierung des Konfliktes bewirken würde, reicht nicht aus. Einer Lösung der Konflikte ist die ETA ohne Waffen kaum näher. Solange nationale, ethnisierte Polarisierung die Grundlage des politischen Handelns bleibt und der Nationalstaat das Ziel, kann es keine Lösung geben. Die müsste etwas anderes sein als die gegenseitige nationalistische Ausgrenzung, von der die militaristische Frontenbildung nur die offen gewalttätigste Form ist.

Genau die betreibt aber nicht nur der spanische Staat, sondern auch ETA mit ihrer Sommerkampagne: Mehrere Anschläge pro Woche, Autobomben, Erschießungen von Politikern auf offener Straße und Bomben in Einrichtungen des spanischen Staates – ETA zeigt ihre militärische Handlungsfähigkeit, die spanische Polizei verhaftet danach weiter willkürlich linksnationalistische BaskInnen: Auf der Strecke bleiben Ansätze für einen politischen Dialog und nichtnationale linken Ansätze nimmt die nationale Polarisierung den öffentlichen Raum zum agieren.



Die weitverbreitete Anti-ETA-Stimmung, die im Moment alle anderen politischen Debatten in Spanien überlagert ist auch eine Reaktion auf die massive Sommerkampagne von ETA. Bis zum Juni hatte ETA seit dem Ende ihrer Waffenruhe monatlich ein Attentat verübt. Seit Anfang Juli macht ETA mindestens zwei Aktionen pro Woche.

Am 12. Juli explodierte im Stadtzentrum von Madrid morgens um 6 Uhr eine Autobombe vor einem Kaufhaus der Kette El Corte Inglés. Die dreifache Warnung der ETA vor der Explosion wurde ernstgenommen, das Gebiet geräumt. Neben hohem Sachschaden gab es trotzdem neun Verletzte. Dadurch konnten die dominierenden zentralspanischen Medien eine allgemeine Stimmung der Bedrohung durch ETA erzeugen.

Einen knappen Tag später explodierte am 18. Juli in der Nähe der nordspanischen Stadt Soria eine Autobombe vor einer Kaserne der paramilitärischen Guardia Civil. Die enorme Sprengkraft reichte aus, um an der Kaserne hohen Sachschaden anzurichten.

Noch am selben Tag hatte der spanische Ministerpräsident José María Aznar seinen großen Auftritt – natürlich mit der spanischen Flagge im Hintergrund. Obwohl beim Staatsbesuch in Algerien eigentlich andere Themen auf der Agenda standen, verkündete er in Algier einmal mehr seine harte Linie: »Sie werden uns nicht in die Knie zwingen.« Die ETA könne seine Regierung nicht von ihrem Weg abbringen: Dass dies eine rein repressive Antwort auf die Aktionen von ETA bedeutet, brauchte er nicht ausdrücklich zu sagen. Letztes Jahr wurde Aznar noch stark von der staatstragenden Opposition, der PSOE und etlichen Regionalparteien dafür kritisiert, dass er das Angebot der ETA zu Verhandlungen nur zum Schein angenommen hat. Es ging der PP nur darum, möglichst die gesamte Leitung von ETA dingfest zu machen. Das gelang. Es gab etliche Festnahmen, ETA brach die Verhandlungen ab und griff wieder zu den Waffen.

Im Baskenland selbst gibt es mehrere aktive Gruppen von ETA. Das »Kom-

mando Bizkaia« hat die laufende Anschlagserie begonnen. Allerdings ging es bei der Autobombe, die sie am 25. Juni in Getxo bei Bilbao zündeten, nicht vorrangig um eine militärische Konfrontation und Polarisierung wie bei den Anschlägen der letzten Wochen. Der weiße Mercedes, der vollgepackt mit Dynamit um Mitternacht hochging, richtete hohen Sachschaden an. Es gab zwei Vorwarnungen, die Straße wurde geräumt. Der Anrufer erklärte, dieser Anschlag richte sich »gegen die Finanzoligarchie«. Der Stadtteil Neguri in Getxo ist beliebt bei der regionalen Bourgeoisie des Baskenlandes. Im Umkreis von einem Kilometer um das explodierte Auto wohnen etwa mehrere Mitglieder des Aufsichtsrates der Bank von Bizkaia, der BBVA, zweitgrößter Bank Spaniens und ihr Präsident Emilio Ybarro. Ebenfalls Anwohner ist der Präsident des »Rates Baskischer Unternehmer«, Alfonso Basagoiti.

Die baskische Regionalregierung beeilte sich auch sofort, diesen Anschlag schärfstens zu verurteilen. Javier Balza, der regionale Innenminister, erkannte hinter der Autobombe von Getxo das Mahnwesen von ETA, mit dem die »Revolutionssteuer« eingefordert wird. ETA hat seit Mai wieder verstärkt Briefe verschickt an Kapitalisten, in denen diese zur Zahlung von jeweils nach den Unternehmensgewinnen festgelegten Geldsummen aufgefordert werden. Mit Revolution hat das wenig zu tun, mehr mit einem eigenen Inkassobetrieb zur Finanzierung von ETA. Die Reichen von Getxo, aufgebracht über den Anschlag vor ihren Haustüren, beschimpften den Bürgermeister von Getxo, Iñaki Zarraoa von der PNV. Sie machen die PNV dafür verantwortlich, das ETA wieder agieren kann.

PNV ist unter Druck, weil sie in zahlreichen Rathäusern mit der Partei Baskische Bürger, EH, kooperieren, die sich nie von der ETA distanziert. Seit Ende Juli hat die PNV nun begonnen, in zahlreichen Stadträten jede kommunale Zusammenarbeit mit EH aufzukündigen. Angefangen mit Basauri, folgen täglich weitere kleinere Städte: So etwa am 20. Juli Beasain, Bergara und Deba. Der Druck seitens der zentralspanischen Parteien gegen PNV geht trotzdem weiter. Die PNV solle sich wieder den spanischnationalen Interessen unterordnen. Die PP, mit der PNV bis zu ihrem Rausschmiss letztes Jahr gemeinsam in der christdemokratischen Europäischen Volkspartei saß, ist dabei federführend. Kaum ein Regionalpolitiker der PP schwingt sich derzeit nicht zum Ritter gegen ETA auf. So erklärte der Vorsitzende der PP in Katalonien, Alberto Fernández Díaz, dass »EH die politische Kapuze der ETA sei« und die PNV »endgültig brechen soll mit allen jenen Gruppen und Formationen, welche die Gewalttätigen unterstützen.« Gleichzeitig verschärft die spanische Justiz wieder die Verfolgung politischer Einrichtungen, die als ETA-nah gelten: So forderte der Untersuchungsrichter Baltasar Garzón am 21. Juli, dass die linksnationalistische Tageszeitung Gara die Schulden von Egin übernehmen soll. Die Zeitung Egin wurde im Juli 1998 auf Betreiben Garzóns verboten und geschlossen. Wenn Gara die seitdem aufgelaufenen Schulden von Egin bezahlen müsste, wäre Gara pleite. Für Ende September plant die konservative PP-Regierung Gesetzesverschärfungen gegen die soziale Basis von ETA: So soll der militante Straßenkampf im Baskenland dadurch beendet werden, dass das Strafmündigkeitsalter gesenkt wird: Dann können schon 16-Jährige zu bis zu 20 Jahren Haft wegen »terroristischer Betätigung« verurteilt werden, wenn sie einen leeren städtischen Bus anzünden.


Foto: Theo Heimann

Die verstärkte Remilitarisierung des Konfliktes um spanische versus baskische Nation seitens spanischer Polizei und ETA stört die regionalistische Standortpolitik der PNV massiv. Während es in ganz Spanien einen Bauboom gibt, ist der Häuserbau seit dem Ende der Waffenruhe von ETA im Baskenland drastisch zurückgegangen: 28,7 Prozent weniger Bauaktivität als im Vorjahr. Kein gutes Investitionsklima – aber auch kein gutes Klima für emanzipatorische Politik. Unter sozialer Befreiung stelle ich mir was anderes vor als nationale Ziele.

Sozialstaat und Rassismus

oder vom Liberalismus zum Staatsrassismus



Fotos: Theo Heimann

Teil 1

von Jürgen Mümken

Die Sozialversicherung ist auch eine Versicherung gegen Revolutionen.
François Ewald

Seit in der Mitte der 70er Jahre der Kapitalismus in eine ökonomische, kulturelle, soziale und politische Krise geraten ist, findet eine neoliberale Restrukturierung der globalen Ökonomie statt. Innerhalb dieser ökonomischen Restrukturierung fand und findet eine Transformation des Sozialstaates statt (vgl. Nullmeier/Rüb 1993). In diesem Prozeß werden Sozialleistungen gekürzt, Formen von Zwangsarbeit ausgeweitet, Druck auf und Kontrolle von SozialhilfeempfängerInnen erhöht, die medizinische Grundversorgung der Menschen zur Disposition gestellt, das Selbstbestimmungsrecht von alten und behinderten Menschen in Frage gestellt. Diese Veränderungen werden in der Regel als »Sozialabbau« begriffen und angegriffen. Der Neoliberalismus wird als Angriff auf den »errungenen sozialen Fortschritt« gesehen. Auch AnarchistInnen rufen deshalb immer wieder zur Verteidigung des Sozialstaates auf und einige fordern sogar angesichts von Neoliberalismus und Globalisierung eine Verteidigung und Stärkung der Staatsautorität (vgl. Chomsky 1997). Doch nicht nur aus einer anarchistischen, sondern auch aus einer antirassistischen Perspektive erscheint eine Verteidigung der Sozialstaates unmöglich. Unter Rassismus wird hier die Konstitution von sozialen Gruppen verstanden mit dem Zweck, diese zu bekämpfen, auszugrenzen und zu eliminieren, dabei kann es sich um AusländerInnen, Kriminelle, Obdachlose, Kranke etc. handeln.

Im folgenden möchte ich die Entstehung und Entwicklung des Sozialstaates und den Zusammenhang mit einem (Staats-)Rassismus nachzeichnen. Ausgehen möchte ich dabei von der liberalen Betrachtung der Armut, um von dort diese Entwicklung darzustellen.

Die liberale Betrachtung der Armut

Ewald hat in seiner Arbeit über den »Vorsorgestaat« aufgezeigt, dass das Problem der sozialen Ungleichheiten keinen »blinden Fleck« innerhalb des liberalen Denkens darstellt, sondern im Gegenteil stehen »Ungleichheiten im Mittelpunkt der liberalen Reflexion« (Ewald 1993, 89). Dabei ist die liberale Auseinandersetzung mit der Armut durch ein Paradox gekennzeichnet: »Der Liberalismus muss die Armut ebenso voraussetzen wie er proklamiert, sie abschaffen zu wollen« (Lemke 1997, 293). Die individuelle Verantwortung für das eigene Wohl und Glück einer und eines jeden ist das Prinzip der liberalen Bewertung der Armut: »Die Ursachen der Armut sind nirgendwo anders als im Armen selbst zu suchen, in seinen moralischen Dispositionen, in seinem Willen: Die Armut ist eine Verhaltensweise« (Ewald 1993, 82). Die Armut ist der falsche Gebrauch bzw. Missbrauch der liberalen Freiheit und hat ihre Ursache nicht in der kapitalistischen Ökonomie, sondern in der moralischen Disposition des Einzelnen. Der Liberalismus weist jede Kausalität zwischen dem Reichtum der einen und der Armut der anderen zurück.

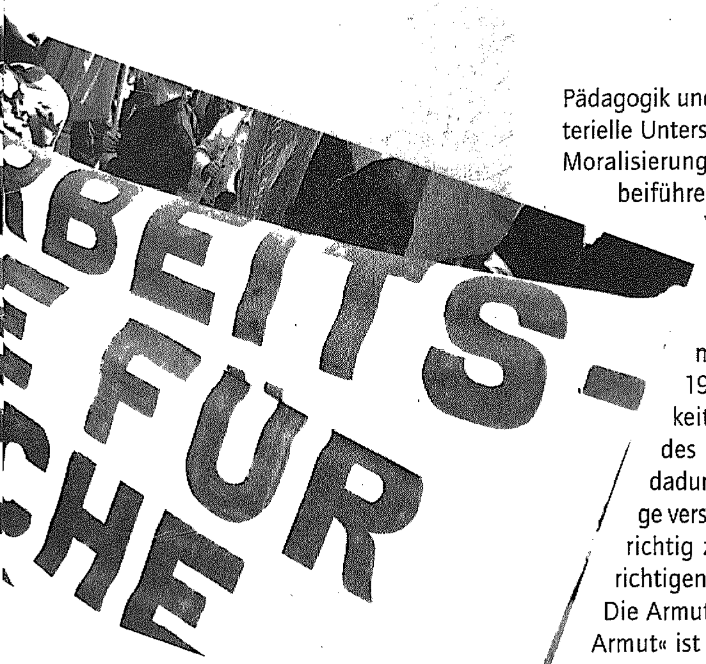
Da die Armut durch moralische Dispositionen und individuelle Verhaltensweisen durch das Individuum von ihr und ihm selbst zu verantworten ist, gibt es keine soziale und ökonomische Verantwortung für die Armut, und somit kein Recht auf öffentliche Unterstützung, das Prinzip der liberalen Freiheit verleiht der Armut keinerlei Rechte. Innerhalb des liberalen Regierungsdenken wird jeder Eingriff in die gesellschaftlichen Beziehungen als Störung der Selbststeuerung der gesellschaftlichen Mechanismen gesehen, die dem Prinzip der Gerechtigkeit widersprechen.

Innerhalb der liberalen Sichtweise der Armut besitzt das Konzept der individuellen Verantwortung und die Moralisierungsstrategien eine Schlüsselstellung. Die Überwindung der Armut gelingt nicht über eine Transformation der ökonomischen Grundlagen der liberalen Gesellschaft, sondern »über eine verschärfte Moralisierung, die Transformation des Willens und die Veränderung des Verhaltens« (Lemke 1997, 201). Die sozialen Beziehungen werden in der liberalen Regierungskunst nicht über das Recht, sondern über die Moral reguliert.

Die liberale Wohltätigkeit

Die Armut stellt, wie wir gesehen haben, innerhalb des liberalen Denken keinen Fremdkörper dar, sondern gehören zur sozialen Welt des Liberalismus und besitzt für den Zusammenhalt der Gesellschaft eine zentrale Funktion:

»Die Ungleichheiten sind natürlich, unvermeidlich unrredizibel: Sie bilden einen Bestandteil der Schöpfungsordnung, die eine Ordnung der Varietät und



Diversität ist, sie sind als Belohnung und Bestrafung der Verdienste und Verfehlungen eines jeden für den sozialen Fortschritt notwendig; und schließ lich sind sie Bestandteil der Vorsehung: als Quellen des sozialen Zusammenhalts stehen sie am Ursprung der Existenz der Gesellschaft« (Ewald 1993, 89).

Die sozialen Ungleichheiten gehören nach Ewald zu den Existenzbedingungen der Gesellschaft im Liberalismus. Die Wohltätigkeit ist laut Ewald eine der Grundlagen der Gesellschaft da sie als Form der sozialer Bindung unverzichtbare Wurzel der Soziabilität ist, denn »sie verbindet das miteinander, was ansonsten in zwei feindliche Klassen, die der Reichen und die der Armen, aufgeteilt bliebe« (Ewald 1993, 71).

Die sozialen Ungleichheiten gehören zu den Existenzbedingungen der Gesellschaft im Liberalismus.

Die Wohltätigkeit hat nicht nur eine Bedeutung für den Zusammenhalt der Gesellschaft, sie ist ihn ihrem Wesen eine individuelle und individualisierte Beziehung: »Nur so lassen sich die wirklichen von den vermeintlichen Armen unterscheiden, die, die Unterstützung verdienen, von denen, die nur danach trachten, von der ihnen angebotenen Hilfe zu profitieren« (Ewald 1993, 92). Die Wohltätigkeit darf innerhalb des liberalen Denkens die Armen nicht als Masse oder Klasse unterstützen, sondern nur als individueller »Fall«. Die Wohltätigkeit ist im Liberalismus zugleich Pädagogik und kann nicht nur eine materielle Unterstützung sein. Sie muß als Moralisierung »eine Bekehrung herbeiführen: den Armen in seinem Verhältnis zu sich selbst, zur Welt und zu den anderen bekehren. Ihn zu den Gesetzen der Ökonomie bekehren« (Ewald 1993, 92f). Die Wohltätigkeit muß deshalb die Praxis des Unterrichts einnehmen, dadurch soll der Arme in die Lage versetzt werden, seine Freiheit richtig zu gebrauchen, d.h. zum richtigen ökonomischen Handeln. Die Armut als eine »Pädagogik der Armut« ist moralisch unverzichtbar, da sie den Menschen ständig vor Augen führt, wohin ein falscher Gebrauch der Freiheit führt. Die Armut dient der liberalen Regierungskunst als Motor einer moralischen Vervollkommnung.

Die liberale Wohltätigkeit muß freiwillig bleiben und darf nicht zum Recht der Armen werden, dies würde der Freiheit und der liberalen Regierungskunst widersprechen. Im Rahmen der liberalen Politiken der Absicherung müssen die Praktiken der Wohltätigkeit einen zweifachen Anspruch genügen:

»Sie sind politisch wie sozial notwendig; man kann sie nicht zuviel fördern, weiterentwickeln und ausbauen, darf sie aber auf keinen Fall zu einer Verpflichtung, zu etwas Konstanten und Garantiertem machen oder sie administrativ verankern. Genau das, was sie notwendig macht, verbietet es, aus ihnen eine Verpflichtung zu machen. Die Praktiken der Wohltätigkeit müssen im Rahmen einer Pragmatik verbleiben, die imstande ist, sich stets der Mannigfaltigkeit der zu befriedigenden Bedürfnisse anzupassen, und bemüht, sich gegen die paradoxen Auswirkungen abzusichern, die sie hervorrufen könnte. Diesem Programm eines Bündnisses zwischen Klassen und eines mildernden Umgangs mit Ungleichheiten entsprechend werden sich zahlreiche soziale Institutionen entwickeln, die man im 19. Jahrhundert aufkommen sieht: Sparkassen, Hilfskassen auf Gegenseitigkeit, Volksversicherungen, betriebliche Einrichtungen, Krippen, Asyle, betriebseigene Einkaufsstellen, Arbeiterwohnungen und -gärten« (Ewald 1992, 93).

Die Armut ist aber nicht nur aus moralischer, politischer und sozialer Sicht notwendig, sondern auch die Armut ist auch ökonomisch notwendig, und darf deshalb nicht einfach verschwinden. Die Armut wird Teil der ökonomischen Regierung der liberalen Regierungskunst. Die Unterscheidung in »echte« und »falsche« Armut und zwischen gesunden und arbeitsunfähigen Armen erlaubt es der liberalen Regierung die arbeitsfähigen Armen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, um die Reproduktion von billigen Arbeitskräften zu sichern.

Die Arbeit besitzt somit eine strategische Bedeutung innerhalb der liberalen Betrachtung der Arbeit: »Der gesunde Arme muß für die Gesellschaft arbeiten, andernfalls er all seine Rechte verlöre und sich als jemand zuerkennen gäbe, der auf die öffentliche Wohltätigkeit der Gesellschaft spekuliert und es durchaus verdient, dass ihm das Handwerk gelegt wird« (Ewald 1993, 96). Nur der Arme, der aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten kann, kann Unterstützung durch die Gesellschaft ohne Gegenleistung erwarten. So wird die Arbeit zum zentralen Schlüssen für die Lösung der Armut innerhalb des liberalen Denkens. Unter diesen Blickwinkel konnte die Lösung der Armut nur darin bestehen, »dass alle Hindernisse für einen Zugang zu freien Arbeitsmarkt beseitigt werden, so dass die arme Bevölkerung in den produktiven Kreislauf integriert wird und prinzipiell alle Gesellschaftsmitglieder zu Besitzenden werden« (Lemke 1997, 204).

Die Erfindung des Sozialen

Doch die Versprechen des Liberalismus in Bezug auf das Verschwinden der Armut gingen nicht auf, nicht nur das er nicht in der Lage war, die alte Armut zu bekämpfen, sondern die kapitalistische Ökonomie und die Industrialisierung produzierten eine neue Massenarmut. Die neue Verelendung unterschied sich an Intensität, Umfang und Ausdehnung alle bis dahin bekannten Formen von Armut. Die Arbeit konnte die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Die Arbeit bot kein Ausweg aus der Armut, damit stand der Liberalismus vor einem

neuen Problem, das zur Transformation des liberalen Regierungsdenken führte, denn die liberale Politik der individuellen Verantwortung und der freiwilligen Wohltätigkeit scheiterten in Bezug auf die Armut.

Die neue Form der Armut taucht in der gefährlichen und bedrohlichen Gestalt des Pauperismus auf, der die liberale Gesellschaft in seiner Existenz bedroht. Der Pauperismus trat als Massenarmut an die Stelle der Armut als individuelles Schicksal und moralischer Verfehlung. Der Pauperismus stellt ein Armutsphänomen dar, dass sich in Ausdehnung, Intensität und Ursprung von den alten bekannten Formen der Armut unterschied.

Von der Armut als Pauperismus ist eine ganze Bevölkerungsgruppe betroffen, und unterscheidet sich durch eine neue Totalität von früheren Formen der Massenarmut: »Welches auch immer die negativen Eigenschaften sein mögen, mit denen man ihn beschrieb, Mittellosigkeit, Entwürdigung oder moralischer Verfall, er manifestiert sich, und dies macht seinen Schrecken aus, als Lebensweise, als Existenzform einer ganzen Population mitsamt ihren Bräuchen, Gewohnheiten, Verhaltensweisen und Beziehungen. Man hatte es mit einer neuen sozialen Spezies zu tun, der der Arbeiter der Groß industrie« (Ewald 1993, 112).



Bei der Armut des Pauperismus handelt es sich um eine permanente, eine Dauerarmut, die in Raum und Zeit beständig ist. Die Armen werden arm geboren, leben als Arme und zeugen neue Arme. Desweiteren stellt der Pauperismus die Bedingung der Requalifizierung des Armen in Frage, seinen Willen. Das liberale Denken ist geprägt vom Gedanken einer ursprünglichen Gleichheit des Armen und Reichen, d.h. auch von der Gleichheit ihres Willen. Die Ungleichheit war nur eine Ungleichheit der Lebensumstände. »Mit dem Pauperismus wurden die sozialen Ungleichheiten zu Differenzen der physischen und moralischen Konstitution. Zwischen dem Reichen und dem Armen, dem Proletarier und dem Bourgeois besteht von nun an eine Wesendifferenz, die sie als Kollektive voneinander abgrenzt und als zwei verschiedene Gesellschaftsklassen einander gegenüberstellt« (Ewald 1993, 113).

Die Armut des Pauperismus beruht nicht auf das Fehlen von Arbeit, sondern sie ging aus der Arbeit selbst hervor: »Der Pauperismus war Resultat der industriellen Arbeit; er begleitete die Industrialisierung, wenn nicht als deren Bedingung, so zumindest als deren Konsequenz« (Ewald 1993, 113). Die Armut war das Ergebnis der Arbeit und des Systems der Konkurrenz, dadurch stellte er die liberale Freiheit, ihren Gebrauch und ihre Ausübungsbedingungen grundsätzlich in Frage.

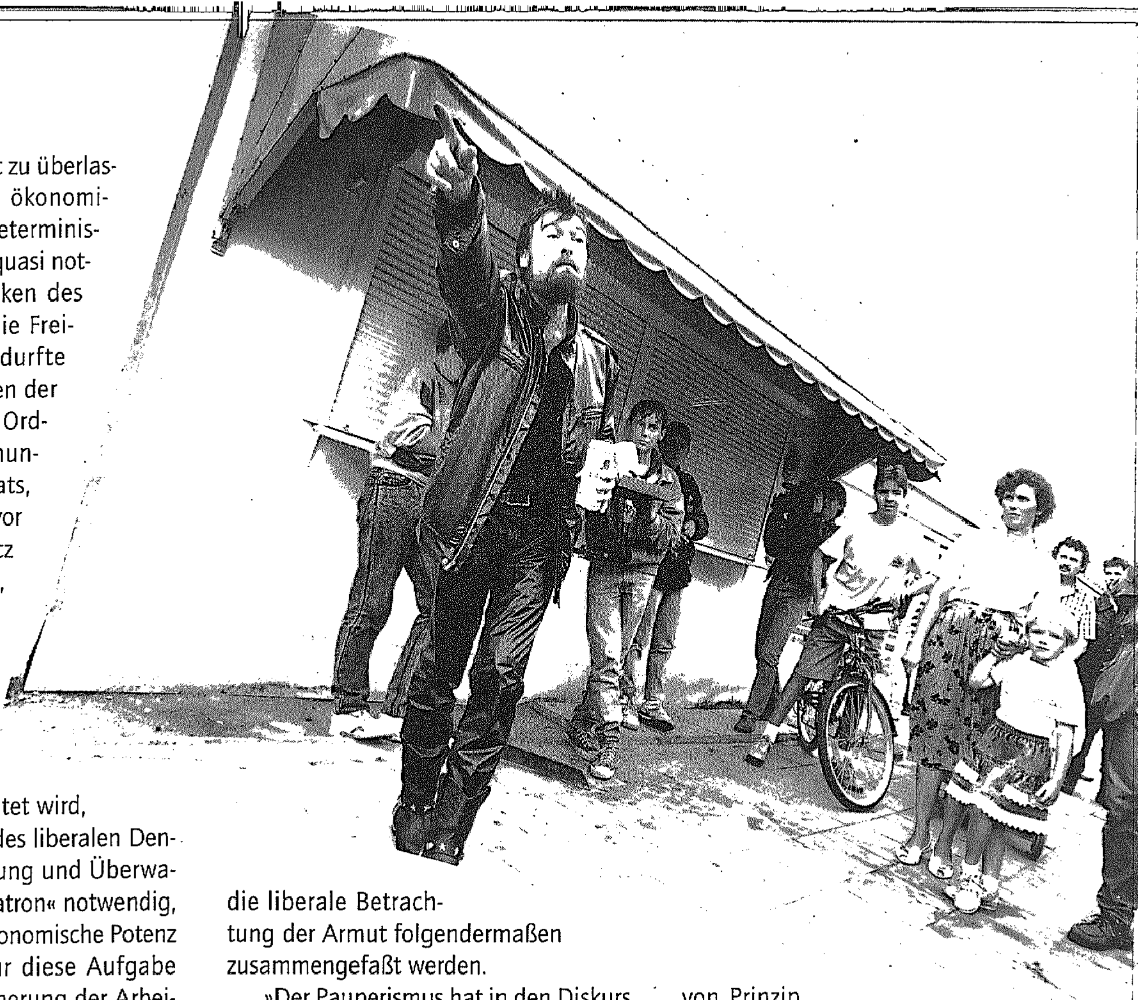
Die grundlegende Sorglosigkeit der ArbeiterInnen machte aus der Sicht des liberalen Denkens eine Bevormundung und Überwachung durch einen »Patron« notwendig.

Mit dem Pauperismus taucht für das liberale Regierungsdenken ein gefährlicher Gedanken auf, der von einer ökonomischen, sozialen und politischen Kausalität des Elends, damit stand eine der zentralen politischen Leistungen des Liberalismus auf dem Spiel, eben genau diese Kausalität von Armut und Reichtum zurückzuweisen. Dieser neue Gedanke ist radikal interpretiert für den Liberalismus eine große Gefahr. Er könnte dazu führen, die Armen von jeder Verantwortung für ihren Zustand freizusprechen und diese auf die Gesellschaft, ihre Organisations- und die Funktionsprinzipien zu übertragen. Die kritiklose Übernahme dieses Gedanken könnte dazu führen die beiden konstitutiven Elemente der liberalen Gesellschaft Privateigentum und liberale Freiheit grundsätzlich in Frage und an den Prager zu stellen. Die ökonomische, soziale und politische Kausalität von Armut könnte den Sozialismus und der Revolution Tür und Tor öffnen. Um diese Gefahr abzuwenden, reagiert der Liberalismus mit einer Korrektur der klassischen liberalen Strategie im Umgang mit der Armut, die neue Strategie heißt Soziale Ökonomie und Paternalismus.

»Um revolutionären Forderungen nach einer radikalen Reorganisation der Gesellschaft zu begegnen, war es zwingend notwendig, die Frage der Armut von rechtlichen Ansprüchen auf Arbeit zu trennen und sie in einer Art und Weise zu betrachten, die jeden Bezug auf Politik und Ökonomie vermied« (Lemke 1997, 206). Die neue Betrachtung der Armut führte zu einer »Trennung des Sozialen und des Ökonomischen« (vgl. Donzelot 1994, 125-139) und führte zu einer Verschiebung von der Politischen Ökonomie zu einer Sozialen Ökonomie. Das Soziale nimmt eine »Aufteilung von Reichen und Armen auf neuer Grundlage« (Deleuze 1979, 249) vor. Es ist nicht Teil des Öffentlichen oder des Privaten, »weil es im Gegenteil eine neue Mischbildung von Öffentlichem und Privatem einführen wird und selber eine Aufteilung, eine eigentümliche Verbindung von Eingriffen und Rückzügen des Staates, seiner Belastungen und Entlastungen produziert« (Deleuze 1979, 245).

Die Soziale Ökonomie bedeutete aber nicht, das die Moralisierung der Armen ein Ende hat, sondern dass die moralische Analyse der Armut um die »Problematik des Milieus« (Ewald 1992, 114) erweitert wurde. Die Soziale Ökonomie führt die Unterscheidung zwischen Ursache und Bedingung der Armut ein: »Ursache der Armut ist weiterhin die Sorglosigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen, allerdings kann diese allgemeine Disposition auf günstige oder weniger günstige Bedingungen treffen, sie kann verstärkt oder abgeschwächt werden« (Lemke 1997, 207f). Der Kampf gegen die Armut mußte sich von nun an nicht mehr ausschließ lich auf das Individuum – seinen Willen und seine moralische Disposition – richten, sondern es müssen Eingriffe ins Milieu vorgenommen werden. Das Milieu umfaßt das Familienleben und die Wohnbedingungen der ArbeiterInnen. Trotz der »Entdeckung« des Milieus bleibt – wie schon gesagt – die Sorglosigkeit der Armen und ArbeiterInnen Charakteristikum der Armut.

»Eine Sorglosigkeit, deren Ursprung darauf hindeutete, dass sie ihr nicht mit eigenen Mitteln entrinnen können. Den



Arbeiter seiner Freiheit zu überlassen hieße, ihn jenem ökonomischen und sozialen Determinismus auszuliefern, der quasi notwendig in die Schrecken des Pauperismus führt. Die Freiheit des Arbeiters bedurfte unter den Bedingungen der neuen industriellen Ordnung einer Bevormundung, eines Patronats, das sie absichert und vor sich selbst in Schutz nimmt« (Ewald 1993, 115).

Die grundlegende Sorglosigkeit der ArbeiterInnen, die als eine soziale Identität als »soziale Pathologie« betrachtet wird, machte aus der Sicht des liberalen Denkens eine Bevormundung und Überwachung durch einen »Patron« notwendig, der sich durch seine ökonomische Potenz zugleich moralisch für diese Aufgabe qualifiziert. Die Absicherung der ArbeiterInnen wurde nun als eine notwendige und unverzichtbare Aufgabe des liberalen Patronats dargestellt. Durch diese soziale Verpflichtung der einen Klasse einer anderen gegenüber, war die Teilung der Gesellschaft in Klassen anerkannt und die Klassenspaltung wird zu einem zentralen Bestandteil der liberalen Regierung.

Die Formierung von Klassen wird zu einer zentralen Sicherheitsstrategie des liberalen Denkens. Die revolutionären Ereignisse von 1848 und 1871 (Pariser Kommune) hatten der Bourgeoisie gezeigt, welche Gefahren von einer städtischen undisziplinierten und pauperisierten Klasse ausgehen konnten. Der Pauperismus ist ein städtisches Phänomen, eine Population, die im inneren der Bevölkerung diese bedroht, eine »soziale Pathologie« die in der städtischen Armutsbevölkerung wirkt. Dadurch gelingt es der Sozialen Ökonomie zwischen Pauperismus und Armut zu unterscheiden. Diese Trennung ermöglicht es der liberalen Regierung die Bekämpfung des Pauperismus und Aufrechterhaltung der Armut. Der Pauperismus wird nicht als Armut bekämpft, sondern als eine pathologische Lebensführung, die die liberale Gesellschaft gefährdet, und nicht in den politischen Körper eingebunden werden kann. Der Pauperismus kann für die liberale Betrachtung der Armut folgendermaßen zusammengefaßt werden.

»Der Pauperismus hat in den Diskurs der Sozialen Ökonomie seine Ursache nicht in einer ökonomischen Struktur, sondern in einer moralischen Disposition. Diese Strategie definiert die Armut noch immer als ›Schuld der Armen‹ und erlaubt darüber hinaus die Moralisierung der Gesellschaft als Ganzer durch die Techniken der Behandlung der Armut. Im Ergebnis führte dies zu einer Entpolitisierung des Problems der Ungleichheit in einer Gesellschaft von Gleichen: Die Ungleichheit ist nicht mehr Resultat eines unterschiedlichen Gebrauchs der Freiheit, sondern eine Differenz in der Gesellschaftlichkeit oder in dem Grad der Gesellschaftlichkeit. Das Ziel dieser Strategie war eine Entpolitisierung des Konflikts durch die Etablierung einer ›normalen‹ Beziehung zwischen Reichtum und Armut« (Lemke 1997, 211).

Die Geburt der Sicherheitsgesellschaft

Die Sicherheitsgesellschaft, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausbildet, bricht mit zwei konstitutiven Elementen der liberalen Gesellschaft: mit der Trennung von Recht und Moral und der Verantwortung als Prinzip der Regulation gesellschaftlicher Prozesse. Noch der liberale Paternalismus war von Prinzip der Verantwortung und der Trennung von Moral und Recht ausgegangen, auch wenn er von einer Bevormundung der ArbeiterInnen und Armen ausging. In diesem Prozeß wird das Recht zu einem »sozialen Recht«, »das den Begriff der individuellen Verantwortung und rechtlichen Zurechnung suspendiert und an ihre Stelle eine Çgesellschaftlicheë Verantwortung treten läß t« (Lemke 1997, 212). Aus der individuellen Verantwortung des liberalen Denkens wird ein »soziales Risiko«.

Die sozialen Folgen der kapitalistischen Industrialisierung hatte die individuelle Verantwortung als gesellschaftliches Regulationsprinzip grundsätzlich in Frage gestellt. Um ein sozialistisch-revolutionäre Lösung der drängenden Probleme zu verhindern, schien eine staatliche Intervention in die ökonomischen Prozesse unausweichlich, doch gerade dies wollten die bürgerlich-konservativen Kräfte auf jeden Fall vermeiden. Der Ausweg schien darin zu bestehen, eine in der Privatwirtschaft entwickelte Versicherungstechnologie auf die soziale Regulierung der Gesellschaft zu übertragen. Durch diese Übertragung konnte der Widerspruch von Individuum und Staat überwunden und mit der Kategorie der individuellen Verantwortung und des liberalen Rechts gebrochen werden.

Das Versicherungssystem ist als ein soziales Band zu verstehen, das an die Stelle der konfrontativen Ansprüche tritt. »Das Versicherungssystem richtet sich nicht an bestimmte soziale Klassen, sondern an das Kontinuum einer Bevölkerung, die sich nach Risiken unterscheidet, die durch Alter, Geschlecht, Beruf etc. bestimmt sind, nicht aber durch antagonistische Spaltungen« (Lemke 1997, 212f).

Innerhalb der Versicherungstechnologien löst also das soziale Risiko das Verantwortungsdispositiv der klassisch-liberalen Gesellschaft ab. Anhand der Industrie hat Ewald die »Politik des Unfalls« im Kontext des Entstehen der Versicherungstechnologien untersucht. Der Unfall hat innerhalb der liberalen Rationalität eine ähnliche Funktion wie die Armut. Der Unfall wie die Armut gelten als natürliches Übel, die einen unverzichtbaren Bestandteil der liberalen Welt bilden. Der Unfall ist wie die Armut nicht vermeidbar und stellt in der Beziehung von Mensch und Natur eine innewohnende Realität dar. Innerhalb des liberalen Denkens begründet der Unfall ebensowenig wie die Armut ein Anspruch auf Unterstützung. Der Unfall hatte ebenfalls die moralisierende Rolle als »Pädagoge der Freiheit«, da der erlittene Schaden nicht auf jemand anderes abgewälzt werden konnte, die Ausnahme war der Fall, wenn das explizite Verschulden durch einen anderen vorlag.

Die liberale Betrachtung des Unfalls wurde -ebenso wie die der Armut -durch die industrielle Entwicklung und das rasche Anwachsen der arbeitenden Masse in Frage stellt. In der Fabrik konnte der Unfall durch individuell rationales Handeln nicht verhindert werden. Durch die Maschinisierung der Arbeit war der Unfall innerhalb der industriellen Gesellschaft zu einem sozialen Phänomen und der Preis des technologischen Fortschritts geworden. Die liberale Gesellschaft muß te anerkennen, dass industrielle Gesellschaft in der Regel eine Schaden verursachende Gesellschaft ist. Der Unfall stellt innerhalb des Industrialismus keine Funktionsstörung dar, sondern ist Ausdruck des Funktionierens. Das führt zu einem Problem innerhalb des liberalen Rechts. Da die Schäden nicht Ausdruck eines individuellen Fehlverhaltens waren, sondern als soziale Schäden auftraten, konnte auf der einen Seite berechtigterweise Schadenersatz gefordert werden, aber auf der anderen Seite konnten sie streng genommen niemanden zugerechnet werden.

Der moderne Unfall der industriellen Gesellschaften gehorcht den Gesetzen der Statistik, dadurch sind sie also vorhersehbar, versicherbar und berechenbar. Der Unfall in der Industrie stellt demnach eine Normalität dar, die sich in seiner statistischen Regelmäßigkeit niederschlägt. Ebenfalls zentral für den modernen Unfall ist, dass er Ergebnis des Lebens in der Gesellschaft ist. »Der moderne Unfall resultiert weniger aus der individuellen Zwiesprache des Menschen mit den Dingen als aus seinen ineinander verschachtelten, vielfältigen Beziehungen zu anderen Menschen. Der Unfall ist die Nähe zu, die Begegnung mit anderen, der Ausdruck des Miteinanderseins« (Ewald 1993, 18). Dies trifft sowohl auf Verkehrs- wie auf Arbeitsunfälle zu.

> Der moderne Unfall der industriellen Gesellschaften gehorcht den Gesetzen der Statistik, dadurch sind sie also vorhersehbar, versicherbar und berechenbar.

Die Objektivität des Industrieunfalls ließ aus liberaler Sicht keine subjektive Zurechnung zu: Die Beurteilung des individuellen Verhaltens des Industriellen und damit seine individuelle Verantwortung für den Unfall in seinem Betrieb wurde deshalb irrelevant. Die Gesellschaft und ihre Verpflichtung und nicht die Individuen mit ihrer Verantwortung werden zur zentralen Referenz einer neuen sozialen Logik. Die Verteilung von Gütern und Übeln folgten einer eigenen Rationalität, die weder auf menschliches Fehlverhalten noch auf natürliche Zufälligkeiten zurückführen ließ. Die Ungleichheiten in der liberalen Welt ließen sich nur solange rechtfertigen, wie Reichtum, Armut oder der Unfall aus einem individuellen Verhalten herging, wenn aber die Verteilung von Gütern und Übeln unabhängig vom individuellen Verhalten des Einzelnen war und auf eine soziale Gesetzmäßigkeit beruhte, steht das liberale Gerechtigkeitsprinzip zur Disposition:

»Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war es noch die Natur, die als Bezugspunkt der Frage der Gerechtigkeit gedient hatte: die ›natürliche‹ Zuordnung der Güter und der Übel erschien als gerecht. Es gab nichts zu korrigieren, auß er in einem Fall, der als außergewöhnlich galt, wenn nämlich das von einem Menschen erlittene Übel durch das Verschulden eines anderen verursacht wurde. Von nun an beruft sich die Gerechtigkeit weniger auf die Natur als auf die Gesellschaft: Sie wird als Tatsache, als jene Gesamtheit kollektiver Güter objektiviert, auf deren Grundlage die Verteilung dieser Güter auf die Individuen vorgenommen wird. Das Recht wird sozial und korrektiv: Es gilt, die gestörten Gleichgewichte wiederherzustellen, die Ungleichheiten in der Verteilung sozialer Belastungen zu reduzieren. Der Begriff des Risikos, der diese einzigartige Realität eines regulären, hinsichtlich der individuellen Verhaltensweisen neutralen, sozusagen ordnungsgemäßen Übels ausdrückte, und, allgemeiner, die Technologie der Versicherung, die damit zu einem gesellschaftlichen Faktum wurde, machten es möglich, diese neue Herausforderung an die Gerechtigkeit juristisch zu denken und zu organisieren« (Ewald 1993, 21f).

Durch die Objektivierung des Unfalls und die Einführung des sozialen Risikos werden Versicherungstechnologien entwickelt, die eine radikale Entwertung des liberalen Prinzips der individuellen Verantwortung bedeutet und zu einer tiefgreifenden Transformation des Rechts führt. Das liberale Recht und die Versicherung sind zwei verschiedene Formen der Individualisierung moderner Gesellschaften. Der Unfall im Liberalismus ist ein Sache, die zwischen zwei Personen abspielt: Es handelt sich um das individuelle Fehlverhalten einer Person gegen eine andere. Die Versicherung dagegen arbeiten anders:

»Die Versicherung arbeitet mit einem völlig anderen Typus der Individualisierung, der nicht auf die Konfrontation mit einem anderen Individuum, sondern auf die Gegenseitigkeit seiner Kollektivität verweist: Die Mitglieder einer Versicherung stellen füreinander Risikofaktoren dar, was bedeutet, dass sie für alle anderen ein Risiko darstellen wie sie zugleich selbst Risiken durch andere ausgesetzt sind« (Lemke 1997, 216).

Dies heißt aber nicht, dass jede und jeder das gleiche Risiko eingeht bzw. darstellt. Trotz der Allgemeinheit des Risikoprinzips unternimmt die Versiche-



rung jenseits der Individuen eine Individualisierung des Risikos vor. Das Risiko als zentraler Begriff der Versicherung weist drei Merkmale auf:

Das Risiko ist kalkulierbar, da von einer Konstanz der Wahrscheinlichkeit ausgegangen wird. Das Risiko operiert also nicht mit einer abstrakten Norm, sondern mit einer Durchschnittsindividualität der versicherten Population.

Das Risiko ist stets kollektiv: »Der Unfall als Schaden, Unglück und Leiden ist zwar stets individuell, wenn er den einen unter Ausschluß des anderen betrifft, das Unfallrisiko seinerseits bezieht sich jedoch immer auf eine ganze Population. Es gibt genaugenommen kein individuelles Risiko« (Ewald 1993, 215).

Das Risiko ist ein Kapital: »Das Versicherte ist nicht ein Schaden in dem Sinn, wie er vom Geschädigten erlebt, erlitten oder empfunden wird, sondern ein Kapital, dessen Verlust der Versicherer ersetzt. (...) Man kann einen Vater, eine Mutter ebensowenig ersetzen wie eine Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit. All dies hat wie das Leiden keinen Preis. Das Spezifikum der Versicherung besteht jedoch darin, dafür eine finanzielle Kompensation anzubieten« (Ewald 1993, 217).

Damit die Technologien der Versicherung, die sie anhand einer »Politik des Unfalls« innerhalb des liberalen Denkens entwickeln haben, auf das Feld des Sozialen übertragen werden konnten, bedurfte es das Auftreten einer neuen Wissensform, deren Gegenstand die »Gesellschaft« ist und ihre Gesetzmäß igkeiten: die Soziologie. Das soziologische Wissen etabliert eine Objektivierung der Gesellschaft, die sich grundlegend von der liberalen Konzeption unterscheidet. Die Gesellschaft ist nicht mehr die »freiwillige« Assoziation der Individuen wie im klassischen Liberalismus, die Gesellschaft wird selbst zum Subjekt mit eigenen Gesetzen und Regelmäß igkeiten, »die sich den Individuen als eine ihnen fremde und äuß erliche Realität auferlegt« (Lemke 1997, 217). Die Entdeckung der Konstanz der Wahrscheinlichkeiten und die Entwicklung des Solidaritätsbegriffs sind die beiden entscheidenden Elemente der Versicherungstechnologien, die eine soziologische Objektivierung der Gesellschaft erlauben.

Sozialstaat und Solidarität

Auf die Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung möchte ich hier nicht weiter eingehen, sondern auf den Begriff der Solidarität, der sich Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr ausbreitete. Der Solidaritätsbegriff schien die Lösung zu sein für die dem liberalen Souveränitätskonzept innewohnenden Widersprüche, die die BürgerInnen an der Wahlurne und in ihrer Unterwerfung in den Fabriken erfuhren. Das rechtlich-politische Konzept der (Volks-)Souveränität des Liberalismus bildete zunehmend weniger ein Faktor der Ordnung oder ein Instrument der Kohärenz, sondern vielmehr ein Instrument der Klassenspaltung. Es produziert »auf der einen Seite Ängste vor einem neuen Despotismus, der sich nicht mehr in einem Monarchen, sondern im Volk gründet, einer Tyrannei der Mehrheit; so lud es auf der anderen Seite dazu ein, sich eine Souveränität wiederanzueignen, die die Çbürgerlicheë Republik verraten hatte, indem sie die ökonomische Sphäre von der politischen Willensbildung aussparte« (Lemke 1997, 219f).

Die Frage, die sich stellt, ist, welches Prinzip das Regierungshandeln anleiten sollte, welches der Beitrag und die Grenze des Staates dabei sind. Das Konzept der Solidarität als eine »strategische Erfindung« erscheint als eine Antwort auf die Frage und stellt sich als dritter Weg zwischen einer liberal-konservativen und revolutionär-sozialistischen Position dar. Die »Theorie der Solidarität«, die von Durkheim entwickelt wurde, bot damit einen Weg jenseits der »revolutionären Brüderlichkeit« und der »liberalen Wohltätigkeit« an. Aus der Perspektive der »Theorie der Solidarität« stellt die Gesellschaft weder das Produkt eines freien Willens noch einer ursprünglichen und natürlich Assoziation dar. Die Gesellschaft ist damit eine Instanz, die sich laut Durkheim nicht instrumentalisieren läß t, da sie ihren eigenen Gesetzen folgt. »Das grundlegende Gesetz der Gesellschaft ist nicht rechtlicher Natur, es ist nicht die Souveränität, sondern die Solidarität, die das Soziale konstituiert« (Lemke 1997, 220). Die soziale Rolle des Staates wird durch die Solidarität etabliert, »anderseits setzt sie seinem Eingreifen Grenzen, indem sie ihn auf den Respekt der Freiheiten und Initiativen der Einzelnen verpflichtet, die für den gesellschaftlichen Fortschritt unabdingbar sind« (Lemke 1997, 221).

Auf dieser Grundlage konnte sich der Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat entwickeln. Die praktische Anwendung der »Theorie der Solidarität« findet sich im Sozialrecht wieder. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde eine ganze Reihe von Sozialgesetzen verabschiedet, die sich mit dem Schutz der ArbeiterInnen und mit den Arbeitsbedingungen beschäftigen, Gesetze zum Schutz von Frauen und Kindern in den Familien und Gesetze zur Si-

cherung der Gesundheit, Erziehung und Moral der Mitglieder der Gesellschaft.

»Im Namen des Sozialrechts greift die öffentliche Gewalt zunehmend in die Sphäre der bürgerlichen und privaten Beziehungen ein. Sie breitet sich aus, wo immer das Verantwortungsgefühl des Familienoberhaupts oder in der Firmenspitze diesen Anforderungen nicht gerecht zu werden schient, oder, umgekehrt wo diese eingestandene Verantwortung als Alibi für die Aufrechterhaltung persönlicher Abhängigkeit und für individuelles Versagen zum Schaden individuelles Glücks sowie einer reibungslos funktionierenden Gesellschaft dient« (Donzelot 1994, 111).

Mit dem Sozialrecht ist es aber letztendlich wie mit der liberalen Wohltätigkeit, es geht ausschließ lich um die Mängel der Gesellschaft abzuhelfen und die Auswirkungen der Armut einzudämmen, es geht nicht um eine Reorganisation der Gesellschaft in dem Sinne, dass keine Armut entsteht. Der einzige Unterschied zwischen dem Sozialrecht und der liberalen Wohltätigkeit, dass jetzt ein Rechtsanspruch auf Unterstützung für bestimmte Situationen und Formen der Armut besteht. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen betreffen nicht mehr eine radikale Neuordnung der Gesellschaft jenseits einer kapitalistischen Vergesellschaftung, sondern sie formieren sich um die beiden Abstraktionen »des Sozialen« und »des Ökonomischen« und die ausschließ liche Anerkennung der einen oder anderen Rationalität. Für Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg bemerkt Donzelot:

»Die Arbeiterbewegung trennte sich vom Anarcho-Syndikalismus, für den der Streik eine Art revolutionäre Gymnastik war und der soziale Reformen als Ablenkungsmanöver zur Hinauszögerung des Generalstreiks ablehnte. Die Forderungen der Arbeiter zielen nun auf die Verteidigung und Erweiterung der Sozialsphäre« (Donzelot 1994, 140f).

Das Konzept der Solidarität ist wie die Sozialversicherung kein erster Schritt in Richtung Sozialismus, sondern ein Mittel gegen die subversive Reorganisation der Gesellschaft. Die Kämpfe um das Sozialen lassen die Organisation der Produktion und Gesellschaft und die Eigentumsverhältnisse außen vor. Es geht eher um die Frage der Verteilung von Gütern als um zentrale Momente der kapitalistischen Ökonomie, wie z.B. die Lohnarbeit in Frage zu stellen.

Auch wenn die Einführung sozialer Rechte Ausdruck der Krise des klassisch-liberalen Regierungsdenken war, wäre die Etablierung des Sozialstaates ohne die politischen Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung nicht geschehen, ohne diese Kämpfe hätte es vielleicht auch einen anderen Ausweg aus der Krise gegeben. Trotzdem greift es zu kurz wenn der Sozialstaat als »Sieg« der ArbeiterInnenbewegung und historische Errungenschaft betrachtet wird.

Es greift zu kurz, wenn der Sozialstaat als »Sieg« der ArbeiterInnenbewegung und historische Errungenschaft betrachtet wird.

»Der Sozialstaat ist das Ergebnis von sozialen Kämpfen, seine strategische Bedeutung besteht jedoch gerade umgekehrt in einer ›Depolitisierungspolitik‹, die Kämpfe überflüssig machen soll. Das Soziale ist weniger das Produkt oder das Instrument des Politischen als dass es eine vollkommene Veränderung des Politischen mit sich bringt. Mit der Einführung des Sozialen wurde eine allmähliche Subsumtion des Politischen unter das Soziale und die Stillegung politischer Kämpfe eingeleitet, die Raster wie ›Sieg‹ oder ›Niederlage‹ immer oberflächlicher erscheinen lässt« (Lemke 1997, 223).

Literatur:

Chomsky, Noam: Ziele und Visionen. In: Schwarzer Faden Nr. 60 -1/1997

Deleuze, Gilles: Der Aufstieg des Sozialen. In: Donzelot, Jacques: Die Ordnung der Familie, Frankfurt am Main 1979

Donzelot, Jacques: Die Förderung des Sozialen. In: Donzelot, Jacques / Meuret, Denis / Miller, Peter / Rose, Nikolas: Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault, Mainz 1994

Donzelot, Jacques: Wiederkehr des Sozialen. Von der passiven Sicherheit zur aktiven Solidarität. In: Tüte: Wissen und Macht. Die Krise des Regierens, Tübingen 1995

Ewald, François: Der Vorsorgestaat, Frankfurt am Main 1993

Foucault, Michel: In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am CollÈge de France (1975-76), Frankfurt am Main 1999

Lemke, Thomas: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Berlin/Hamburg 1997

Lemke, Thomas: Die Regierung der Risiken. Von der Eugenik zur genetischen Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main 2000

Magiros, Angelika: Foucaults Beitrag zur Rassismustheorie, Hamburg 1995

Marin, Lou: Anarchismus und Sozialstaat. Libertäre Auswege aus der falschen Alternative Markt oder Staat. In: graswurzelrevolution Nr. 219 -Mai 97

Mümken, Jürgen: Die Ordnung des Raumes. Die Foucaultsche Machtanalyse und dies Transformation des Raumes in der Moderne, Pfungstadt/Bensheim 1997

Nullmeier, Frank / Rüb, Friebert W.: Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat, Frankfurt am Main 1993





über Verfassungspatriotismus und Fundamentalopposition

Interview mit Johannes Agnoli

Die Zukunft des Staates, der Ökonomie und der zivilen Gesellschaft werden heiß diskutiert. Eine prinzipielle Staatskritik wie die Ihre, die auf das Zerstören staatlicher Strukturen aus ist, findet dabei allerdings keine nennenswerte Anhängerschaft mehr.

A.: Zerstören? Zwar sagt Marx in einer ‚Inauguraladresse' man müsse, um der Emanzipation willen, den Staat zerstören. Ich schlage für die gleiche Sache eine andere Bestimmung vor. Es geht darum, dass man neue Organisationsformen der Gesellschaft findet, die der Form Staat nicht mehr entsprechen. Der Staat ist auf Unter- und Überordnung gegründet, ist Ausdruck einer Politik, die sich als Herrschaft versteht. Was also überwunden werden soll, nenne ich etwas anders den objektiven Zwangscharakter unserer Gesellschaft. Die Tatsache also, dass unser gesellschaftliches Leben bedingt und bestimmt wird durch Strukturen, die einen Zwangscharakter haben. Diese Strukturen konkretisieren sich dann auf der politischen Organisationsebene als heutiger Staat. Was ja nicht immer der Fall gewesen ist, denn der Staat ist eine relativ moderne Erscheinung.

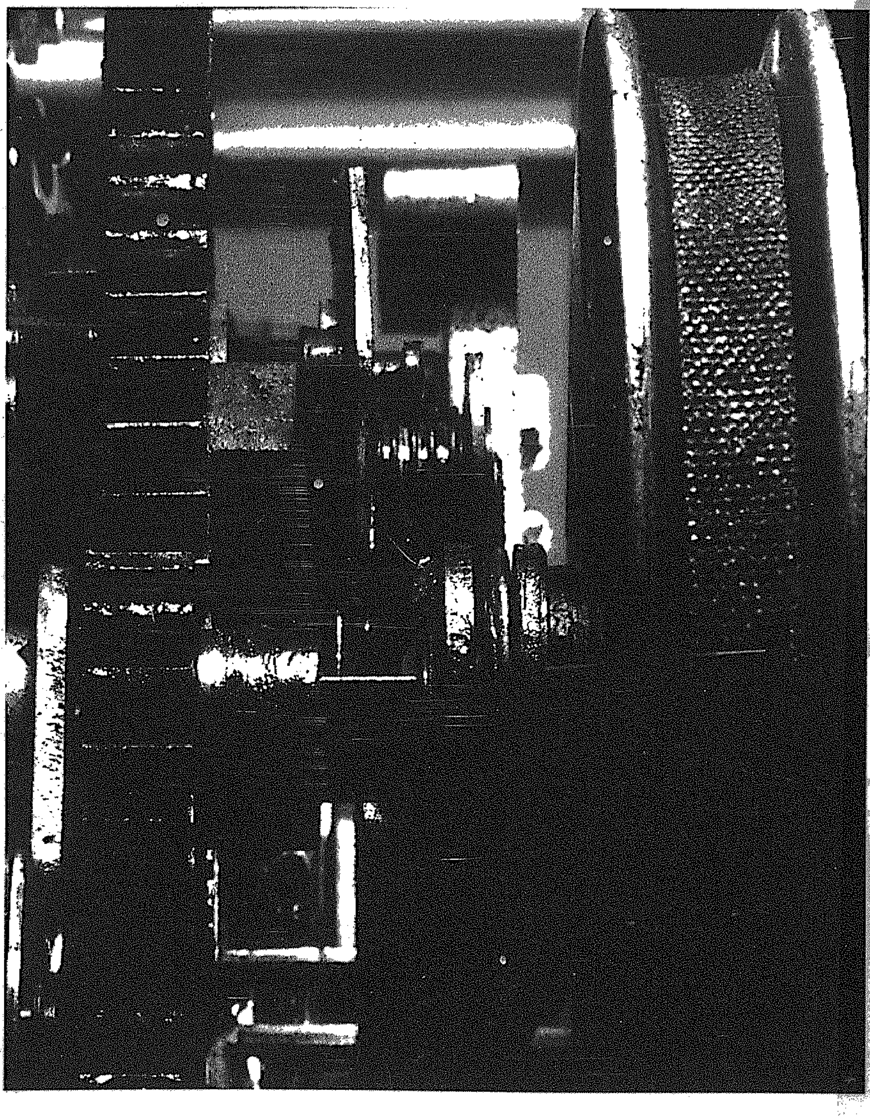
In der heutigen Zeit scheint es weniger um die Überwindung von Zwangsstrukturen zu gehen als um ihre Verschärfung. Die Gefahr der "Faschisierung" ist da. Manche, die noch immer als links gelten, ziehen daraus den Schluß, man müsse einen Verfassungspatriotismus propagieren.

A.: Verfassungspatriotismus kommt nicht von links, sondern ist die kluge Erfindung eines sehr klugen und sehr feinen Mannes, Dolf Sternberger. Der ist von Habermas gewissermaßen systematisiert worden. Ich habe zwar einmal über den Verfassungspatriotismus ironisiert als Ideologie des Verfassungsschutzes, aber ich lasse das Wort gelten für US-Amerika. Die sind Verfassungspatrioten, weil sie noch immer meinen, sie hätten die Verfassung geschaffen. Aber Verfassungspatriotismus in einem Lande, in dem das Grundgesetz praktisch oktroyiert wurde, ist eine ideologische

Position. dass ein Teil der Linken Frieden geschlossen hat mit dem bürgerlichen Verfassungsstaat, das geht in Ordnung. Ich erlaube mir zwar, sie anzugreifen, sie als Wendehälse zu bezeichnen, aber das ist ja keine moralische Verurteilung. Sie haben sich halt gewandelt. Dahinter steckt schon ein überzeugender Kern, nämlich die Position, dass die Linke auf einmal aufgerufen ist, den bürgerlichen Verfassungsstaat gegenüber dem Faschismus zu schützen. Das ist nicht meine Position, aber eine ehrenwerte. Es ist jedoch eine Position, die von Beginn an auf der Verliererseite steht. Es gibt ein Wort von Lassalle: Eine Verfassung, die verteidigt werden muss, ist keine gültige Verfassung mehr, hat keine Kraft mehr. Wenn man sich verfassungspatriotisch einbringen will in eine Bruchsituation der Konfliktualität, dann hat man schon verloren. Entweder lebt eine Verfassung aus dem Konsensus oder sie ist nichts.

Ein ähnliches Problem auf einer konkreteren Ebene ist, daß Linke in den letzten Jahrzehnten das, was den heutigen Sozialstaat ausmacht, kritisiert haben. Und doch haben wir heute das Problem, dass die Errungenschaften, die mit diesem Staat verbunden sind, weiter ausgehöhlt werden.

A.: Das ist das gleiche Problem. Man muss zwei Dinge unterscheiden. Auf der einen Seite muss man verteidigen, was wir, was auch ich, früher kritisiert haben. Aber was ist der Sinn dieser Verteidigung? In einem kritischen Handeln muss man immer die Bruchsituation erkennen, in die man sich hineinbegeben kann. Es geht nicht darum, dass man jetzt den Sozialstaat verteidigt, den man früher kritisiert hat. Es geht darum, dass man sieht, jetzt entsteht eine Bruchsituation, die nicht nur Ideen und Prinzipien betrifft, sondern die Lebensbedingungen von Millionen Menschen. Also muss man sich überlegen, was in einer solchen Bruchsituation zu tun ist. Es geht also um mehr als nur um die Verteidigung des Sozialstaats. Das Problem geht viel tiefer. Nehmen wir jenes berühmte Marx-Wort, dass nicht die Befreiung der Arbeit, sondern die Befreiung von der Arbeit das Ziel ist, die Reduzierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf ein Minimum. Diese Perspektive aufrechtzuerhalten in einer Zeit, in der die Menschen nach Arbeit hungern, um überhaupt weiterleben zu können - das ist natürlich ein Problem. Solche Probleme muss man sehen und nicht einfach sagen: Ach was, wir bleiben beim Prinzip der Befreiung von der Arbeit. Die Linken gehen sehr häufig nicht von der Wirklichkeit aus. Sie gehen immer entweder von Zukunftsvorstellungen oder von vergangenen Positionen aus. Aber die Hoffnung, dass es anders wird, hängt eben auch damit zusammen, dass es so auf keinen Fall weitergehen kann. Die Strukturen dieser Gesellschaft sind nicht mehr tragfähig, nicht mal mehr tragfähig innerhalb der Wohlstandsgesellschaft des Westens und wir wissen wirklich nicht, was weiter passiert. Diese Gesellschaft muß allemal geändert werden und die Frage ist, ob sich die Änderung übersetzt in eine härtere Form der politischen Machtausübung. Das ist meine Befürchtung. Wenn Linke eine Aufgabe nicht haben, dann einen offensichtlich brüchig gewordenen Verfassungsstaat zu verteidigen. Man muss jetzt überlegen, was geschehen muss, was geschehen kann, damit ein anderer Weg eingeschlagen wird und nicht der Weg der Macht. Das Kapital ist eine ernsthafte Sache, keine Spielerei, keine belanglose Größe. Wir wissen nicht, wie die Herrschenden in dieser Gesellschaft reagieren, wenn ihre Position gefährdet ist. Wir haben es ja nicht mit kleinen Gruppen von Anarchisten zu tun, die versuchen die Gesellschaft zu zerstören. Wir haben es mit einer viel größeren Quantität, einer Qualität zu tun, die sich da in Bewegung setzt, in Bewegung setzen kann. Vorläufig bewegt sie sich nicht.



Ende der sechziger Jahre sahen Sie Chancen einer Fundamentalopposition, die sich des Parlaments noch bedienen könnte. Zwanzig Jahre danach waren Sie Pessimist und bekannten sich zur Anti-Politik.

A.: Anti-Politik auf keinen Fall, das ist mir untergeschoben worden. Anti-Politik wäre eine abstrakte Negation, hieße, sich mit der Politik überhaupt nicht mehr zu befassen. Die Kritik der Politik im Sinne Kants und Marx' ist etwas anderes, heißt: beschreiben, analysieren, wie die politische Macht funktioniert, zu welchem Zweck und mit welcher Perspektive. Die Macht ist als solche abzulehnen, aber nicht in der Form der radikalen abstrakten Absage, sondern in der Form, dass man kritisch überprüft, wie sie funktioniert, wie die Institutionen funktionieren. Um auch das andere Problem zu klären: Ob es möglich ist, innerhalb der Institutionen zu handeln oder nicht. Ich habe früher eine Fundamentalopposition in Aussicht gestellt, die parlamentarisch tätig ist. Inzwischen bin ich zu der Ansicht gekommen, dass dies innerhalb der Institutionen nicht möglich ist, dass die Institutionen stärker sind als ein reformerischer Wille. Das Institutionensystem ist ein Machtsystem objektiven Charakters, das nicht abhängt von den Menschen, die in ihm sind. Das gilt auch für die Parteiform. Eine Organisation, die sich die Emanzipation zum Ziel setzt, muss dazu in der Lage sein, im Vorlauf zu diesem Ziel, selber Emanzipation zu verwirklichen. Eine Organisation, die, um die Emanzipation zu erzielen, sich eine hierarchische Struktur gibt, wird unmöglich dieses Ziel erreichen. Gerade die Geschichte der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien zeigt das. Eine politische Organisation, die eine Gesellschaft der Freien und Gleichen will, in ihrer eigenen Organisation aber weder Freiheit noch Gleichheit kennt, sondern nur Hierarchie und Befehlsstrukturen, die wird dieses Ziel nicht erreichen. Wie das zu erreichen ist, weiß ich nicht, ich weiß nur, dass dies geschehen soll. Ebenso bei der gesamten Gesellschaft. Die Überwindung des Zwangscharakters der Gesellschaft ist ein langer Prozess, weil erst in diesem Prozess sich die neuen Organisationsformen entwickeln können, die in der Lage sind, den Zwangscharakter zu überwinden. Wenn man mich nach einem Modell fragt, nenne ich immer das Rätemodell. Doch genau läßt sich dies nicht beschreiben.

Adorno sagte, es gibt kein richtiges Leben im Falschen. Darauf hat dann Peter Brückner geantwortet, es gäbe aber ein richtigeres Leben.

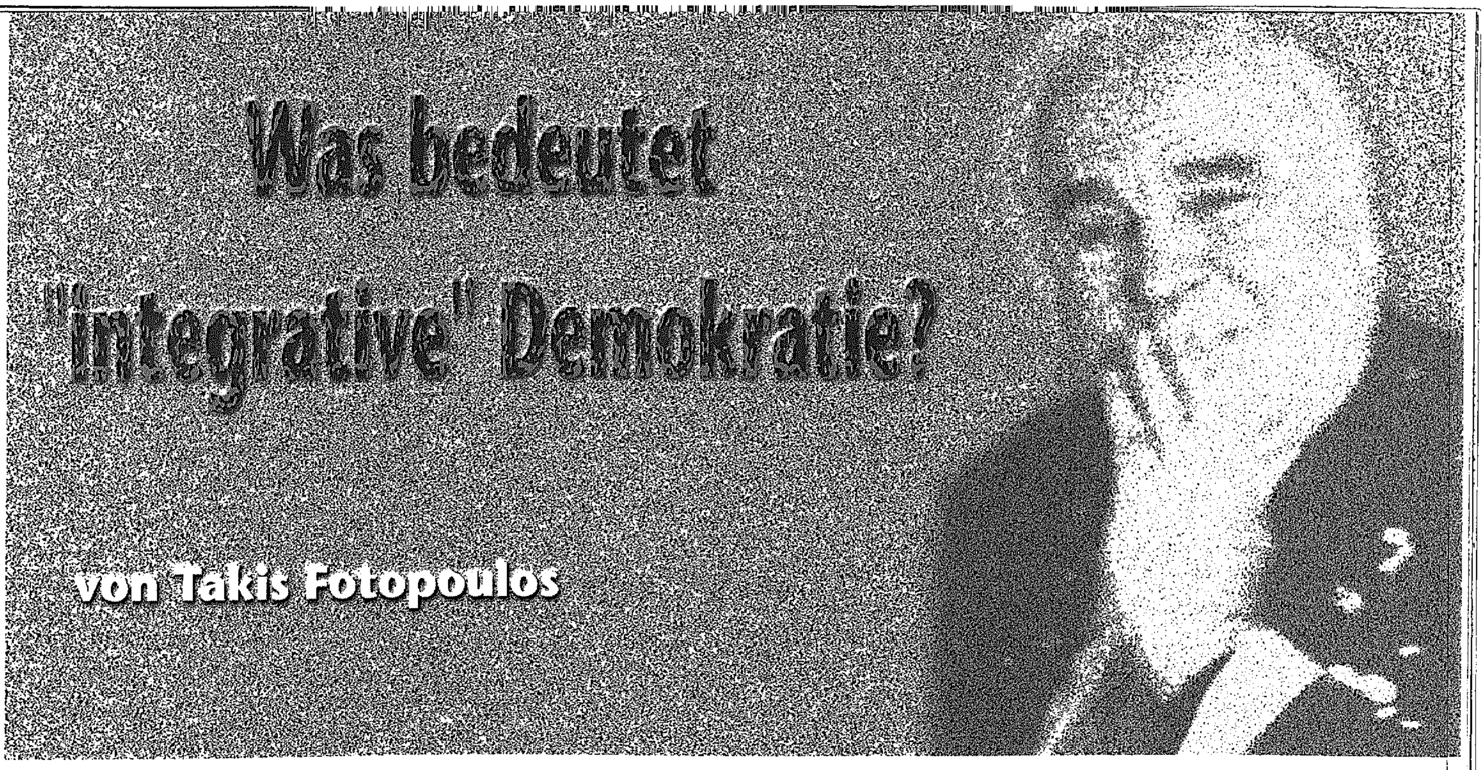
A.: Ja, richtig. Wenn es kein richtiges Leben im Falschen gibt, dann können wir uns auch in unser Gärtlein zurückziehen und Tomaten pflanzen. Dann gibt es ja keinerlei Aussicht auf Emanzipation, auf Verbesserung und Richtigstellung des Lebens. Das ist natürlich schwierig, denn selbst die italienischen Anarchiker - sie heißen Anarchiker, denn Anarchismus ist doktrinär - leben in der Konsumgesellschaft. Auch sie sind nicht dazu in der Lage, eine geldlose Gesellschaft innerhalb der bürgerlichen herzustellen, was die Aussage, es gäbe kein richtiges Leben im Falschen, eigentlich bestätigt. Deshalb wiederhole ich eine alte Formulierung von mir immer bis zum Überdruß: Dass es auf die alltägliche Orientierung ankommt. Wenn du dich vom Alltag bis zu den höchsten kulturellen Sphären am Prinzip orientierst, dass es allemal Herrscher und Beherrschte geben soll, wirst du deinen Alltag anders organisieren, als wenn du der Utopie einer Gesellschaft der Freien und Gleichen anhängst. Dass dies ein schwieriges Geschäft ist, ist klar. Wenn es nicht so schwierig wäre, hätten wir längst Freiheit und Gleichheit erreicht. Mit der Orientierung am Telos von Freiheit und Gleichheit selbst in dürftigen Zeiten, läßt sich das alltägliche gesellschaftliche Zusammenleben zwangloser und menschlicher gestalten. Es geht dabei aber nicht nur um das richtigere Leben unter den Zwängen des Kapitalismus. Dadurch wird zudem die Möglichkeit neuer Aufbrüche bewahrt, in denen der Mensch sein Leben in die eigenen Hände nimmt und für sein freies Glück kämpft.



Johannes Agnoli ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin und Theoretiker der Außerparlamentarischen Opposition

Was bedeutet "integrative" Demokratie?

von Takis Fotopoulos



Zur Person: Takis Fotopoulos lehrte jahrelang politische Ökonomie und ist heute der Herausgeber der englischsprachigen Buchzeitschrift Democracy and Nature, die dreimal jährlich mit theoretischen Beiträgen erscheint. Im Untertitel trägt die Zeitschrift den Titel »International Journal of Integrative Demokratie«. Da der Begriff inclusiv im Deutschen nicht genau das ausdrückt, was Takis mit seinem Konzept meint, haben wir uns in der deutschen Fassung für den Begriff »integrativ« entschieden.

Der vorliegende Artikel ist ein Auszug aus Takis Buch »Wege zu einer integrativen Demokratie«, das im Mai 2001 als erste Neuerscheinung in der dann neugegründeten Trotzdem-Verlagsgenossenschaft veröffentlicht werden soll.

Im ersten Teil des Buches wird die Entstehung des Marktwirtschaftssystems und des Nationalstaats diskutiert und es wird der Prozeß untersucht, der von der liberalen Phase der Marktwirtschaft zur gegenwärtigen neoliberalen Phase geführt hat. Als nächstes wird zu zeigen versucht, dass der Aufstieg der Wachstumswirtschaft in diesem Jahrhundert in beiden Versionen, der kapitalistischen und der »sozialistischen« trotz verschiedener Ursachen zu einem gemeinsamen Ergebnis führte.

Der zweite Teil des Buches entwickelt die neue Konzeption einer integrativen Demokratie und vergleicht sie mit den historischen Konzepten von Demokratie (klassischer, liberaler, marxistischer) genauso wie mit den verschiedenen Versionen »radikaler« Demokratie wie sie derzeit wieder in Mode kommen. Diesem folgt ein Modellentwurf einer konföderativen integrativen Demokratie im allgemeinen und einer wirtschaftlichen Demokratie im speziellen, der zeigt, dass ein System machbar ist, das die Ineffizienz sowohl der marxistischen Planwirtschaft wie der kapitalistischen Marktwirtschaft menschliche Bedürfnisse sinnvoll abzudecken, überwindet.

Dieser Teil des Buches endet mit einer Diskussion transnationaler politischer und wirtschaftlicher Strategien in Richtung auf eine integrative Demokratie auf der Grundlage eines demokratischen Rationalismus und libertärer Traditionen.

Der folgende Vorabdruck aus dem Buch soll Takis' Konzept vorstellen und schließt an unsere Debatten um Soziale Ökologie/Libertären Kommunalismus an.

Wolfgang Haug

Eine Politik neuer Art

Die beschleunigte Globalisierung der Marktwirtschaft geht mit einem stetigen Niedergang der repräsentativen »Demokratie« einher, und damit ist die Politik alter Art dem Untergang geweiht. In dem Maße, wie der Staat sich zu einer wirksamen Kontrolle der Marktkräfte unfähig zeigt, also den fundamentalen Problemen von Armut, riesiger Arbeitslosigkeit, wachsender Eigentumskonzentration und gravierender Umweltzerstörung hilflos gegenüber steht, verfallen vor allem die Unterschichten und Randgruppen in Zynismus und politische Apathie. Und so werben jetzt sämtliche Parteien um die Stimmen der »Drittelgesellschaft«, also derjenigen ca. 40 Prozent, die das politische Leben letztlich bestimmen.

Ebenso chancenlos sind aber auch Träume von einer Demokratisierung der Zivilgesellschaft, wie sie manche »Linke« noch am Kaminfeuer hegen mögen. Auf die Globalisierung der Marktwirtschaft folgt unausweichlich die Globalisierung der Zivilgesellschaft – will sagen, wenn es um die Grenzwerte einer gesellschaftlichen und ökologischen Kontrolle der Märkte geht, erzwingt die Konkurrenz den kleinsten gemeinsamen Nenner. Also wird die Zivilgesellschaft vorzugsweise jene Züge annehmen, die zur Marktorientierung der konkurrenzfähigsten Zweige der Marktwirtschaft passen.

Die Lebensstil-Strategien - eine Sackgasse

Wenn wir einmal von den Ansätzen absehen, die beim gesellschaftlichen Wandel den existierenden institutionellen Rahmen von Marktwirtschaft und liberaler Demokratie ohnehin unangetastet lassen wollen – also etwa den diversen »zivilgesellschaftlichen« Varianten – dann stellen die Lebensstil-Strategie und die Strategie des föderalen Kommuna-

lismus die wesentlichen Strömungen für eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft dar.

Die Lebensstil-Strategie tritt in verschiedenen Versionen auf, die jedoch alle darin übereinstimmen, dass sie sich keinesfalls in politische Prozesse, ja meist nicht einmal in gesellschaftliche Vorgänge überhaupt einmischen wollen. Kollektive Kämpfe der Arbeiterschaft, der Arbeitslosen oder anderer gesellschaftlicher Gruppen interessieren sie nicht – höchstens Grünen-spezifische Aktionen, etwa beim Tierschutz.

Da haben wir zunächst den Ansatz der Tiefenökologen selbst sowie diejenigen Libertären, die eine Kreuzung zwischen Tiefen- und Sozialökologie züchten wollen – so in England Peter Marshalls »Libertäre Ökologie« oder in den USA John Clarks »Öko-Kommunitarismus«. Man sucht nicht die politische oder gesellschaftliche Auseinandersetzung, sondern möchte – ausgehend vom Einzelnen und seinen Affinitätsgruppen – Beispiele für einen gesunden, vertretbaren Lebensstil auf unterster gesellschaftlicher Ebene setzen, als da wären: Gemeinwirtschaftliche Entwicklungen, »befreite Gebiete«, alternative Einrichtungen (freie Schulen, selbstverwaltete Betriebe, Wohngenossenschaften und -kommunen, Tauschringe usw.)[1]

Man hat dieses Vorgehen als individualistisch kritisiert; darüber hinaus ist es aber auch völlig wirkungslos, wenn es um den radikalen gesellschaftlichen Wandel geht. Es mag ja für das Entstehen einer alternativen Kultur innerhalb kleiner Bevölkerungsgruppen ganz hilfreich sein und auch die Kampfmoral der Aktiven stärken, die den Wandel unmittelbar erleben möchten. Doch angesichts der gewaltigen Machtkonzentrationen in unserer Zeit besteht nicht die geringste Chance, dass daraus die für radikale gesellschaftliche Veränderungen erforderlichen demokratischen Mehrheiten erwachsen könnten. Die entsprechenden Projekte werden entweder ausgegrenzt oder von den existierenden Machtstrukturen absorbiert (Beispiele dafür gibt es zahlreich); ihr Einfluss auf die Sozialisationsprozesse ist hingegen bestenfalls minimal. Außerdem stellen die Lebensstil-Strategien als Ein-Punkt-Bewegungen (Tierschutz usw.) ohne gesellschaftliche Transformationsziele ideale Zielscheiben für die Teile-und-Herrsche-Taktik der Führungseliten dar. So stützt sich etwa die britische Regierung bei der Unterdrückung grüner Protestaktionen gern auf private Sicherheitsdienste und deren Unterschicht-Personal und setzt reguläre Polizeikräfte nur als letztes Mittel ein. Auf diese Weise verschleiert man die repressive Natur des Staates und zwingt statt dessen den Aktivisten der Grünen einen Kampf gegen – als »Sicherheitsdienst« verkleidete – Arbeitslose und andere Randgruppen auf.[2]

In eine andere Richtung zielt ein Lebensstil-Vorschlag von Ted Trainer[3]: Auf den ersten Blick scheint er zwar eine Kritik an der Lebensstil-Strategie zu beinhalten, doch zielt auch er nicht auf politische, sondern auf individuelle Handlungsweisen ab. Wenn nur genügend viele Menschen lernen, ihren Lebensstil individuell zu verändern, dann, so Trainer, »verhungert der Kapitalismus«:

Wenn sich nun immer mehr Menschen auf der rechten Fahrspur einrichten, wo sie bei sparsamem Konsum zufrieden leben können, hat der Kapitalismus schon verloren. Fürchtet er nichts so sehr wie Absatzrückgänge. Mir aber kann niemand mehr Modekleidung oder Sportwagen verkaufen. Wir müssen es also für die Menschen nur zunehmend bequem und attraktiv machen, ressourcenschonend zu leben, und der Kapitalismus wird verhungern.[4]

Nun lässt sich aber gesellschaftlicher Wandel niemals außerhalb der politischen und gesellschaftlichen Handlungsfelder herbeiführen. Unsere Machtstrukturen und -beziehungen können weder durch »gute Beispiele« noch durch Schulung oder Überredung überwunden werden. Wer Macht zerstören will, benötigt selbst eine Machtbasis. Strebt man aber eine solche Machtbasis an und will dabei die Prinzipien eines demokratischen Projekts nicht gefährden, so liegt m.E. der einzige Weg in einem umfassenden Programm für eine radikale Umgestaltung der lokalen politischen und ökonomischen Strukturen.

Es ist die Strategie des föderalen Kommunalismus, die eine radikale Alternative zu den Lebensstil-Strategien eröffnet und gleichzeitig nahtlos auf das demokratische Projekt zugeschnitten ist. Denn ihr Ziel ist es, »die Stadtregierungen zu transformieren und zu demokratisieren, sie in Volksversammlungen zu verwurzeln und auf föderaler Basis umzugestalten, sowie eine föderal und kommunal orientierte Regionalwirtschaft aufzubauen«[5] – anders gesagt, »einen öffentlichen Raum – politisch im athenischen Sinn – zu schaffen, der zum Staat ein wachsendes Spannungsverhältnis entwickelt und am Ende in den alles entscheidenden Konflikt mit ihm eintritt«[6].

Zwar passen einige Teilschritte, wie sie die Lebensstil-Strategie propagiert, etwa die Kooperativen oder die lokalen Geldsysteme, durchaus zur Logik des föderalen Kommunalismus. Und doch besteht zwischen den beiden Ansätzen ein entscheidender Unterschied. Murray Bookchin hat es auf den Punkt gebracht:

Spezifische Vorschläge in Richtung auf Dezentralisierung, Kleinräumigkeit, lokale Autonomie, Gegenseitigkeit oder kommunale Strukturen ... sind per se weder ökologisch noch emanzipatorisch. Ob sie es wirklich sind, hängt vielmehr vom gesellschaftlichen und philosophischen Kontext ab, in dem sie umgesetzt werden.[7]

Unter diesem, den grundlegenden Unterschied zwischen den beiden Strategien bestimmenden »Kontext« verstehe ich die Rolle des Individuums im Hinblick auf den gesellschaftlichen Wandel. Die Lebensstil-Strategien sehen diesen Wandel vom Lebensstil der je Einzelnen ausgehen; er soll sich am Staat und der Marktwirtschaft vorbei vollziehen, anstatt diese direkt zu bekämpfen und durch neue gesellschaftliche Institutionen zu ersetzen. Die Strategie des föderalen Kommunalismus hingegen stellt die gesellschaftliche Rolle des Individuums heraus; hier beteiligt sich der Einzelne an lokalen politischen Auseinandersetzungen wie überhaupt an den Konflikten innerhalb der Gesellschaft. Er will den gesellschaftlichen Wandel nicht durch sein »gutes Beispiel« herbeiführen, sondern durch den Aufbau einer Föderation von Kommunen, die dem Staat so lange zusetzen, bis sie vollends seinen Platz eingenommen haben.[8] Man entgeht mit dieser Strategie nämlich nicht nur der Gefahr, ein Randphänomen zu bleiben (schließlich haben die Lebensstil-Bewegungen in 25 Jahren so gut wie keine dauerhaften Spuren in der Gesellschaft hinterlassen), sondern tappt auch nicht in die Falle einer »derart einseitigen Neigung zur individuellen Umstellung in Lebensstil und Wertesystem als dem politischen Königsweg zu durchgreifendem gesellschaftlichen Wandel, dass daraus geradezu eine Antihaltung gegenüber der bloßen Idee

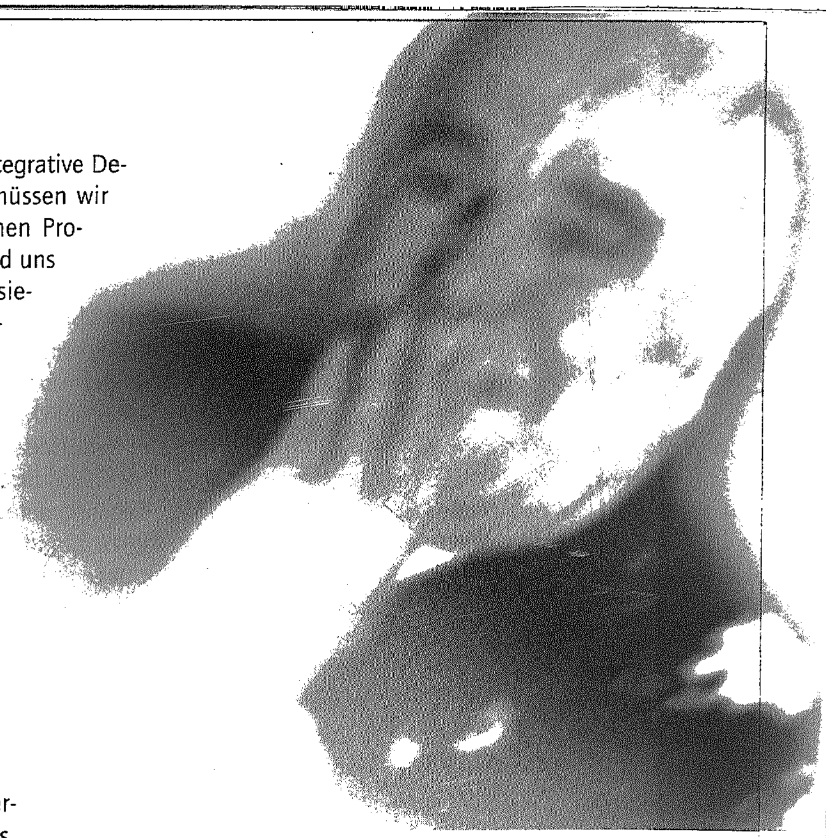
vom Kollektiv entsteht«[9] – wie es exemplarisch die New-Age-Bewegung vorgeführt hat. (...)

Strategie für den Übergang zu einer föderalen integrative Demokratie

Wenn wir eine neue Gesellschaft aufbauen wollen, die nicht nur die Marktwirtschaft und den Nationalstaat, sondern auch die sich herausbildenden global-quasistaatlichen Organisationsformen hinter sich lässt, dann scheint mir der einzig realistische Weg dahin in einer politischen Strategie zu liegen, die nach und nach immer mehr Menschen in eine neuartige Politik einbindet und gleichzeitig der Marktwirtschaft die ökonomischen Ressourcen (Arbeit, Kapital, Boden) entwindet. Ziel dieser Strategie des Übergangs sollten Veränderungen in Institutionen und im Wertesystem sein, aus denen zunächst ein Konflikt zwischen dem Staat und den neuen Institutionen entsteht und die schließlich dazu führen, dass integrative Demokratie und ein neues demokratisches Paradigma an die Stelle von Marktwirtschaft und staatsorientierter Demokratie sowie des sie »rechtfertigenden« gesellschaftlichen Paradigmas treten.

Natürlich werden sich im Übergangsstadium Züge finden, die im gesellschaftlichen Endzustand nicht mehr auftreten – beispielsweise in der Wirtschaftsordnung. Während man im Übergang bei der Gestaltung der alternativer Institutionen und Werte, die die vorhandenen, hierarchisch strukturierten Verhältnisse ersetzen sollen, von der Existenz von Marktwirtschaft und Staats-«Demokratie« ausgehen muss, wird es in der integrative Demokratie keinen Staat, kein Geld, keinen Markt mehr geben. Wenn also ein bekannter Öko-Sozialist sich kritisch gegenüber einer frühen Version[10] dieser Vorschläge geäußert hat, so besteht dazu ersichtlich kein Anlass mehr. David Pepper verwechselt die vorgeschlagene Wirtschaftsdemokratie mit der Übergangsstrategie für den Weg dorthin, wenn er folgert: »Fotopoulos tritt offensichtlich für eine Geldwirtschaft ein, wie denn auch all dieses sich in den kapitalistischen Wirtschaftsvorstellungen des grünen mainstream wiederfindet.«[11]

Es stellt sich als die Frage: Mit was für einer Strategie sichern wir den Übergang zu einer integrative Demokratie? Wie müssen wir im demokratischen Projekt vorgehen und uns politisch organisieren? Dies wiederum führt uns auf die Frage nach der Bedeutung der Aktivitäten und Auseinandersetzungen, jeweils in Bezug auf alle Komponenten der integrativen Demokratie, also ihrer Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Ökologie. Eine Leitlinie für diesen Übergang besteht darin, auf ein angemessenes Verhältnis zwischen Mittel und Zweck zu achten. So kann eine auf integrative Demokratie abzielende Strategie oligarchische Praktiken oder individualistische Handlungsweisen nicht enthalten.



Nehmen wir als erstes jene Kollektivaktionen, die aus dem Klassenkampf zwischen den Herrschaftseliten und den Opfern der globalisierten Marktwirtschaft erwachsen. Solche Kämpfe, die den repressiven Charakter von Staatsdemokratie und Marktwirtschaft beleuchten, sollten wir bedenkenlos unterstützen, dabei aber die systembedingten Ursachen dieser Konflikte verdeutlichen. Nur dürfen wir uns dabei keinesfalls auf die bürokratischen Köpfe von Gewerkschaften und anderen herkömmlichen Organisationen verlassen, sondern auf Arbeiterversammlungen, die – miteinander verbündet – in diese Auseinandersetzungen eingreifen und sich dabei als Teil einer breiten demokratischen Bewegung im Rahmen föderierter Gemeinschaften begreifen.

Sodann die Aktionen an der Basis: Bildungsmaßnahmen, direkte Aktionen, gemeinwirtschaftliche Projekte, selbstverwaltete Betriebe, Wohnprojekte, Tauschringe etc. Es leuchtet ein, dass man allein damit gesellschaftlichen Wandel nicht erzielen kann. Und doch ist einiges davon im Zuge einer umfassenden politischen Strategie gut und richtig. Solche Basisaktivitäten gipfeln in der Beteiligung an lokalen Wahlen, weil diese nicht nur das wirksamste Propagandaforum für das Programm der integrativen Demokratie darstellen, sondern Gelegenheit zur unmittelbaren, gesellschaftlich relevanten Umsetzung dieses Programms bieten.

Oder, anders gesagt: In der Teilnahme an Kommunalwahlen liegt nicht nur ein Element des Lernens, sondern es drückt sich darin die Überzeugung aus, dass heutzutage die direkte Wirtschaftsdemokratie nur auf der örtlichen Gemeindeebene in Gang gesetzt werden kann. Strategisches Ziel einer solchen Wahlbeteiligung kann also nur sein, im Gewinnen der Wahl die Macht zwar zu erringen, aber nur um sie am nächsten Tage dadurch zu neutralisieren, dass die Entscheidungsgewalt den örtlichen Machthabern entzogen und an die Volksversammlungen übertragen wird. In der Beteiligung an lokalen Wahlen liegt die Chance – die einzige demokratische –, die Gesellschaft von unten her zu verändern und nicht, wie der Staat es im Sinn hat, von oben. Wir müssen bei der Umgestaltung der Gesellschaft in der einzelnen Gemeinde beginnen, denn nur hier finden wir den sozialen und wirtschaftlichen Grundbaustein einer künftigen demokratischen Gesellschaft. Hingegen mit den Augen des Staates gesehen kann eine Gesellschaft nur von der Spitze her »demokratisiert« werden.

Andererseits steht die Teilnahme an Landtags-, Bundestags- oder Europa-Wahlen zwar voll im Einklang mit den Zielen von Staatsanhängern, keinesfalls aber mit denen, die für eine integrative Demokratie eintreten. Denn hier liegt die fundamentale Kluft zwischen lokalen Wahlen und Wahlen zu den übergeordneten Parlamenten: Die Ersteren sind sowohl mit dem Fernziel der integrative Demokratie vereinbar als auch geeignet, direkt zum Abbau von Machtstrukturen beizutragen; für die Letzteren gilt weder das eine noch das andere. Nun sieht Howard Hawkins[12] den Unterschied darin, dass nationale Wahlen nur dem Lernzweck dienen, während lokale Wahlen auch gewonnen werden können und dann den Weg für die Umsetzung des föderal-kommunalistischen Programms frei machen. Behält man jedoch das eben Gesagte im Auge, so erkennt man darin zwei Widersprüche. Zum einen ist das Endziel – die integrative Demokratie – nicht mit der Methode, dorthin zu gelangen, vereinbar; und dies kann zu Verwirrung über den wahren Charakter der Bewegung führen, wenn nicht zu Schlimmerem. Zum anderen ist mit einer Kandidatur für ein Staatsamt notwendigerweise die Akzeptanz der Logik eines anderen Gesellschaftssystems verbunden (»Ich bewerbe mich um dieses Amt, um dort eure Probleme zu lösen«). Sie steht also ihrer innersten Natur nach im Widerspruch zu der lehrenden Rolle, die ihr Hawkins zuweist (»Ich will das Amt, um das ich mich bewerbe, überhaupt nicht antreten«), und setzt somit die Kandidaten dem Risiko aus, als irrelevant angesehen und gar nicht erst ernst genommen zu werden.

In erster Linie muss also der bottom-up-Aufbau von »politischen und ökonomischen Machtbasen des Volkes« angestrebt werden - also basisdemokratische und wirtschaftsdemokratische öffentliche Bereiche, die sich nach und nach zu Föderationen zusammenschließen und dadurch die Grundlagen für eine neue Gesellschaft schaffen. Ich halte dies für den realistischsten Ansatz, um nicht nur hier und jetzt unsere tiefgreifenden gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Probleme bewältigen zu können, sondern um gleichzeitig die gegebenen Machtstrukturen zu beseitigen. Mit einem politischen Programm zur Einrichtung von Institutionen einer integrative Demokratie werden wir schließlich bei der Mehrzahl derjenigen Menschen auf Resonanz stoßen, die heute noch unter den Folgen der Machtkonzentration in Politik und Wirtschaft zu leiden haben:

- Sie sind vom »öffentlichen« Bereich ausgeschlossen, da dieser von den Berufspolitikern monopolisiert wird
- Sie haben kein Mitspracherecht dabei, wie ihre Bedürfnisse befriedigt werden sollen, denn das besorgt der Markt
- Ihre Lebensqualität verschlechtert sich von Tag zu Tag, da die Marktdynamik sich notwendigerweise zu Lasten der Umwelt auswirkt.

Noch während die Institutionen einer integrativen Demokratie im Entstehen begriffen sind und die Menschen zum ersten Mal in ihrem Leben ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können, wird nach und nach der Erosionsprozess einsetzen, der unsere derzeitigen Institutionen und gesellschaftlichen Paradigmen zum Verschwinden bringen wird, und dem Volk wird eine Machtbasis zuwachsen. Dorf für Dorf, Stadt für Stadt, Region für Region wird der Kontrolle durch die Marktwirtschaft und den Nationalstaat entzogen und in die föderale Struktur der demokratischen Kommunen einbezogen. Eine duale Macht entsteht in spannungsreicher Gegenposition zum Staat. Zwar werden natürlich die herrschenden Eliten und ihre Anhänger (ohnehin nicht gerade begeistert vom Verlust ihrer vormaligen Privilegien), nachdem sich die subtileren Mittel der Beeinflussung (Massenmedien, wirtschaftlicher Druck etc.) als wirkungslos erwiesen haben, wie stets in der Geschichte versuchen, diese Privilegien unter Einsatz physischer Gewalt zu verteidigen. Doch inzwischen wird das alternative gesellschaftliche Paradigma die Hegemonie angetreten haben, und in der Sozialisation der Menschen wird jener Bruch eingetreten sein, der die Vorbedingung für die institutionelle Errichtung der neuen Gesellschaft darstellt. Die heutige »Demokratie« wird ihre Legitimität verloren haben. In dieser Phase werden die Menschen in ihrer Mehrzahl zur Verteidigung der neuen politischen und ökonomischen Strukturen gegen die staatliche Gewalt bereit sein. Denn Bürgerinnen und Bürger, die erst einmal die echte Demokratie gekostet haben, werden sich auch durch noch so viel physischen oder ökonomischen Druck nicht davon »überzeugen« lassen, zu den pseudo-demokratischen Organisationsformen zurück zu kehren. (...)

Organisation neuer Art

Wenn wir eine Strategie wie die zuvor geschilderte umsetzen wollen, benötigen wir eine neuartige politische Organisation, die ihrerseits ein Spiegelbild der angestrebten Gesellschaftsstruktur sein muss. Das wird nun nicht eine der herkömmlichen Parteien sein, sondern »Demokratie in Aktion«, und ihre Aktionen werden kollektiver Natur sein und sich auf die verschiedensten Bereiche erstrecken:

- Politik (basisdemokratische »Schatteninstitutionen« wie Nachbarschaftsversammlungen etc.)
- Wirtschaft (Produktions- und Distributionsbetriebe in Gemeineigentum, an der Gemeinde orientiert und von ihr kontrolliert)
- soziale Beziehungen (Demokratie am Arbeitsplatz, im Haushalt etc.)
- Kultur (Kunst und Medien unter Aufsicht durch die Gemeinde).

All dies ist jedoch kein Selbstzweck, sondern dient der durchgreifenden gesellschaftlichen Transformation jeder Kommune, in der die Wahl gewonnen wird, zur integrative Demokratie. So könnten etwa die lokalen autonomen Gruppen, die in ihren jeweiligen Kommunen an der integrative Demokratie arbeiten, Föderationen bilden. die sich über die Region, das Land, den Kontinent oder sogar über die ganze Erde erstrecken. Verbunden fühlen sich die Beteiligten nicht über ein geschlossenes philosophisches System, sondern allein über den gemeinsamen Willen, eine föderale integrative Demokratie zu errichten. Hier sind keine »Parteikader« am Werk, sondern die Katalysatoren für die Entstehung neuartiger Institutionen. Die Akteure sehen sich keiner politischen Organisation verpflichtet, sondern den demokratischen Institutionen selbst - oder in Bookchins Worten »nicht den politischen, sondern den gesellschaftlichen Formen«.[13]

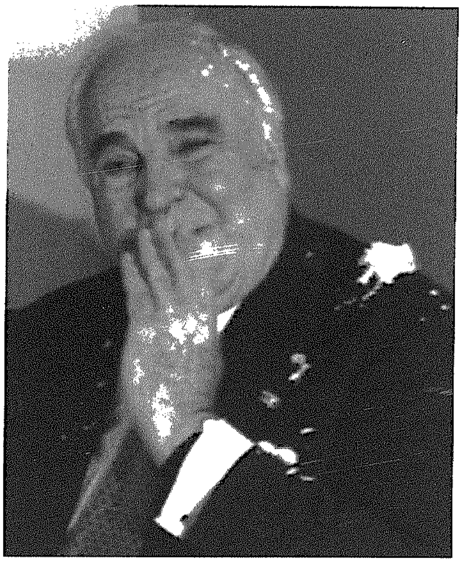
Um die Demokratie aufzubauen, bedarf es eines langen Atems und breiter Unterstützung im Volk. Für Castoriades etwa kann dieser Aufbau nur »als Erfolg einer immensen, weltweiten Volksbewegung am Ende einer ganzen geschichtlichen Ära stehen. Denn diese Bewegung wird weit über alles hinausgehen,

was wir unter dem Namen 'politische Bewegung' kennen. Sie muss alle derzeit vorherrschenden institutionellen Charakteristika, Normen und Werte in Frage stellen ... Sie wird eine tiefgreifende psychische und anthropologische Transformation darstellen und neue Lebensweisen auf allen Gebieten mit sich bringen.«[14]

Aus diesem Grunde muss die neuartige politische Organisation ein möglichst breites politisches Fundament besitzen – also ein breites Spektrum radikaler Bewegungen, wozu ich Radikalökologen, Radikalfeministinnen und Autonome ebenso zähle wie libertäre Sozialisten und Linke sowie alle anderen Strömungen des demokratischen Projekts.

Angesichts der breiten Anlage des Projekts einer integrative Demokratie kann die neue Bewegung auf Unterstützung in praktisch allen Gesellschaftsschichten zählen – ausgenommen die Oberschicht und die herrschenden Eliten. Gerade die wirtschaftsdemokratischen Elemente werden ganz im Sinne der Opfer der globalisierten Marktwirtschaft sein, also jener benachteiligten 60-Prozent-Mehrheit, die sich nicht nur aus der Unterschicht und den Randgruppen – Arbeitslose, Gelegenheitsarbeiter, Teilzeitbeschäftige, Arbeiter und kleine Angestellten sowie an der Agrarindustrie gescheiterte Bauern - zusammensetzt, sondern auch diejenigen einschließt, die wie die Studenten ihren Traum von einer beruflich abgesicherten Mittelklassen-Existenz angesichts des zunehmend »flexiblen Arbeitsmarktes« schwinden sehen. Selbst jene gar nicht so seltenen Mitglieder der oberen 40 Prozent, die es nicht in die Oberklasse geschafft haben und in ständiger Unsicherheit leben müssen, werden sich angesprochen fühlen.

Aber wir haben ja nicht nur mit den Klassenproblemen einer undemokratischen Wirtschaftsordnung zu kämpfen, sondern auch mit den klassenübergreifenden Problemen der Unterdrückung auf sexueller, altersbezogener, ethnischer oder hierarchischer Basis sowie mit gewaltigen ökologischen Gefährdungen. Deshalb sollten wir beim Aufbau einer integrative Demokratie – also von Basisdemokratie, gesellschaftlicher Demokratie und ökologischer Demokratie – nicht allein auf Unterstützung bei den Opfern der Marktwirtschaft zählen, sondern auf alle, die sich von der derzeitigen Staatsraison, genannt »Politik«, abgestoßen fühlen: Arbeiter unter den hierarchischen Arbeitsplatz-Strukturen; Frauen unter den Hierarchien daheim und im Beruf; ethnische oder rassische Minderheiten unter der Diskriminierung durch die »Staats-Demokratie«, um nur einige zu nennen. Und nicht zuletzt die ökologische Komponente unseres Projekts muss allen aus dem Herzen sprechen, die sich um die Naturzerstörung und den Niedergang der Lebensqualität sorgen.



Alt-Bundeskanzler ist während einer Signierstunde mit einer Torte beworfen worden.

Foto: Arnd Wiegmann

Die neue radikaldemokratische Bewegung auf breitester Grundlage würde nicht nur eine Synthese der bedeutendsten Bewegungen bilden, die im zu Ende gehenden Jahrhundert für einen gesellschaftlichen Wandel eingetreten sind, sondern würde über diese hinausführen. Die derzeitige vieldimensionale Krise können wir nur durch eine Bewegung überwinden, die ohne ideologische Voreingenommenheit, allein der integrative Demokratie verpflichtet, der beschleunigt fortschreitenden Vernichtung natürlicher Ressourcen und menschlichen Lebens entgegentritt und hier und jetzt das Reich der Freiheit zu errichten verspricht.

Generalplan zur Transformation der Gesellschaft

Ein Generalplan für den gesellschaftlichen Wandel muss ausdrücklich das oberste Ziel definieren – die Reorganisation der Gesellschaft auf eine integrative Demokratie hin. Jedem muss klar werden, dass alle Projekte, von denen darin die Rede ist, letztlich darauf abzielen, die derzeitigen oligarchischen Strukturen durch solche der integrative Demokratie zu ersetzen. Der Plan beschreibt also nicht irgend eine Politik neuen Typs, sondern er ist selbst die politische Struktur, die zur integrative Demokratie führen soll und für die wir uns einsetzen. Genau deshalb habe ich ja oben betont, dass die mit diesem Kampf verbundenen politischen Aktivitäten sich ausschließlich auf kommunaler Ebene abspielen sollen. Hat sich erst einmal in vielen Gemeinden die neue politische Struktur herausgebildet, dann wird die Waage der Machtverteilung sich von Staat und Marktwirtschaft zu unseren Gunsten neigen, und für die Umgestaltung des Wirtschaftssystems werden die Voraussetzungen gegeben sein.

Demnach muss das Programm für den Übergang zu einer integrative Demokratie auf dem Felde der Wirtschaft an den unmittelbaren Bedürfnissen der Menschen ansetzen, für die diese sich mobilisieren lassen:

(a) Es muss ein neues Bewusstsein für ein demokratisches Herangehen an unsere ökonomischen und ökologischen Probleme schaffen, indem es die Krise in Wirtschaft und Umwelt als systembedingt beschreibt und zu ihrer Behebung die Einführung der integrative Demokratie mit der Selbstversorgung der Gemeinden propagiert.

(b) Es muss konkrete Entwürfe für die wirtschaftlichen Institutionen anbieten, die zu einer integrative Demokratie führen sollen – Vorschläge, die auf größere wirtschaftliche Unabhängigkeit

der Menschen abzielen sowie auf demokratische Entscheidungsverfahren im Wirtschaftsleben der Gemeinden.

Wenn es also (a) um das neue Bewusstsein geht, muss der Plan unmissverständlich Klarheit darüber schaffen, dass Armut, Arbeitslosigkeit, entfremdende Arbeit ebenso wie Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung und schlechte Lebensqualität sämtlich ihre Wurzeln in einem Wirtschaftssystem haben, das allein einigen nicht-repräsentativen Eliten die Macht sichert. Dabei sollte herausgestellt werden, welche Rolle die wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen bei diesen Problemen spielen, weil etwa

- die Zuteilung der Ressourcen über den Markt zu Unterentwicklung, Arbeitslosigkeit und Armut führt
- das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht die Wirtschaftsdemokratie, sondern eine politische und ökonomische Oligarchie fördert, die überwiegende Mehrheit der Menschen ihrer Arbeit entfremdet und die Ungleichheit verewigt
- die hierarchische Organisation der Gesellschaft – sei es auf der Makro-Ebene (Staat) oder der Mikro-Ebene (Familie, Beruf, Schule) – mit Autonomie, Freiheit und einer demokratischen Gesellschaft ganz allgemein unvereinbar ist.

Geht es (b) um die Errichtung wirtschaftsdemokratischer ökonomischer Institutionen, so muss der Plan verdeutlichen, warum die Voraussetzungen für wirtschaftliche Verbesserungen geschaffen werden können, sobald eine radikaldemokratische Bewegung in mehreren Kommunen die Macht erobert hat.

Die Gemeinde wird wesentlich unabhängiger von ökonomischen Zwängen

In der Wirtschaft entsteht ein demotischer Sektor, der also dem Volk selbst gehört.

Für die Entscheidungsprozesse in diesem Sektor wie auch für die jedermann tangierenden Bereiche der lokalen Produktion, Steuern und öffentlichen Ausgaben wird ein demokratischer Mechanismus aufgebaut.

Aus dem Generalplan zur Transformation der Gesellschaft sollte also deutlich hervorgehen, dass die Bürgerinnen und Bürger erstmals über die Macht verfügen werden, in ihrer eigenen Gemeinde über ökonomische Fragen zu bestimmen. Jeder wird den Gegensatz zum heutigen Zustand spüren, wo die Bürger angeblich alle 4 oder 5 Jahre die Regierung und deren Steuerpolitik auswechseln dürfen, in Wirklichkeit aber weder eine echte Wahl haben noch bei den Berufspolitikern ihren Willen durchsetzen können. Man erkennt dies beispielsweise daran, dass die Wirtschaftsprogramme der großen Parteien so vage und allgemein formuliert sind, dass sie die Politiker konkret zu nichts verpflichten. Und über die Verwendung der aus Steuern und Kreditaufnahme stammenden Mittel durch den Staat darf die Bevölkerung schon gar nicht entscheiden.

Aus dem Englischen übersetzt von Helmut Richter

Anmerkungen:

1 siehe etwa David Pepper, Eco-Socialism: From Deep Ecology to Social Justice (London 1993) S.199

2 Wie in England private Wachkräfte aus der Unterschicht angeworben wurden, um mit den Aktivisten der Grünen »fertig zu werden«, die beim Bau der Umgehungsstraße von Newbury gegen den damit verbundenen Waldverlust protestierten, hat sehr anschaulich John Vidal in The Guardian vom 25.01.1996 beschrieben

3 Ted Trainer, The Conserver Society: Alternatives for Sustainability (London 1995)

4 Ted Trainer, The Conserver Society S.220

5 Murray Bookchin, »Libertarian municipalism: an overwiew« in Society and Nature Bd.1 Nr.1 (1992) S.102

6 Murray Bookchin, »Communalism: the democratic dimension of anarchism« in Democracy and Nature Bd.3 Nr.2 (1996)

7 Murray Bookchin, Dave Foreman, Defending the Earth: A Debate between Murray Bookchin and Dave Foreman, (Montreal 1991) S.61-62

8 Murray Bookchin, »Libertarian municipalism: an overview« S.102

9 David Pepper, Eco-Socialism S.200

10 Takis Fotopoulos, »The economic foundations of an ecological society« in Society and Nature Bd.1 Nr.3 (1993)

11 David Pepper, Modern Environmentalism (London 1996) S.321

12 Howard Hawkins, The Greens Bulletin (April 1992) S.27-30

13 Murray Bookchin, Post-Scarcity Anarchism (London 1971) S.217

14 Cornelius Castoriadis, Philosophy, Politics, Autonomy (Oxford 1991) S.204

Von Köln nach Hannover, über Hamburg und Berlin



Foto: Theo Heimann

Eine Kritik *von jill bio*

Irgendwie zu früh. 1990 geistern mehrere Artikel durch den linxradikalen Blätterwald. Ursache: die Weltausstellung kommt 2000 nach Hannover, dies war am 14.6. amtlich, und das undefinierbare »Wir« war dagegen. Am Beispiel der Direkten Aktion (DA 7/8-90) kurz die damaligen Überlegungen. Es ging um »wahre Hintergründe der EXPO« und eine »Bewegung gegen die Weltshow des Kapitals«. »Wir« wollten versuchen, »mehr als nur ein Wörtchen mitzureden« und »Wege unserer Utopie ... hartnäckig ... beschreiten«. Die Revidierungsfrist fiel ins Jahr 1992, und die Ortsgruppe Hannover der FAU peilte dies Datum an, um auf Grundlage von Widerstand zur EXPO-Absage zu kommen.

Was wurde inhaltlich thematisiert? »EXPOs sind gigantische Industriemessen als Ausdruck geballter ökonomischer Interessen der Industrieländer« (Beispiel Brüssel-Atomenergie). Die Messe-AG, ihre personellen Verquickungen mit/und Stadt/Bundesland-Interessen werden angesprochen, eine Verortung im aktuellen gesellschaftspolitischen Rahmen (EG, Wiedervereinigung, Osteuropa, Standortfaktor, neue Technologien, spezieller ökologische Aspekte, »Bürgerbeteiligung«). Als Einstieg in eine perspektivische Praxis, als Grundlage für eine längerfristige Kampagne ein Informationsartikel, der viele Fragen aufwarf.

Ziel der Kritik ist nicht die Direkte Aktion, die FAU oder der SchreiberInnen. Der Artikel ist ein Beispiel, steht für Teile der anarchistischen Bewegung. Mir geht es in der Kritik nicht um einzelne Zeitungen, geschweige denn Einzelpersonen, sondern um Fragen, die die Praxis aufwirft.

Wenn im Artikel von ausufernden Mietpreisen gesprochen wird, Steigerung der Lebenshaltunxkosten, Verschärfung und Polarisierung gesellschaftlicher Widersprüche, Zerstörung sozialer Strukturen, usw., dann ist die Frage, was dies konkret mit der EXPO zu tun hat. Westliche Metropolen und internationales Kapital, im Artikel reihen sich Plattheiten aneinander, die mit der Ursache, der EXPO nur im ganz Allgemeinen zu tun haben. Hervorragend streiten lässt sich über die Zentrierung auf Kapital, was FAU-spezifisch behandelt werden kann. Das Thema der EXPO »Mensch, Natur, Technik« eröffnet jedenfalls eine Vielfalt an Kritik, konnte als ideologische Offensive von Herrschaftsinteressen, nicht nur ökonomischen, gelesen werden. Eine Information, zumal in einer »Partei«-Zeitung, wird immer auch durch andere (vorherige) Artikel ergänzt. Insofern ist es auffällig, dass 1990 keine weitergehenden, meinetwegen historischen (s.:Archiv f. Geschichte d. Widerstandes und der Arbeit Nr.1:Auf dem Weg zur Weltausstellung: Der Arbeiter, seine Frau und die Maschinen«) Artikel erschienen, auch nicht in der graswurzelrevolution (gwr) oder im schwarzen faden (sf).

Was macht Sinn? Eine Kampagne mit ihrem Verhindern wir-näxtes Jahr in Utopia; ein Projekt zum Leben, Arbeiten, Kämpfen; ein Zentrum für uns plus x; selbst? Be-

stimmt! eine kleine Betriebsgruppe, in einem Netz mit Anderen; spontanes Zusammenkommen bei Notwendigkeit/Lust meist freischwimmender Radikaler; nomadisches Dasein und vor Ort immer dabei; eine Band, eine Theatergruppe, eine Selbsthilfegruppe, eine Geldbeschaffunxbande, ... Wir sollten nach unseren Vorstellungen heute schon leben - deshalb: ... (hier bitte deine Überzeugung des richtigen Ansatzes reindenken)!

Köln – Hamburg – Berlin – Hannover

Aua. Aus meiner Erfahrung (das waren viele Fehler), kann ich sagen, dass es die Vielfalt von Ansätzen und Praxis ist, die eine anarchistische revolutionäre Perspektive erst begründen. Die Autonomie und Berechtigung aller Ansätze begründet eine gesellschaftsrelevante und kulturverändernde anarchstische Bewegung. Wer Kleidung, Job, Musik, Wohnen, Essen, Bildung, Alter oder Ähnliches zum ausschliessenden Widerspruch und Massstab kostruiert, sollte genau beobachtet und kritisiert werden. Die offensive Darstellung des eigenen Ansatzes ist selbstverständlich. Ähnlich selbstverständlich sollte sein, dass es verschiedene Ansätze gibt. Wo ist denn ein ernstzunehmender Widerspruch zwischen einer Anti-EXPO-Autonomen-Gang, einer kein-mensch-ist-illegal-Gruppe, einer VW-FAU-Betriebsgruppe, einer feministischen Organisierung und einer anarchistischen Kneipe, Punk-Band oder Kommune? Ich sehe es als Ergänzung, als notwendiges Zusammenkommen wegen eigener und gesellschaftlicher »Mängel«, als Ausdruck konkreter praktischer Interessen und Bedürfnisse. Das Problem entsteht erst mit der Mission. Selbstverständlich ist die gut begründet und belegt. Anders: ich erkenne (mit anderen) einen »blinden Fleck«, z. B., daß Fleischfressen ein Ausdruck von Herrschaft ist. Selbstverständlich muss dies auf anarchistischen Treffen ernst genommen werden, im Sinne von Kochen. Wenn ich spezizistische Argumentationen in Arbeitsgruppen im inhaltlichen Zusammenhang kritisiere, dann ist dies legitim, ein Beitrag. Zum Problem wird es erst dann, wenn ich/wir mit unserer Kritik uns durchsetzen wollen. Was nützt das Rechthaben, die berechtigte Kritik, der Beweis konkreter Unterdrückung, wenn Andere das anders (oder nicht) sehen. Wenn ich nicht ernstgenommen werde, eine Einzelmeinung vertrete, dann höre ich zu, gehe, ziehe mich zurück, suche andere Orte, Leute (nicht AnarchistInnen ?!), - Zeit für Selbstkritik?

Die EXPO hätte auf allen örtlichen Ebenen zu einer Auseinandersetzung führen können. »Autonome« machen ihre auf Hannover ausgerichteten Infoveranstaltungen, die anderen verknüpfen EXPO mit ihrem Schwerpunkt/Leben. Dies ist nicht Kampangenpolitik, sondern ein sich gegenseitiges Ergänzen. Die Kampagne gibt es genauso, wie eine Kommune, die regelmässig ihre Produkte an Volxküchen, Märkte oder AbholerInnen liefert und sich bei Arbeitswochenenden, Tag der offenen Tür, Seminaren über Besuch/Solidarität freut. Durch das Reiben, durch unterschiedliche Erfahrungen, durch Theorie und Praxis der verschiedenen Lüste und Begierden wird erst eine aktuelle Bewegung möglich. DogmatikerInnen der richtigen einzig gültigen Richtung blockieren da nur und vielleicht gelingt es eines Tages einen pragmatischen Umgang zu finden, der nicht Stunden dauert. Die drei überregionalen anarchistische Zeitungen (da, gwr, sf) beweisen tendenziell das Nichtvorhandensein einer gemeinsamen Diskussion. Auf EXPO-Artikel, aber auch anderen Themen, wird sich nicht gegenseitig bezogen, finden kaum gegenseitige Ergänzungen statt. Kaum eineR schreibt Berichte, Analysen, Thesenpapiere zur aktuellen Praxis, und wenn, seltenst Antworten. Liegt es an den nichtschreibenden AktivistInnen, an der Zeitung (intellektuelles Niveau, Schwerpunkt, Erscheinunxweise, Layout, etc.) oder den MacherInnen (Überlastung, DogmatikerInnen, Bewegunxferne, Kontrollettis, ZensorInnen, Ansprechen, etc.)?

Zumindest wurde die EXPO Hannover überregional wieder Thema im Zusammenhang mit der brutalen Repression gegen GegnerInnen 1992 in Sevilla, einem Artikel im sf 2/92 (EXPO-Wallfahrt zum Fetisch WARE) und durch Publikation einer Broschüre 1994 der Anti-EXPO-AG an der Uni Hannover. Hier wurden einzelne Aspekte bestimmter Themen genauer analysiert. Danach großes Schweigen, kein über den Kreis der AktivistInnen hinausgehender Prozess. Einzig in der sich konstituierenden Umweltschutz von unten-Bewegung und regionalen Autonomen-Blättern hin und wieder hinweise.

Dann kam der EU/G 7-Gipfel 1999 in Köln. Die Termine in allen drei Zeitungen mit einigen Plattheiten als Beiwerk. die gwr 3/99 veröffentlichte einen kurzen Artikel zu neuen Instrumenten der militarisierten EU und die da gab ein Aufrufflugblatt der Ortsgruppe Bonn zum anarchosyndikalistischen Block in Köln am 29.5.99 wieder. AktivistInnen verschiedenster Bereiche nahmen die Gipfel wahr. Alles, was unter linx zu verstehen ist, mobilisierte zu den verschiedensten Themen, regional unterschiedlich, aber breit. Schon im Vorfeld, in der Organisation der Gegenaktivitäten wurde sich herausgehalten, inhaltlich kaum diskutiert. Die Wenigen aus dem sozialrevolutionären Spektrum, die sich zu Vorbereitunxtreffen aufmachten, mussten sich warm anziehen. Entweder bekamen sie es mit ReformistInnen aller Art zu tun (Parteien, NGO´s, Gewerkschaften, usw.) oder mit dem Dominanzbestrebungen von Ökorechts, Gruppe Perspektive und Roter Hilfe. Letztere ist eine Antirepression-Bündnisorganisation, keine »politische« und wurde hier von Einzelpersonen/Mitgliedern benutzt, ohne Legitimation. Ein Verstoß gegen die eigene Satzung. Nun denn, mit dem Kader Ökorechts haben andere Leute/Gruppen in den letzten Jahren Erfahrungen gemacht (Castor, TierrechtlerInnen, »Gesellianer«, usw.), ohne das dies in anarchistischen Kreisen transparent gemacht wurde, ganz zu schweigen von der eigenen Positionierung. Nach organisatorisch-inhaltlichem Gezerre blieben die Vorstellungen und Umsetzungen der drei obengenannten Gruppen übrig. Sie konnten es sich mit formalen Begründungen leisten, dass das Antinationale Forum ausgegrenzt wurde. Das Fiasko nahm seinen Lauf.

Nach allen Aktivitäten brachte der sf 2/99 eine Fotoreportage über die inter-

nationale Karawane in Frankfurt, plus Manifesttext /TeilnehmerInnen-Statement in wenigen Zeilen. Die da feierte sich/den Block (7/8 99) bei der europaweiten Demo am 29.5.. Nichtmal 300 Deutsche verliefen sich unter den 2000 Anarchie-SymhatisantInnen. Diese Deutschen kamen fast alle aus der naheliegenden Umgebung und der FAU. Wer Blöcke braucht und für sowas mobilisiert, sollte sich auch weitergehende Gedanken machen. Die FAU hatte sich aus der Vorbereitung rausgehalten. Sie setzte sich an die spitze des Blockes mit einem vergleichsweise langweiligen Transparent aus Buchstaben. Wie in der da nachlesbar, hätten die verkleideten TheaterarbeiterInnen aus Italien oder die SchwedInnen der SAC mit ihren Transparenten wesentlich repräsentativer , inhaltlich-kreativ, Vorne gehen sollen. Nach der Demo fuhren alle nach Hause. Es gab keinen öffentlichen Ort/Treffpunkt, um z.B. Berichten von den meist europäischen Gästen zu lauschen. Es geht um die Möglichkeit, um ein vorheriges Abchecken und Anbieten. Von Gastfreundschaft, von »internationaler Zusammenarbeit« (da) über persönliche Beziehungen/ Bekanntschaften hinausgehend keine sichtbare Spur. Ein einsames viersprachiges Flugblatt der CNT Paris (»Boxerclub«) Keine Interviews, keine Berichte in den Zeitungen. warum der antifaschistische Block angegriffen wurde, erfuhren die meisten TeilnehmerInnen erst Stunden später, wenn überhaupt. In und aus der Demo keine Informationen, Reaktion.

In der gwr 9/99 ein längerer Bericht der Entwicklung und Ablauf aller Ereignisse beschreibt, Probleme benennt und diskutiert. Am Ende: »Denn die entscheidende Lehre von Köln liegt sicherlich in der Einsicht, dass die gegenwärtige Linke gesellschaftlich relevante Kampagnen deshalb nicht durchführen kann, weil ihr die lokale Verankerung fehlt. ... . Dort muss mit dem Neuaufbau begonnen werden.« Einzig die Gruppe Landfriedensbruch aus Köln war um überregionale breite Nachbereitung und kritischer Auseinandersetzung bemüht, wobei sie noch die parallele Action in London einbezog. Ihr Köln-Reader, seltenes selbstkritisches Highlight, ermöglichte zumindest im Nachhinein eine gewisse Transparenz, ein Verstehen der Vorfälle und eine Diskussion, die wie immer kaum stattfand. Die sieben hauptsächlichen Kritikpunkte: Anbiedernde, realpolitische Positionen; ungeeignet Gegenbilder zur EU + G 7/ legal-konfliktfreie Demodurchführung; Ausschluss diverser Aktionsformen/ Dominanz des Funktionärsklüngels/ Mangel an Selbstorganisation und strategischer Aktionsplanung der AnhängerInnen dieser Praxis/ in der Vorbereitung keine intensiven Diskussionen über Vorgehen und Erfahrungen/ Mängel im technischen Bereich (Presse, Mobilisierung, Kommunikation, ...)/ keine (nachbereitende) Strategiedebatte. Dazu Ein-Punkt-Bezogenheit, Visionsmangel, Übersehen von zentralen gesellschaftlichen Problemen, desolate nicht organisierte Gruppen, keine Vernetzung, wenige MacherInnen, Abhängigkeit vom Staat (Vermieter) und seinen Geldern, Abgrenzung, Vereinsmeierei, zentralistische Aktionskonzepte, Inhaltslosigkeit, keine klaren Positionen + entsprechender Widerstand. Daran schliesst ein perspektivischer Artikel an, der konkrete Vorschläge macht.

Vielen AnarchistInnen und AktivistInnen wird die Kritik nicht neu sein. Wurde sich um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Konsequenzen bemüht ? Eine anarchistische Bewegung in Deutschland hat es nach ´45 nur fragmentarisch gegeben. Einzelne bestehende Projekte, auch wenn andere AnarchistInnen ihre inhaltliche Reinheit nicht verwirklicht sehen, einzelne regelmässige Treffen und Kongresse, einzelne Personen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es bei den meisten gesellschaftsrelevanten Themen nix Anarchistisches gibt, oder dies völlig reduziert/selbstherrlich angepackt und vermittelt wird. Selbst der sub-/gegenkulturelle Flügel ist gestutzt, findet kaum Beachtung, wenn, dann als Selbstvergewisserung: is there anybody out there! Zweimal libertäre tage in Frankfurt, einmal graswurzel in Köln. Was ist dabei rumgekommen ? Wo gibt es überregional offene zielorientierte Arbeitsgruppen, die verschiedene Ansätze gemeinsam diskutieren, öffentlich machen? Wo wird Geschichte in Bezug auf Gegenwart geschrieben? Über Autonome, K-Gruppen, Antiimps lästern, Rocker, Bakunin, Goldmann und Spanien zitieren, ohhh, die FAUD nicht vergessen. Klasse. TotengräberInnen unter Zombis. Anarchistische Praxis, Kritik und Diskussionen im Jahre 2000? Lass uns ein Wunder sein.

Im Landfriedensbruch-Reader deutete sich das näxte Fiasko an. EXPO 2000 in Hannover. Hier wurde die neue aktionistische Vielfalt auf dem Globus be-



Foto: Theo Heimann

schworen: Rückeroberung des öffentlichen Raums, reclaim the street-partys, critical mass-Fahrten, dezentrale Aktionen (in Hannover) plus schonungslose selbstkritische Strategiedebatte. Besonders das Umfeld der Zeitschriften ö-punkte und alaska, die Jugendumweltschutzbewegung, Teile des Buko und des autonomen Spektrums begannen zu rödeln. Drei Abstecher im Vorfeld.

Seattle war eine unerwartete Sensation. Nur für Leute, denen die Mobilisierung, Organisierung und Umsetzung im Vorfeld nicht bekannt war. Dieser Erfolg sollte für Hannover, für eigene Praxis nutzbar gemacht werden. Anstatt sich um Vermittlung der Widerstandsbewegungen in den USA und England, ihre Geschichte und Gründe, zu bemühen (s. z.B. W. Sterneck´s Musik-Bücher), auf dieser Grundlage und eigener (z.B. Castor) zu einer selbstbestimmten Praxis zu gelangen, wurden Fragmente des Hörensagens, Projektionen, Artikel und die Medienberichterstattung als »so wird's gemacht« zusammengeschustert. Seattle- ein Mythos. Daran kann der einseitige Artikel über dortige Organisierung in der gwr 1/00 wenig abhelfen, der gab zumindest einen guten Einblick. Wer mehr über die gewerkschaftliche Opposition dort erfahren wollte, landete beim ak (16.12.99), wobei der Artikel nicht über radikale AktivistInnen, ihre Positionen berichtete, sondern über neue Töne in der Hierarchie der AFL-CIO. am Ende, nach stundenlangem Surfen im Internet sah die Sache, wie immer, wenn du zu Highlights aus verschiedenen Quellen schöpfst, anders aus.

Klar, ich kritisiere die ganze Zeit. Aber bei so viel Praxis, so wenig Reflexion - auf überregional-öffentlicher Ebene. Meiner Meinung gehört eine Wissensaneignung ins Zentrum jeder revolutionären Bewegung. Erst mit einer umfassenden Analyse kann ich Probleme begreifen und verändern. Wer nicht Nachdenken will, wer nicht verschiedene Ansätze berücksichtigt, ob Hirnwix oder Action, sollte nicht über einen Niedergang der »Linken«(?) jammern. Einfach Weitermachen und mit der eigenen Praxis zufrieden sein. Spätestens seit ´89 ist deutlich, dass AnarchistInnen im Westen unfähig sind, sich mit andere Erfahrungen/Lebenswelten auseinanderzusetzen, diese öffentlich zu machen, dank genauer Positionierung gemeinsam intervenieren. Mit der Ablehnung der DDR als sozialistisches Modell lagen wir richtig, aber mit der Praxis im Zusammenhang mit dem Abwicklung Ostdeutschland haben wir nur eins deutlich gemacht: Schaumschlägerei. Klar, es gab regionale Ansätze, die anders liefen, aber bitte, wohin ?

Peoples global Action macht den ersten Mai zum Weltkampftag. VertreterInnen dieses Ansatzes hier, anders als in z.B. England, bringen dies nicht mit ArbeiterInnenkampftag in Verbindung. Einzelne öffentliche Stimmen sehen an diesen Tag nur die antifaschistische Mobilisierung, keine eigene Geschichte, nicht den Kampf gegen zentralistische Gewerkschaften, nicht die eigene Positionierung im Feld der (Re-) Produktion. So viel Ignoranz und Selbstzentriertheit erfordert eine Menge Geduld. Diese konnte genauso flöten gehen bei den Geschehnissen in Hamburg und Berlin. Daß (angeblich zivile) Bullen in Hamburg Randale provozieren wollten nach der reclaim the streets-Demo/Aktion, liegt in der Logik der Repressionsapparate, wie sie vermehrt auftreten, die Suche nach Legitimation, spezifisch auch, wie sie Stadtteile in den Griff bekommen möchten, Politik machen und mehr. Dass Autonome, auch wir, dies Spiel mitmachen, nicht nach passenden Umganxformen mit diesen Herrschaftsstrategien suchen, also analysieren und ausprobieren, zeigt nur, dass unsere Selbstbestimmung, unsere Radikalität Floskeln sind. Zumal das Einlassen auf den Bullenterror in Hamburg zur Absage eines Solidaritätskonzertes führte. Unsere GegnerInnen kennen uns besser, als wir uns selbst. Sie bringen den Ball ins Spiel und wir danken im Rahmen der Spielregeln. Dankbar werden die



Foto: Theo Heimann

Schliessungen unserer Zentren gefordert, unsere NachbarInnen schütteln den Kopf, weil diese Randale kaum noch nachvollziehbar ist, erst Recht ohne Informationen. Wenn ich Politik ablehne, dann muss ich nach gemeinsamen Wegen suchen, die transparent und offen sind. Ich muss auf Leute zugehen. Wenn ich sie nicht ernstnehme, wenn mir Randale, meine persönliche (personelle) Stärke und die Bilder im Fernsehen reichen, gut. Aber mit revolutionärer Veränderung hat das nix zu tun. Und genau dieser verkürzte Blick setzte sich auch in

Köln – Hamburg –Berlin–Hannover

Berlin wieder durch. Natürlich ist der erste Mai in der Hauptstadt ein beliebtes Reiseziel für bundesweite AktivistInnen. Deren Erwartungen und diese vor Ort möchten in Erfüllung gehen. Das komplette Unverständnis von gesellschaftlicher Geschichte und Entwicklungen wurde in diesem Jahr allzudeutlich. Die FaschistInnen, ein wenig ausserhalb, marschieren, einige Hundert stehen hinter Absperrungen und versuchen zumindest Protest zu artikulieren. Einige Tausend RevolutionärInnen demonstrieren abends, mit den rituellen Randalen. Die Bullen waren schuld, wie in Hamburg ? Natürlich ist es legitim, sich gegen Bullen zu Wehr zu setzen, den Spaßfaktor nicht zu vergessen. Aber welche können sich noch selbst ernstnehmen, wenn FaschistInnen kaum auf Widerstand stoßen, aber Abends im eigenen Viertel inter-/antinationale Randale gepflegt werden. Es geht nicht um die verkürzte Gewalt/frei-Diskussion, sondern um einen vermittelbaren Weg, um den Einsatz von Mitteln, direkten Aktionen, die Herrschaft tatsächlich in Gefahr bringen, die faschistischen/ rassistischen und antisemitischen Terror auf breiter Ebene zurückdrängen und eigene Zeichen setzen, durchsetzt mit dem Ziel einer revolutionären Umwälzung. Dies ist eine kulturelle Frage, eine soziale, eine alltägliche. Die Herrschenden beantworten diese täglich, weiten sie selbst in ehemals von linken definierte Bereiche aus (Umweltschutz, internationale Solidarität, Antipatriachat, Subkultur, etc.). Die Präsenz des Spektakels an der langen Leine der Mächtigen, ihre Vereinnahmunxstrategien setzt sich durch, mit einer werbewirksamen Sprache, die wie Sahne/Sojamilch runtergeht. Die Offensive von Macht/Geld mit ihrem bewussten Gebrauch von Geschichte/Sprache (68, Auschwitz, Reform, Dealer, Stadtteilkultur, Friedensprozess, Asyl, usw.) und der damit inflationären Begriffsverwirrung/-umdeutung haben wir keine eigene Klärung entgegenzusetzen, sondern nur verzweifelte Moral und szeneübliche Standards. Dies wurde in der von konservativen inszenierten Debatte um poltical correctness hier in Deutschland deutlich. Wieviel gute RevolutionärInnen hier einen unreflektierten Schulterschluss übten, ist bis heute beachtlich. Und nicht weiter verwunderlich, wenn die mangelnde Bereitschaft zu klarer Abgrenzung von Herrschaftsverhalten (Vergewaltiger-Diskussion), eine stille Akzeptanz und brüllende Ignoranz näher sind, als das eigene Verändern, Öffnen, Reflektieren. Perspektive ? Kollektive Selbstbestimmung? Hilfe!

Die EXPO wurde als Möglichkeit begriffen, aus Fehlern zu lernen. Die Anti-EXPO-Gruppe international München verschaffte einen groben Überblick über die Hannover präsentierten Ideen und Interessen, bezog sich im zweiten Teil auf die Erfahrungen aus Köln (gwr 4/00): Die lokale Ebene, mit anderen Gruppen, Zusammenbringen der Teilbereichskämpfe zu einer gesamtgesellschaftlichen Ebene, Neubestimmung linxradikaler Politik, dezentraler Widerstand, bekämpfen jeglicher Form von Hierarchie/Macht, neue Leute, Anknüpfen an Praxis »kein mensch ist illegal/Innenstadtaktion«. Mit dieser Ausnahme war außer Terminankündigungen in den größeren anarchistischen Medien kilometerweite Ebbe, selbst darüber hinaus. In Hannover ging es innerhalb der Politszene hoch her, diverse autonome Gruppen kritisierten die Vorbereitungen und OrganisatorInnen. Einzelne verstiegen sich zu Aufrufen, dem Widerstand fernzubleiben (s. razz). Die Mobilisierunxzeitung »EXPO NO!« bemühte den Slogan: »London-Seattle-Hannover: Gegenmacht von unten.« Als Begründung das durch Seattle verflogene Ohnmachtsgefühl. Für mich wird es hier schwierig. Zum einen ein großer Haufen AktivistInnen, die sich bemühen, auf allen Ebenen, mit sympathischen Vorstellungen, auf der anderen Seite völlige Selbstüber-/Fehleinschätzungen. Dies spiegelten auch Ausgaben der ö-punkte wieder. Im Sinne von »wir erfinden/wir sind eine neue Bewegung.« In Ansätzen stimmt das vielleicht. Leute mit ähnlichen Ansätzen taten sich zusammen und versuchten eine gemeinsame Praxis. Meiner Meinung nach war die propagierte Neubestimmung verkürzt. Nach Köln wurde nicht über dortige und andere historische Erfahrungen diskutiert, viele (ältere) AktivistInnen fühlten sich nicht angesprochen, verhielten sich nicht, vielleicht auch, weil diese Reformversuche altbekannt erschienen, zu sehr von Antworten getragen wurden, ohne das die Fragen schon formuliert waren. Reicht die Feststellung der Schwäche des Widerstands ? Bei Einzelpersonen der Mobilisierung war es schwer zu unterscheiden, ob es nicht mehr um Selbstdarstellung ging. Auch die Fähigkeit andere Positionen zuzulassen, eine kontroverse Diskussion zu führen, musste meist dem klaren »EXPO NO / kommt alle« weichen. Informationen über nackte Fakten, von »wer zahlt wieviel?« bis »gibt es eine Sanigruppe?« waren selbst über das Internet schwer zu bekommen, meist nicht über veröffentlichte Kontaktadressen oder es dauerte bis ..., zu spät. Vielerorts wurde die Auseinandersetzung mit den regionalen EXPO-Projekten nicht in die Öffentlichkeit getragen, in Mobilisierunxveranstaltungen saßen altbekannte Leute.

Es ging los. Am 27.5. demonstrierten maximal 2000 Prunx, Autonome, und SAG´lerInnen in Hannover. Vor allem die Zivi-Bullen bemühten sich um Eskalation, aber zum Glück verweigerten die DemonstrantInnen diese Provokationen. Am Bahnhof hatten vorher Kanzler Schröder und Dauerwelle Gottschalk ungestört Einweihung zelebriert und deren Veranstaltung sorgte Dank der Vergabe von Freikarten für Tumulte. Es war eine klassische Latschdemo, was mich grundsätzlich nicht stört. Dass die Anti-EXPO-AG Hannover diesen Auftakt zur Aktionswoche gelungen fand, dies mit der medialen Resonanz begründete, ist schon nahe an Propaganda im schlechtesten Sinne. Auch wenn die EXPO-MacherInnen ihre medialen Seilschaften intensiv aufforderten, nicht über die Aktivitäten der GegnerInnen zu berichten. Abschreckung durch massiv aufgerüsteten Repressionsapparat ? Der zeichnete sich nicht durch außergewöhnliche Här-

te aus, eher Präsenz, Flexibilität und zivile ErmittlerInnen. So waren in der ganzen Woche zu besten Zeiten etwa 1000 AktivistInnen unterwex. Hier die SAG an den Toren des Ausstellunxgeländes, ein paar Verwegene seilten sich von Autobahnschildern ab, Hakenkrallen auf der Oberleitung nach Hannover, Spon-


Foto: T[illegible] Heimann

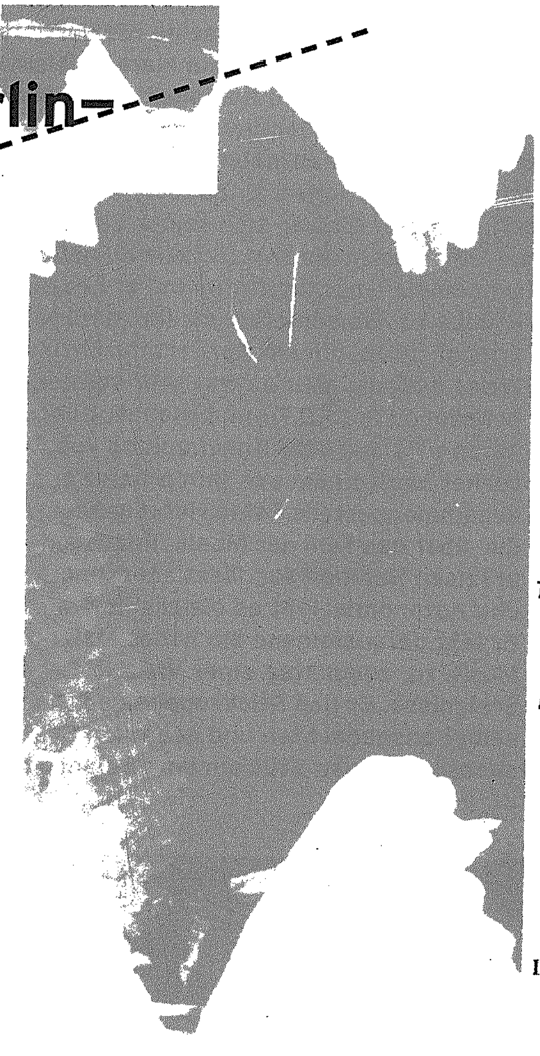
tandemos von Prunx und Autonomen, viel zu kleine und wenige Soundsystems in der Innenstadt zum Tanzen, Sitzblokaden, Kundgebungen, brennende Autoreifen auf zwei ICE-Strecken, Kissenschlacht von 400 ChaotInnen, brennende Müllcontainer, Bombendrohungen, Eintrittskarten-Fälschungen. Am 1.6. wurden 550 Leute in Gewahrsam genommen.

Die Mobilisierung und Aktivitäten könnten als Flop zu den Akten gelegt werden. Aber dies würde einige Aspekte übersehen. Der eng begrenzte AktivistInnenkreis, der sehr auf bestimmte basisdemokratische, selbstbestimmte Strukturen und Aktionen achtete, der für sich sprach, StellvertreterInnenpolitik und entsprechende Machtorganisationen/-klüngel ablehnte, konnte immerhin eine beachtliche Zahl an Leuten mit ähnlichem Verständnis mobilisieren. Die Einschüchterungen der diversen Machtapparate und -institutionen behinderten zwar Aktionen, aber sie fanden statt. Kritik ist reichlich zu finden: mangelndes Zugehen auf ähnlich orientierte Gruppen/Zusammenhänge, mediale Fixiertheit, Fehleinschätzungen (ich hab die optimistische Einschätzung von 15000 AuftaktdemonstrantInnen gehabt, schiet), geringe inhaltliche Auseinandersetzung mit Ideologie und Themen der EXPO (Ausnahme alaska), internationale eigene Verknüpfung, Selbstüberschätzung, fehlende regionale Aktivitäten und Gegeninfos, besonders auffällige Reduziertheit auf »Politik«, wenig kulturell-künstlerisch-Kreatives, zum Teil schlechte langweilige Öffentlichkeitssarbeit, Unterlassung der direkten argumentativen Konfrontation bei EXPO-PropagandistInnen (goile Torte!) und anderes mehr. Die Stärke würde ich sehen im Versuch der Selbstorganisation, dem Versuch der Neuorientierung, der Thematisierung radikal-ökologischer Standpunkte bei aktuellen Auseinandersetzungen, einer grossen Breite und Akzeptanz an Aktionsformen, strömunxübergreifende Zusammenarbeit (Gewaltfreie, Autonome, Prunx, Ökos). Die tendenzielle Bereitschaft zu einem Bruch mit den destruktiv-dominaten Politikformen der letzten 15 Jahren lässt hier ein Potenzial vermuten, dass durch Erfahrungen in den näxten Jahren ernstzunehmende aktuelle, moderne Kräfte hervorbringt. Die Gefahr besteht, dass gesellschaftliche Realitäten und linke Gemetzel, zu hohe Erwartungen/Ziele und die Arroganz des eigenen Ansatzes die Koordinaten der Verzweiflung sind. Die absehbaren Angriffe aus linken macht-/dominanzorientierten Kreisen von Ökorechts, Grünenabspaltungen, akademisch Orientierten, Antiimp-Gruppenresten, autonomen MilitanzfetischistInnen und anderes mehr wird zeigen, wie solidarisch und bewusst die selbstbestimmt orientierten Kreise miteinander umgehen. Die Zeitung ö-punkte könnte

Kölr

...n – Hamburg –Berlin–

sich hier perspektivisch etablieren und zu einem überregionalen-pluralistischen Forum entwickeln. Trotz ihres momentanen gruseligen Layouts und visuellen Chaos (wo passt noch was hin ?), wird hier bereits eine grosse thematische Bandbreite erfasst, stellenweise an-/weiterdiskutiert. Daß hier Blüten in Blei gegossen werden, z.B. wenn am Rande eines Artikels eine Plenumsdiskussion über den Begriff »Netzwerk« wiedergegeben wird, weil dieser Begriff von faschistischer Seite benutzt werde, sehr technisch »und so« wirke, sollte nicht über die Bereitschaft zur Perspektivdiskussion hinwegtäuschen (2/00, u.a. Artikel wie »was ist horizontale Organisationsform ?/ Widerstand danach«). Die ganze Zeitung wird sich entwickeln müssen, wie der sich dort artikulierende neue sozial-revolutionäre Ansatz. Damit würden die drei klassischen Bewegunxzeitungen eine »Konkurrenz« bekommen, die sich jetzt schon »anarchistischer« repräsentiert. Von Vielen getragen. Fraglicher ist, ob allen interessierten Kreisen gelingt, sich von der Praxis der letzten Jahrzehnte zu lösen, aktuell und vielfältig, gemeinsam-solidarisch zu wirken/ergänzen, eine eigene Bestimmung/Bewegung ohne klassischen radikallinken Bündnisillusionen auf den Leim zu gehen oder sogenannter Professionalisierung. Dann wäre tatsächlich eine anarchistisch-revolutionären Perspektive/Bewegung mit grosser gesellschaftliche Relevanz im Bereich des Möglichen. Dies ist ein langwieriger kollektiver Prozess, aber ein immer noch besseres Ziel, als das aktuelle selbstfixierte Gewusel der moralisch-rechthaberischen und verbalradikalen Kleinstgruppen.



Mit diesem Interview möchten wir den Komponisten und Musiker David Tudor (1926-1996) vorstellen. Wenn überhaupt, ist David Tudor den meisten vielleicht noch bekannt durch seine zusammenarbeit mit John Cage. »In den fünfziger und sechziger Jahren schrieb John Cage seine Klavierwerke fast ausschließlich für David Tudor. Er war einzigartig in der Fähigkeit, komplexe und oft unklare Spielanweisungen sowie Partituren zu realisieren, und er ließ so in seinen Interpretationen sowohl Komplexität als auch Unbestimmtheit der Musik aufscheinen. In den sechziger Jahren begann David Tudor, verstärkte und elektronische Klänge in seine Interpretationen miteinzubeziehen (z. B. in der Schallplattenaufnahme von Cages »Variations II« von 1961), und ab 1966 (»Bandoneon«) datieren seine eigenen Kompositionen. Er näherte sich der elektronischen Musik mit all seinem Können als Interpret und nicht als Theoretiker. Er war sich seiner Fähigkeiten als Musiker sicher und wagte es, mit unkalkulierbar reagierenden Instrumenten in die Konzertsäle zu gehen. Obwohl er kein Techniker war, ließ sich David Tudor nicht durch die Technologie einschüchtern, und er begann mit seiner begrenzten Fähigkeit Stücke zu komponieren, die ihm gerade soviel Kontrolle über sein Equipment ermöglichten, um ein Konzert durchzuhalten. Die Stücke waren auf intuitive Weise einfach, aber es war sehr schwer, sie in einer Aufführung in den Griff zu bekommen .« (J.D.F.) In diesen Aufführungen bediente er »live« seinen legendären »Tisch«, eine Ansammlung von Elektronischen Bauteilen und Reglern, vorher nach einem von Ihm präzise ausgearbeitetem Plan zu einem System zusammengestellt.Seine Herangehensweise und seine Arbeit hat Aspekte, die über das Feld der Musik hinausgehen: Es gibt einen wohlüberlegten und präzisen Rahmen vor, lässt aber innerhalb dessen dem Material größtmögliche Autonomie, läßt es gleichsam selbst sich entwickeln, es selbst spielen. Er läßt darausfolgend ein hohes Maß an Ungeordnetheit, ja Chaos in seiner Musik zu, zugunsten einer Vielfalt, Lebendigkeit und Unvorhersehbarkeit der Ereignisse. Er ließ Rückkopplungen, Komplexität und Instabilität in seine selbst ausgedachten und gebauten Systeme mit einfließen. David Tudor versuchte in seinen Stücken eine Balance herzustellen zwischen Einflußnahme



Composer Inside E

David Tudor im Gespräch mit John David Fullemann

Es wirkte wie ein Zauber, m ein Klang entstehen würde.

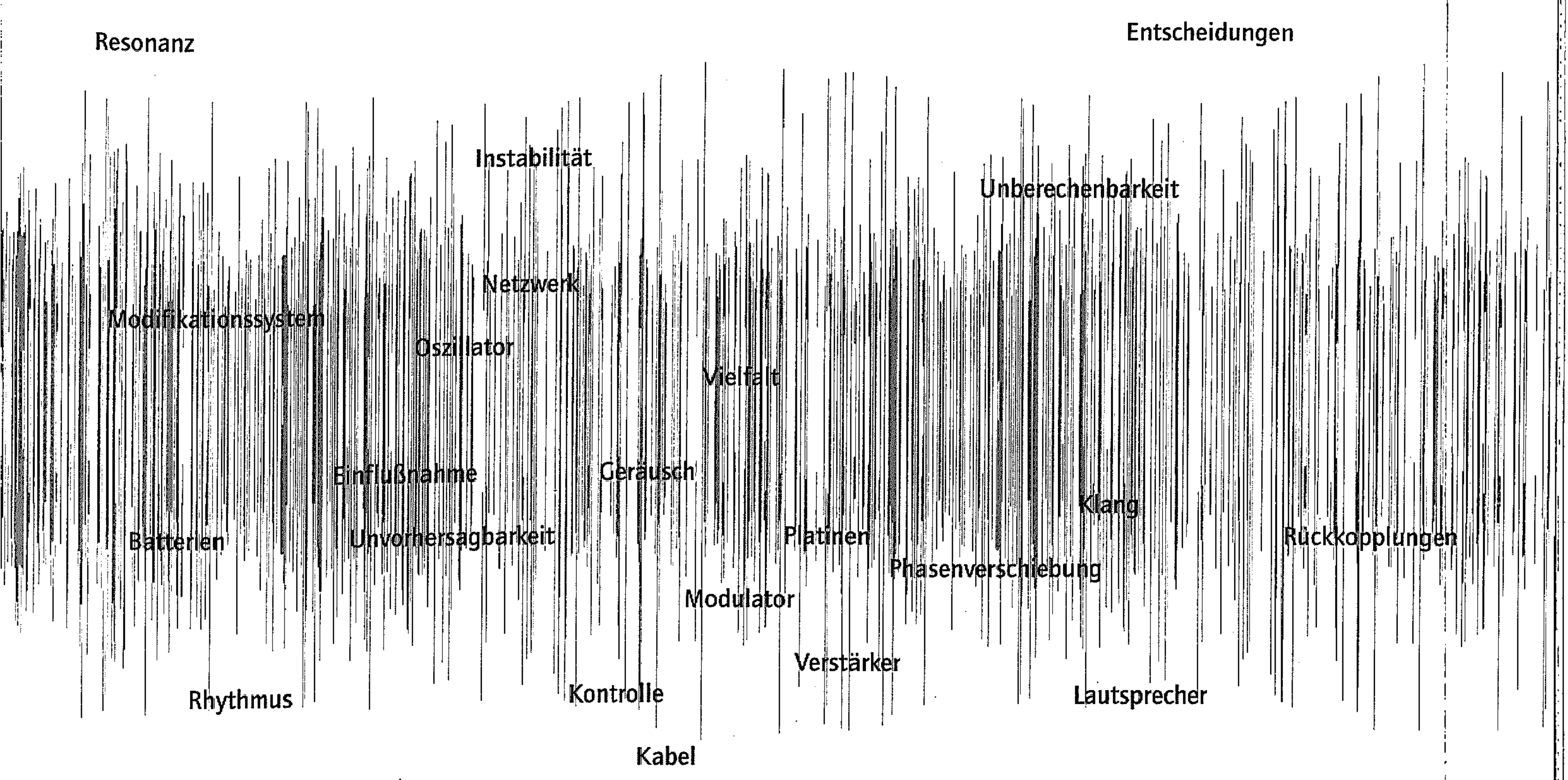
und Selbstorganisation. Während Cage allerdings auf anarchistische Theoretiker in Konzept und Inhalt öfters Bezug nahm, tat Tudor dies nie. Seine Konzepte und sein Umgang mit Strukturen und Systemen sind meines Erachtens von genereller Tragweite, Gültigkeit und Schönheit. Seine Stücke und sein spezifischer Ansatz sind wahrscheinlich einzigartig in der Entwicklung der experimentellen und elektronischen Musik.

Was mich interessiert ist, wie Du in Deiner Arbeit Entscheidungen triffst.

Meinst Du, im technischen Sinn?

Beides. -Du arbeitest als Komponist und als Performer, trennst Du diese beiden Dinge?

Nein. Wenn es keine formale Struktur gibt, dann besteht die Aufführung eines



Electronics



an wußte nie, ob
Es war schön.
(David Tudor)

Stückes darin, die Möglichkeiten auszuführen, die sich durch das bieten, was man vor sich hat. Und so wird das, was man vor sich hat, die Komposition. Und davon ausgehend wählt man unter den Möglichkeiten aus, die man erscheinen lassen möchte, und dann ist es die Aufgabe, diese Dinge erscheinen zu lassen. Wenn sie also einmal nicht erscheinen, dann versucht man es eben ein anderes Mal. Aber die grundlegende erste Entscheidung ist, wie groß die Vielfalt sein soll, die man sich wünscht. Und so versucht man eben, es geschehen zu lassen, oder, man versucht es so einzurichten, dass es geschieht. Das ist es, was ich tue.

Du stellst also eine Situation her, in der Du in einer Aufführung ein bestimmtes Maß an Kontrolle ausübst.

Soweit ich kann, lasse ich es selbst spielen; aber wenn es das nicht tut, dann greife ich ein.

In den meisten Deiner Aufführungen gibt es ein Blockdiagramm oder eine Schaltskizze. In welchem Ausmaß wird dadurch die Form eines Stückes bestimmt?

Das ist ziemlich verschieden. Form wird ein Blockdiagramm vor der ersten Aufführung; denn am Anfang bin ich mit der Situation nicht vertraut. Ich muß sicher sein, dass ich die ungefähre Richtung kenne: ich mache also eine erste Schaltskizze, die wird dann überarbeitet; ich entscheide, dass ein elektronisches Gerät, eine Komponente, besser ist als eine andere, oder ich füge weitere Stufen hinzu. Ich habe lange Zeit an den Problemen von Phasenverschiebungen und Rückkopplung gearbeitet. Als Billy Klüver[1] mich fragte, welche Geräte ich benutze, habe ich ihm meine Liste vorgelesen, und da sagte er zu mir: »Oh, Du hast nur Verstärker«, und da ging so etwas wie ein Licht an in meinem Kopf, und ich sagte: »Genau das ist es, es sind alles Verstärker, alles verschiedene.« Und das ist alles so gekommen, weil ich vor allen Dingen eine Menge Equipment hatte, das ich selbst gebaut habe, und diese Komponenten hatten natürlich keine gemeinsame Stromversorgung, so dass die momentanen Betriebsspannungen völlig unvor-

hersagbar waren[2]. Das half mir, als der Synthesizer kam; denn ich konnte einfach nicht leiden, wie vorhersagbar diese Maschinen waren; es ist sehr schwer, sie zum Klingen zu bringen – anders als sie klingen sollen. Und bei meinen ersten Versuchen mit einem Synthesizer habe ich einfach alle meine Verstärkerstufen akkumuliert und versucht, das Ding verrückt zu machen. Es hat gut geklappt.

Man kann sie also dazu bringen, etwas anderes zu machen, als es der Synthesizer-Konstrukteur geplant hat?

Aber sicher. In dem einen oder anderen Stück habe ich einen Synthesizer benutzt, zum Beispiel in John Cages »Variations VI« und »Variations VII«. Als ich in Indien war, mußte ich ein Stück machen, und das einzige, was ich bekommen konnte, war dieser Synthesizer. Da habe ich meine sämtlichen Verstärkerstufen einen einzigen Oszillatoren ansteuern lassen; und das arme Ding wußte nicht mehr, was es tat. Es war schließlich doch noch ganz lustig.

Deine Vorstellung von der »ungefähren Richtung« ist also, dass Du die Maschinen erforschst und Entdeckungen machst.

Mir gefällt es nicht, den Maschinen vorzuschreiben, was sie tun sollen. Wenn sie etwas tun, wovon ich nichts wußte, und ich kann da etwas nachhelfen, dann weiß ich mit einem Mal, dass das mein Stück ist. Sonst stellt man einfach eine Tonhöhenskala oder eine dynamische Skala auf – jeder kann das.

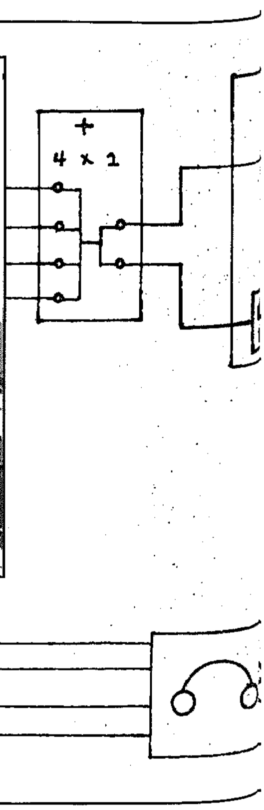
Es ist nicht besonders lustig. Das beste, was passieren kann, ist, dass man Erfolg hat.

Ja, und wenn man keinen Erfolg hat, ist man enttäuscht. Es ist besser, sich überraschen zu lassen.

Wenn Du an einem neuen Stück arbeitest oder für eine Aufführung – ich vermute, das ist eine Frage des Geschmacks – woher weißt Du, wann der Aufbau für ein Stück abgeschlossen ist?

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit dieser Situation umzugehen. Wir hatten mit meiner Gruppe[3] ein interessantes Erlebnis, als wir einmal ein Konzert im »Kitchen«. machten. Wir wollten zusammenarbeiten, aber niemand von uns war wirklich bereit, ein Gruppenstück zu machen. So beschlossen wir, als Gruppe aufzutreten. Jeder von uns hatte ein Stück; ich hatte mein »Forest Speech«, eine Variation von »Rainforest«. Ich gab ihnen das Blockdiagramm davon, und Ralph Jones gab uns das Blockdiagramm von seinem Stück, ebenso John Driscoll und Martin Kalve. Allerdings war Driscoll, glaube ich, der einzige, der Duplikate von Geräten hatte, die er uns geben konnte, und sogar das war nur der geringste Teil der Komponenten, die er für erforderlich hielt. Aber jeder realisierte die Stücke der anderen mit seinen eigenen Geräten, und das alles war ohne weiteres möglich; und es war sehr interessant zu sehen, wie jeder das fertigbrachte.


Foto: John Adams

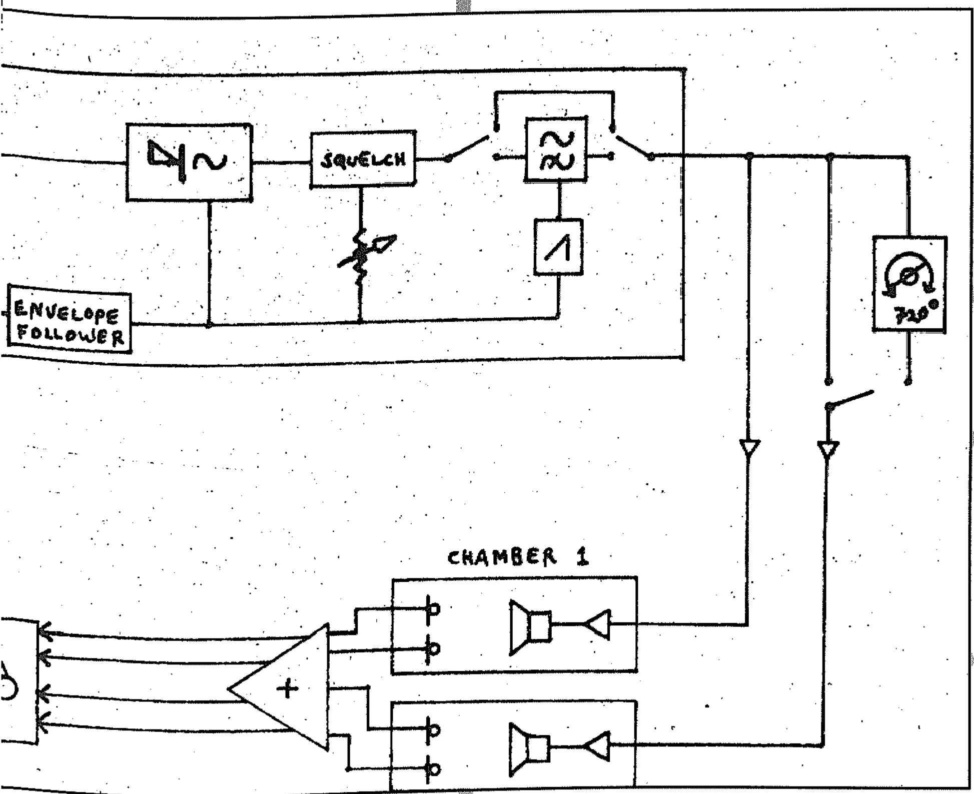


Das ist wahr, Deine Blockdiagramme stellen eher die auszuführenden Funktionen dar als das, was jedes kleine Gerät macht.

Und Ralph Jones' Stück ähnelte der ersten Version von »Rainforest«, wo es einfach nur einen Verstärker gibt, von dem man Ausgangssignale an verschiedenen Punkten nahe dem Ausgang des Verstärkers abnimmt, und dann schaltet man viele Widerstände, Kondensatoren und schließlich Dioden zusammen, so dass sich ein »blockierter Oszillator« (blocking oscillator) ergibt, der unvorhersagbar reagiert. Für Ralphs Stück bauten wir also nicht extra etwas Neues, sondern wir stellten mit unseren Geräten ein Netzwerk zusammen, das wir durch verschiedene Schaltungen aktivierten.

Wenn Du ein Stück mehrere Male aufführst: wie entscheidest Du, was passieren soll? Soll es wieder genauso klingen, soll es wie vorher sein, oder sollen dieselben Geräte benutzt werden.

Jedes Stück unterscheidet sich vom anderen. Das Wesentliche, was in »Toneburst« passieren mußte – es wurde für »Soundance«[4] komponiert – war, dass der Rhythmus durchkam. So dass nach der Hälfte des Stücks die rhythmischen Elemente sich durchsetzten und alles verrückt machten. Aber es konnte auch anders ausgehen, weil da im Grunde eine Oszillation im Zustand der Instabilität stattfand. Aber bei so etwas sind die Klangmaterialien überhaupt nicht wichtig, denn es sind gar keine da.[5] In »Phonemes« gab es ein Problem; denn da soll das ganze System einen zweiten Eingang haben, und wenn man das in einer Aufführung hörbar machen will, muss man gelegentlich ganz schön kämpfen. Es ist so, dass ich das primäre Eingangssignal ebenfalls kontrolliere, und darauf konzentriere ich mich hauptsächlich. Aber die Art und Weise, wie das zweite Signal in das erste klangproduzierende System eingreift, kann eine Menge Veränderungen zur Folge haben. Das hängt davon ab, was ich für diesen Eingang verwenden kann. Manchmal treffe ich eine falsche Entscheidung – jedenfalls kommt es mir so vor – und ich muss dann in gewisser Weise die Situation korrigieren, ohne das vorherige wieder rückgängig zu machen. Mit anderen Worten: ich muss damit leben. Oh, es kann sehr verschieden sein: es ist in der Tat so, dass dieses Stück sich jetzt an einem Punkt befindet, an dem es schwerfällt, sich noch an die ursprüngliche Version zu erinnern.



Wie bestimmst Du, ob ein Stück nach dem Aufbau für die Aufführung bereit ist?

Ich mache es im Moment so, dass ich zumindest prüfe, ob meine Leitungen zu einem Ausgang durchkommen, und dann kann ich entscheiden, ob ich eine Probe mache oder nicht. Die zweite Überlegung ist die, wie die Musik im Raum klingt; denn aufgrund dessen muss man gelegentlich etwas ändern. Es kommt darauf an, welche Möglichkeiten man hat, die Lautsprecher im Raum zu verteilen.

Werden Deine Stücke veröffentlicht? Führen sie ein eigenes Leben?

Im Augenblick nicht. Es gibt viele Leute. die gelernt haben, »Rainforest« aufzuführen. Zum Beispiel hat eine Gruppe in Miami das gerade vor. Ich muss sie mit dem nötigen Equipment ausstatten. Für einige Stücke besteht ein Copyright. Aber ich sehe keine Möglichkeit, dass sie bald veröffentlicht werden. Möglicherweise werden sie in einer Zeitschrift abgedruckt. Aber vielleicht gelingt es mir eines Tages, wenigstens über die technischen Prozesse zu schreiben, die ich initiiert und entwickelt habe. Denn bis jetzt hat, glaube ich, niemand in der Weise die Probleme der Phasenverschiebung angegangen, wie ich es getan habe. Und es ist ja so, dass dieser Prozeß zu einer Menge von Stücken geführt hat, eins nach dem anderen. Viele verschiedene Arten, mit diesen Komponenten umzugehen, haben sich für mich ergeben. Wenn ein Verfahren erfolgreich war, folgte daraus unmittelbar das nächste. Es hat sich immer weiter vervielfältigt.

Zum Beispiel, die erste Reihe von Kompositionen endete 1972 mit »Untitled«. Das war auch ein Stück. das mit Phasenverschiebungs-Oszillation zu tun hatte, aber der Kern der Komponenten bestand aus Modulatoren. Es waren zwei Modulatoren, aber es waren so viele Komponenten, dass es unmöglich war, das Stück in einem einzigen Durchgang aufzuführen. Es waren so etwa sechzig Komponenten, mit den entsprechenden Möglichkeiten: Potentiometer, Schalter etc. So unterbrach ich diese Kette und machte Aufnahmen, mehrere Male. Dieses Material benutzte ich dann im Stück ohne zeitliche Festlegung, und dazu stellte ich dann eine Kette von Komponenten zusammen, mit denen ich in Realzeit Klänge produzierte. Das funktionierte also. – Das nächste Stück danach war, was ich in »Untitled« gewollt hatte, nämlich die ganze Sache ohne Tonbandmaterial aufzuführen. Und das war »Toneburst«, wo ich das alles live gemacht habe.

So ungefähr zu dieser Zeit habe ich Dich kennengelernt, es war das erschreckendste Stück, das ich je gesehen habe.

Feuer[6].

Das Stück ist einfach unglaublich.

Als ich »Untitled« machte, hatten John Cage und ich einige Konzerte. Er wollte eine Simultan-Aufführung von Stücken machen; er brauchte etwas, das zu seinen »Mesostics re Merce Cunningham« paßte. Sein Konzept dabei war, dass sie mit lauter Stimme gesprochen werden sollten, sie würden also sehr kurz sein. Das war ein Fall, wo ich mir ansah, was ich gerade da hatte, und ich habe angefangen, damit zu arbeiten. Aber ich hatte nicht die geringste Absicht, daraus eine wilde Hör-Situation zu machen, aber genau das ist passiert. Und dann dachte ich, gut, wenn er es so will, warum nicht. Beides paßte perfekt zusammen,

Um zu der Situation zurückzukommen, in der »Untitled« nicht als großer elektronischer Schmortopf realisiert werden konnte. Wie hast Du diese Frage entschieden? Denn später in »Toneburst« war es dann doch möglich.

Das ergab sich daraus, dass die ursprüngliche Kette zweimal vorhanden war.

Zwei getrennte Kanäle.

Ja. Ich meine, die zwei Oszillatoren, beide mit ihren Reglern, die zu handhaben und dann zu versuchen, den Ausgang zu kontrollieren – es war nicht zu kompliziert, es war einfach zu schwierig. Denn immerhin, Rückkopplung ist Rückkopplung. Und ich bin zwar gut darin, den Ausgang zu isolieren, aber schließlich besteht immer die Möglichkeit, dass er sich selbständig macht.

»Toneburst« war also nur ein Stück dieser Art.

Ja. Das Verfahren in »Toneburst« war so, dass derselbe Ausgang in verschiedener Weise verarbeitet wurde. Später kamen andere Stücke. Es gibt ein Stück, das

heißt »Pulsers«. Darin wird der Modulator verwendet, den Gordon Mumma[7] 1969/70 entworfen hat. Damals arbeitete ich im »Pavillon«[8]. Vielleicht ist es interessant, den Modulator zu beschreiben: ich hatte Gordon Mumma gebeten, ein Modifikationssystem zu entwerfen, das in der Lage sein sollte, von jeder an der Aufführung beteiligten Person benutzt zu werden. Er baute ein achtkanaliges Modifizierungs-System; als erstes habe ich natürlich nachgesehen, ob die Kanäle ohne irgendeinen Eingang benutzt werden können. Ich habe sie dann in verschiedener Weise hintereinander geschaltet und, siehe da, sie waren da und oszillierten. Nach der EXPO 1970 war dieses Equipment nicht mehr verfügbar. Alle Stücke, die ich dort gemacht habe – ich habe 10 verschiedene Stücke aufgeführt – waren also praktisch verloren. Und eines Tages kam Gordon Mumma – er arbeitete damals mit der Cunningham Company – mit dem Prototyp seines Modulators, und ich fragte ihn, ob ich ihn benutzen könne. Und schließlich gab er ihn mir. Dann habe ich mir das Innere mal angesehen, und ich sah so allerhand: da war ein Chip, der 1545, der hat je zwei Pole für Ein und Ausgang. Und ich habe sofort die ungenutzten Ausgänge genommen und noch einen weiteren hinzugefügt. Und dann fand ich heraus, dass mein wirkliches Ziel war, zu imitieren, was ich damals getan hatte; denn ich mochte das Material so sehr, ich wollte es nicht sterben lassen. Auf diese Weise, indem ich den Ausgang weiterverarbeitete, fand ich heraus, dass die Sache wieder mit Phasenverschiebungen zu tun hatte, mit denselben Eigenschaften.

Und später habe ich dasselbe mit einem Stück von mir gemacht, von dem es eine Aufnahme gibt, es heißt »Microphone«.[9] Das Ausgangsmaterial wurde mit diesem Modulator erzeugt, der den Ausgang von zwei Hallkammern modifizierte. Dazu kamen dann nur noch Mikrophone und – oh , dann war da noch dieser phantastische »Ling-Filter«, ein altes Röhrengerät. Es hat in drei Bereichen schaltbare Frequenzregler, man konnte damit ganz präzise eine Frequenz herausfiltern. Da, wo ich das Stück machte, im Mills College, hatten sie eine ganze Bank solcher Filter, die einfach herumlagen. Und ich entdeckte, dass ich, indem ich diese Filter in den Modulator miteinbezog, den Raum stimmen konnte.

Der Raum wurde aktiv.

Ja, und es war wundervoll. Der Apparat hat es praktisch allein gemacht, ich brauchte die Filterregler nur zu berühren, und mit einem Mal erschien der Klang einfach. Durch die Konstruktionsweise des Modulators bedingt, erhielt der Klang eine Art ovale Gestalt: der Klang begann, erweiterte sich im Frequenzspektrum und kam wieder zusammen. Es klang wie Laute von Urtieren. Aber das war auch ein Versuch, das Stück von damals, aus dem »Pepsi-Pavillon« wieder aufleben zu lassen. Die Architektur dort war eine Dreiviertel-Kugel, in der rundherum 37 Lautsprecher in einer Art rhombenförmigem Muster verteilt waren. In meinem Entwurf hatte ich zwei Richtmikrophone vorgesehen, und eines Tages stellte ich in einer Aufführung die beiden Mikrophone auf und richtete sie aufs Geratewohl in den Raum. -Es wirkte wie ein Zauber, man wußte nie, ob ein Klang entstehen würde. Es war schön.

Der Lautsprecher-Raum wurde also aktiv.

Oh, es war unglaublich. Man fühlte sich schließlich wie an einer öden Meeresküste: man hörte gelegentlich Vögel kommen und wieder wegfliegen; dann war es wieder eine Zeitlang still und dann mit einem Mal ...

In diesem Stück gibt es die Möglichkeit einer Einflußnahme durch das Publikum, gewollt oder ungewollt, es war verwundbar durch Geräusche, die im Raum waren, Verkehrsgeräusche oder ähnliches.

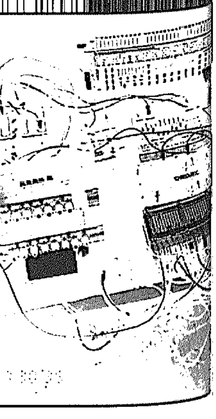


Foto: John Adams

Hast Du noch andere, ähnliche Stücke gemacht? Denn »Toneburst« war ja geschlossen, alles passierte im Grunde in den Leitungen. Höchstens Temperatur und nachlassende Batterien veränderten das Stück.

»Pulsers« ist so ein Stück. Zum Beispiel, wenn man versucht, dieses Stück aufzunehmen: wenn man die Aufnahme direkt vom Mixer abnimmt, erhält man ausschließlich hohe und tiefe Geräuschimpulse (»clicks and pops«), das ist alles. Und das Stück wird im Grund von der Resonanz der Lautsprecher im Raum bestimmt. Denn sonst haben die Impulse keine Dauer.

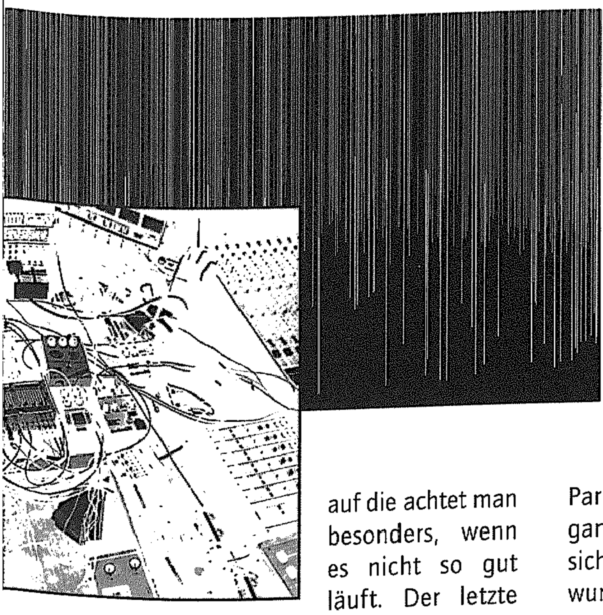
Ich komme immer wieder zurück auf »Toneburst«.

Es ist das Stück, mit dem Du am meisten vertraut bist.

Es hat sich mir am tiefsten eingeprägt. Manchmal scheint es, als ob Du mit »Tonburst« irgendwie kämpfst, wenn es sich nicht so benimmt, wie es soll. Wenn

Du mit so einer Maschine umgehst, die unberechenbar ist, gibt es da für Dich eine Vorstellung? Ist es vielleicht für Dich wie eine Art Tier? Ich denke da an die Rückkopplungen, mit denen Du, ich komme auf dieses Wort zurück, zu kämpfen scheinst. Siehst Du sie als 61 kleine Kästchen mit vielen Kabeln? Oder wird die Apparatur zu einer Art Persönlichkeit, besonders wenn Du mehrere Jahre hindurch an demselben Stück arbeitest?

Man entdeckt schließlich gewisse kritische Punkte in einem Schaltkreis, und



auf die achtet man besonders, wenn es nicht so gut läuft. Der letzte Ausweg ist immer, alles abzuschalten und nochmal von vorn anzufangen, und das ist ohne weiteres akzeptabel. Das ist sogar Teil der gesamten Vorgehensweise. Es gab sehr selten den Fall, dass ich das Gefühl einer inakzeptablen Situation hatte. Obwohl ich es nicht gut finde, wenn eine Rückkopplung sich selbständig macht. Aber es geht ja um eine unvorhersagbare Oszillation, das ist die Bedingung, die ich im Kopf habe. Wenn sich also ein sozusagen statischer Zustand herstellt, dann habe ich ganz schön zu kämpfen. Ich möchte einen gewissen Gleichgewichtszustand herstellen, in dem es aus sich selbst heraus Vielfalt erzeugt, aber nicht immer dasselbe macht, das ist die Vorstellung, die ich habe. Und die Dauer des Stücks hat genau mit diesem Problem eine Menge zu tun. Denn ich habe ein weiteres Element im Stück, das später hinzukommt, und wenn ich bis dahin dieses Gleichgewicht nicht erreicht habe, dann habe ich wirklich zu kämpfen [...].

Wenn Du an Konzerte zurückdenkst, die Du gemacht hast. Ist es die Auswahl der Apparatur, das Publikum? Was ist ausschlaggebend dafür, dass Du besonders gern an ein Konzert zurückdenkst?

Wenn die Musik gut ist. Das ist es, was ich mit mir nehme; wenn die Komponenten gut funktionieren, wenn sie mich überraschen, und wenn ich gut mit ihnen umgehe. Vor Jahren, als »Pulsers« noch in gutem Zustand war – ich erinnere mich da an zwei Aufführungen im »Kitchen« an zwei aufeinanderfolgenden Abenden – das ist ein Stück, das mit Rückkopplungs-Oszillation zu tun hat, da setzt man sich hin und wartet ab, was in dem Moment da ist. Hast Du etwas oder nicht. Also am ersten Abend, als ich begann, den Schwellenregler zu öffnen, fing das Stück ganz ruhig an, mit ruhigem Rhythmus. Das Stück hat eine Art natürlicher Struktur, die daher rührt, dass ich das Band einer Improvisation verwende, das Takehisa Kosugi [10] mit seiner elektronischen Violine für mich aufgenommen hat. Die Aufnahme hat er für mich gemacht, weil er seine Partie live nicht spielen konnte. Es begann also sehr ruhig, und dann setzte sich der schnelle Rhythmus durch. Das wurde aber von mir herbeigeführt. Am zweiten Abend öffnete ich den dritten Schwellenregler, und mit einem Mal war es wie in einem Rock'n Roll Saal.
Aber an so etwas erinnere ich mich; ich meine, wenn man eine Situation eingerichtet hat, mit der man auf musikalische Weise umgehen kann, und wo das Handhaben der Komponenten Teil Deiner Finger zu sein scheint, oder Teil Deines Denkens.

Dieser erste, heikle Augenblick ist ziemlich aufregend: wenn Du die Geräte anstellst und erst dann weißt, was da ist. Aber es hilft Dir auch nicht zu wissen, daß eine Stunde vorher noch alles funktioniert hat.

Eine lange Zeit. Aber in »Dialects« kann es passieren oder auch nicht -dies Stück hat eine Qualität, die untrennbar mit ihm verbunden ist. Bei »Toneburst« bin ich zu beschäftigt, um zu denken, aber bei »Dialects« ist es, als wenn ich ein Gedankenstück aufführe.

Du bist Dir sehr dessen bewußt, was Du tust.

Extrem. Das ist ein guter Ausdruck dafür, aber ich bin mir auch des Raums und der Aufführungssituation bewußt.

Hast Du Pläne für ein neues Stück?

Das nächste ist ein richtiger, sehr komplexer Vocoder. Ich arbeite gerade an ein paar Platinen, die ich gekauft habe, es sieht sehr vielversprechend aus.

Du bewegst Dich also in eine neue Richtung, Du verläßt das Gebiet der Rückkopplung.

Ich mache etwas anderes.

Richtig. Es gab eine Phase, in der Du viel mit Rückkopplung gearbeitet hast, und die neuen Stücke gehen eben in eine neue Richtung.

Ja, die Rückkopplungs-Stücke haben sich mit Dauer und Rhythmus beschäftigt, in diesem Bereich habe ich eine Menge von Möglichkeiten. Und »Rainforest« ist vollständige harmonische Kohärenz, damit kann ich auf vielerlei Arten umgehen Aber jetzt will ich mir wirklich die Tonhöhen Elemente vornehmen und etwas machen, das wirklich auf Tonhöhenbeziehungen beruht. Das wird der nächste Schritt sein.

Dann kommt Harmonik.

Das wäre einfach. Ich wünsche mir wirklich, einige der Projekte, die ich begonnen habe, beenden zu können. Wenn ich die schon weiterentwickelt hätte, wäre ich mit den jetztigen Arbeiten schon weiter. Übrigens, durch dieses Interview ist mir gerade eine Idee gekommen.

Dann war's ja nicht umsonst. Es ist faszinierend für mich: ich führe ein eher pragmatisches Leben; ich denke, da ist ein Problem, das gelöst werden muss, für mich sind die Probleme gewöhnlich gegeben. Während es Deine Aufgabe eher ist, übel Probleme nachzudenken. Das ist ein Mechanismus, der mir fremd ist.

Wenn einem erstmal klar wird, daß nicht alles sich so entwickelt, wie man es sich vorgestellt hat. Du hast in eine bestimmte Richtung zu arbeiten begonnen,

und dann wirst Du woanders hin geführt. Du baust einen Oszillator, und plötzlich merkst Du, daß er nicht das tut, was Du wolltest. Es kann aber auch sein, daß Du denkst: naja, ich kann ihn auch für was anderes gebrauchen.
Oder, es gibt die andere Situation, die noch eindeutiger ist: Du fängst ein Stück mit bestimmten gegebenen Komponenten an und mit einem Mal nimmst Du einen Auftrag an. Du hast einen festen Termin, die Komponenten sind nicht da. Und dann gehst Du ans Regal und siehst nach, was Du hast. Und dann entdeckst Du, daß es in Wirklichkeit noch andere Wege gibt, eine Idee zu realisieren, und das ist wundervoll. Mit einem Mal hast Du nicht soviel Arbeit.

So ist die Komposition einerseits an bestimmtes Equipment gebunden, andererseits aber nicht. Eine sehr elastische Situation. Wie kam es zu dem Namen »Composers Inside Electronics«?

Ich versuchte daran zu denken, was wir tun, und daran, was andere Leute nicht tun. Wir haben vor allem Equipment selbst gebaut, aber wir befassen uns auch damit, was in den Maschinen ist. Und wir fragen eben: tun die Maschinen das, was wir wollen oder das, was sie tun können. So nehmen wir die Komponenten nicht als gegeben hin, wie Universitäts-Komponisten es tun. Es ist erstaunlich, da gehen diese Kinder zur Schule, sie kriegen das ganze teure Equipment in die Finger, und sie erleben nicht die Erfahrung, von Null anzufangen.

Gibt es Analogien zwischen Deiner Musik und dem Kochen?

Oh, ganz bestimmt.

Ich habe bestimmte bildliche Vorstellungen, aber ich weiß nicht, in welchen Bildern Du denkst, wenn Du mit den Instrumenten arbeitest. Du bist genauso wild aufs Kochen wie aufs Musikmachen.

Ein Stück aufführen ist dem Kochen sehr ähnlich: alles zusammenbringen, was zusammengehört, die Temperatur erhöhen...

Akihabara[11] *nach Zutaten durchstreifen.*

Was mir sehr gefällt, ist, wenn mir ein Stück gelingt, das ich wirklich in der Zeit spielen kann. Das ist einer der Gründe dafür, daß ich die Digital-Elektronik noch nicht wirklich in Angriff genommen habe, denn ich weiß, daß es ziemlich schwer wäre, eine Aufführungs-Situation herbeizuführen, die in dieser Hinsicht ebenso sensibel wäre wie bei der analogen Elektronik. Am Anfang war ich etwas beunruhigt darüber, daß das Aufeinanderstapeln eines Haufens von Equipment auf einem Tisch und sich dann hinsetzen und an Knöpfen drehen in keiner Weise eine visuelle Sache ist. Aber tatsächlich haben viele Leute darauf hingewiesen, daß sie es sehr gut fanden, daß man sehen konnte, daß jemand das macht. Und als ich das sogar von meinen Musikern hörte, zum Beispiel von Linda Fisher, als sie »Pulsers« zum erstenmal hörte, sie konnte es einfach nicht fassen. Also die Tatsache, daß ich wirklich die Musik formte, wie das normalerweise ein Musiker tut, der ein Instrument spielt. Und die Tatsache, daß ich das mit einem elektronischen Instrument machen konnte, das sei wichtig, sagte sie mir.
Es gibt noch so vieles, was man machen könnte; es gibt offenbar kein Ende. Vielleicht werde ich eines Tages mal wieder was anderes tun.

Übersetzung aus dem Amerikanischen und Anmerkungen von
Peter Behrendsen

Dieses Interview ist im Juli 1986 in der Zeitschrift »Neue Musik Texte«, Heft 15 Erschienen. Dort ist der Text auch in voller Länge nachzulesen. Das Interview führte John David Fullemann, der mit David Tudor über 20 Jahre (1973-1996) zusammenarbeitete. Vielen Dank für die freundliche Genehmigung zum Abdruck an alle Beteiligten an dieser Stelle. Hingewiesen sei noch auf die Nummer 69/70 der »Neuen Musik Texte«, sie ist David Tudor gewidmet. Die David Tudor Homepage bietet weitere Informationen an unter:
http://www.emf.org/tudor

1 Billy Klüver: Ingenieur, Techniker, war einer der Hauptinitiatoren der »9 Evenings: Theatre and Engineering«, die 1966 in New York stattfanden .

2 Das InstrumentariumTudors besteht aus meist kleinen, selbstgebauten elektronischen Geräten! In der Regel werden diese Komponenten mit Batterien betrieben. Stromspannung und -stärke bei Batterien lassen jedoch nach (im Gegensatz zum Netzbetrieb), infolge dieser Tatsache und des komplexen Netzwerks, in dem die klangproduzierenden und klangverarbeitenden Komponenten arbeiteten, ergaben sich bei Aufführungen immer verschiedene Ergebnisse.

3 »Composers Inside Electronics«, eine unter Tudors Leitung stehende Gruppe amerikanischer Live-Elektronik-Komponisten, der u.a. angehören, bzw. angehörten: Nicolas Collins, John Driscoll, Phil Edelstein, Linda Fisher, Ralph Jones, Martin Kalve, Paul de Marinis, Bill Viola.

4 »Soundance« ist der Titel eines Balletts von Merce Cunningham, für das »Toneburst« komponiert wurde. David Tudor ist seit mehr als 20 Jahren, meistens zusammen mit John Cage, als Musiker und Komponist für die Merce Cunningham Dance Company tätig.

5 Bei den Stücken, von denen hier hauptsächlich die Rede ist, wird das »Klangmaterial« im Prinzip durch Rückkopplung der Ein- und Ausgänge von Verstärkerchips erzeugt. Es handelt sich also nicht um die üblicherweise in der Elektronischen Musik verwendeten Oszillatoren, Rauschgeneratoren o. ä. und auch nicht um auf Tonbändern gespeicherte Klänge.

6 Während einer Aufführung von »Toneburst« in Buffalo gerieten durch Uberhitzung der Spulen Lautsprecher in Brand.

7 Gordon Mumma war in den 60er Jahren einer der Hauptprotagonisten der experimentellen Live-Elektronik. Er baute und entwickelte eigene, meist klangmodifizierende elektronische Instrumente (»Cybersonic Systems«), war einige Zeit Mitglied des musikalischen und technischen Personals der Merce Cunningham Dance Company, später Mitglied der »Sonic Arts Union« (neben Robert Ashley, David Behrman und Alvin Lucier).

8 Tudor war einer der vier wesentlichen Künstler, die beim Entwurf des »Pepsi Pavillon« für die Weltausstellung 1970 in Osaka zusammenarbeiteten.

9 »Microphone« (aufgenommen 1973) ist in Mailand erschienen als »Cramps Records« No.16, Nr. 5206116. Weitere Plattenaufnahmen von Kompositionen Tudors: »Rainforest IV«, Grammavision GR EB 1 (Edition Rene Block) und »Untitled/Pulsers« (mit Takehisa Kosugi) bei »Lovely Music« VR 1601.

10 Takehisa Kosugi: Violonist, Komponist, Mitglied der Fluxus-Bewegung; seit einigen Jahren einer der Composer/Performer der Merce Cunningham Dance Company.

11 Akihabara ist ein Geschäftsviertel in Tokyo, in dem Elektronikläden konzentriert sind.

Notgroschen der Revolution

»Banken« der Bewegung 2. Juni

von Klaus Viehmann

»Hohe Werte im volkswirtschaftlichen Kreislauf müssen vor rechtsbrecherischem Zugriff gesichert werden, weil vielfach extreme und radikale Gruppen ihre unlautere Tätigkeit auf dem Wege von Einbruch und Überfall finanzieren.« (Sicherheitsplanung für Geldinstitute, 1996)

Der »volkswirtschaftliche Kreislauf« läßt viele wie im Hamsterrad rotieren, während wenige sich dumm und dämlich verdienen: Ein unsoziales System, das nicht zufällig auf den Unwillen der Armen und den Widerstand »extremer und radikaler Gruppen« stoßen kann.

Politik kostet Geld - militante Politik kostet mehr Geld. Nur der geworfene Stein ist kostenlos, auch der Molli hängt kaum vom Spritpreis und dem der Pfandflasche ab. Utensilien zum Fälschen von Papieren sind schon teurer, illegale Wohnungen und Autos erst recht. Deshalb standen schon die Anfang der siebziger Jahre entstandenen Stadtguerillagruppen wie eigentlich die gesamte Linke vor der Frage: Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld?

Wichtig bei der Beantwortung dieser Frage war, daß - im Gegensatz zur kapitalistischen Normalität - für Geld niemand dran glauben sollte. Die Methoden verzweifelter oder schlicht dummer und rücksichtsloser Diebe und Räuber, die einfachen Leuten die Dreizimmerwohnung durchwühlen oder einen Kioskbesitzer für ein paar Mark halb totschlagen, kamen auf keinen Fall in Frage. Denn da werden keine Kronjuwelen gejagt, da geht es um Glasperlen. Da wird nicht das System in Frage gestellt, da soll sich lediglich in seinem Rahmen persönlich bereichert werden, eine armselige Spiegelung der herrschenden Habgier.

Der alte Werbeslogan »Geldprobleme? Fragen sie ihre Bank!« legte nahe, sich irgendwie an ein Geldinstitut zu wenden ... Geldtransporter zu überfallen hätte ein hohes Risiko von Schießereien mit sich gebracht, auch Überfälle auf einzelne Geldboten konnten schnell in einen heftigen körperlichen Kampf ums liebe Geld ausarten. »Gewaltfreie« Beschaffungsmethoden wie z.B. Scheckfälschung kamen nicht in Frage, weil sie zuwenig Bargeld einbrachten. Banküberfälle blieben somit das Mittel der Wahl gegen die chronische Unterfinanzierung linker Aktivitäten und sie waren vor 20, 25 Jahren sicher die häufigste bewaffnete Aktion.

Es gab übrigens keine politische Aktionsreihenfolge, daß der Überfall auf eine Bank die Steigerung der eingeworfenen Bankscheibe gewesen wäre. Banküberfälle wurden einfach wegen dem Geld gemacht - selbst wenn die unvermeidlich mitklingenden politischen Botschaften gerne mitgenommen wurden: Umverteilung von oben nach unten, subversiv ohne Lohnarbeit und Ausbeutung zu Geld kommen und die einträglichen Möglichkeiten von Militanz zu demonstrieren.

★★★

Die öffentliche Verurteilung der ›Terroristen‹ stand oft im Widerspruch zur versteckten Bewunderung ihres Mutes und ihrer behaupteten Perfektion. Und so gesichtslos wie sie alle auftreten mußten, so total konnten sie medial verzerrt werden, so sehr eigneten sie sich als Projektionsflächen. In der Hinsicht unterschieden sich ›Terroristen‹ nicht von den normalen Bankräubern. Politische Banküberfälle fanden aber eine viel größere Öffentlichkeit, selbst wenn sich der Ablauf nicht von dem üblicher Banküberfälle unterschied. Die Unterschiede lagen woanders: Politische BankräuberInnen eigneten sich das ›abgehobene‹ Geld nie privat an und es landete nie in Konsumtempeln oder bei Luxusreisen. Die anonymen AkteurInnen in den Banken waren keine überschuldeten Arbeitslose oder verzweifelte FamilienernährerInnen, sie waren überzeugte



Linke, die auch sonst ihr Auskommen gehabt hätten. Der Unterschied zu anderen Linken in der BRD war, daß die sich nicht mit Bankraub befaßten - was für den kläglichen Kassenstand ihrer Projekte sicher mitverantwortlich war.

In Stadtguerillagruppen agierten tatkräftige HandwerkerInnen, ideologiefeste StudentInnen, nervösere und stoischere Charaktere, last not least Männer und Frauen. Die wenigen Bankräuberinnen in der BRD-Geschichte waren sicher zu 90 Prozent Frauen aus der Stadtguerilla. (->)

Jede Aktionsform erfordert offensichtlich ihren speziellen Mut und eine spezielle Art der Gelassenheit, denn nicht alle GenossInnen waren fähig eine Bank zu machen: »Eine Bank zu machen« oder noch schlichter: »Banken« - was man mit denen machen wollte, war eh klar -, war die damalige Ausdrucksweise, nie wurde davon gesprochen, eine Bank zu überfallen oder zu berauben. Manche, die bei anderen Anlässen ihren Mut bewiesen hatten, bekamen hier zittrige Knie und fahrige Hände. Umgekehrt gab es sehr souveräne Bankräuber, die ein vergleichsweise harmloser nächtlicher Autoklau völlig nervös machte, weil sie nachtblind waren und hinter jeder Ecke einen Bullen vermuteten. Und jemand, der bei einer Enteignungsaktion schreckhaft ein im Durchzug zufällig zuklappendes Fenster ins Visier nimmt, sollte seine militante Karriere lieber aufgeben und wieder unbewaffneten Projekten nachgehen - eine Entscheidung, die alle nicht kugelfesten GenossInnen nachhaltig unterstützen werden ...

(Von ganz anderen, auffällig mackerhaften und selbstdarstellerischen Figuren, die ohnehin ein Risiko für alle bewaffneten Aktionen sind, sei hier nicht die Rede.)

Wenn nach einer ›Bank‹ »professionell geplant« in den Zeitungen stand und der unvermeidliche Pressesprecher der Polizei abends in der Tagesschau die »bisher ergebnislose Fahndung« verkünden mußte, war da viel Wahres dran. Banküberfälle wurden anfangs wirklich sehr gründlich vorbereitet - denn die erste ›Bank‹ ist immer die schwerste. Das »professionelle« war dann Resultat einiger Erfahrungen und späterer Abgebrühtheit.

Zu Beginn der Stadtguerillaerfahrung brauchte man noch Wochen, um eine geeignete Bank zu finden, die benötigten Informationen über das Innere, die Kassenboxen und die Türen zu gewinnen sowie die Autos zur Flucht zu klauen. Noch länger hatte es zuvor schon gedauert, sich Waffen zu besorgen. Nach der zweiten oder dritten ›Bank‹ reichte eine knappe Woche Vorbereitung, in der ein, zwei Leute eine geeignete Filiale aussuchten, nachsahen, wann die Müllabfuhr auf der Fluchtstrecke arbeitete (auf der Flucht in einer schmalen Straße hinter einem Müllauto im Stau zu stecken, erlebt niemand gerne öfter als ein Mal) und zwei Autos klauten oder mit falschen Papieren mieteten. Ein, zwei weitere GenossInnen kamen am Tag vor der Aktion dazu, wurden eingewiesen und am nächsten Morgen fuhr man/frau vor, kassierte und zischte ab.

Die Regel, daß bei ›Banken‹ immer zwei ›Erfahrene‹ und höchstens zwei ›Neue‹ mitmachten, gab ein Gefühl von Sicherheit, was über das in Kollektiven tatsächlich übliche Sich-aufeinander-verlassen-können noch hinaus ging. Die Rollenverteilung bei einer ›Bank‹ erfolgte auch so, daß die Neuen wenig Unsinn anrichten konnten, feste Aufgaben hatten, die sie nur durchziehen mußten. Eine typische Neulingsrolle war Fahren, also vor der Bank im Auto warten und den Bullenfunk abhören, auf die Hupe zu drücken, wenn nach zwei, drei Minuten die Durchsage kam: »Ausgelöster Alarm Bankfiliale XY-Straße - alle verfügbaren Kräfte anfahren«. Dann wußten die in der Bank, daß man sich allmählich trollen mußte. Neulinge konnten auch die Position in der Bank direkt hinter der Tür einnehmen um zu verhindern, daß Kunden rausliefen und draußen »Überfall, Überfall!!!« kreischten, das hört sich nämlich schrecklich an und erzeugt vor der Tür kleine Menschentrauben, durch die man/frau sich später mit Maskierung, klobiger Kleidung, Geldtüte und gezückter Schrotflinte drängeln muß. Außerdem hatte der/die an der Tür die Rolle, ahnungslos eintretenden BankkundInnen nachdrücklich hereinzubitten, damit nicht durch eine lange offenstehende Tür - das klassische Bild: Kunde mit offenem Mund in ebenso offener Tür - Passanten Einblicke in ein Geschehen erhalten, daß sie nur aus dem Fernsehen kennen (sollten). Die beiden Erfahrenen hatten mit dem Verscheuchen der Kassierer aus den Kassenboxen und dem Geldeinsammeln genug zu tun. Es einfach zu nehmen und in eine Tüte zu stopfen, war selten möglich. Man sollte meinen, in einer deutschen Bank, bei deutschem Kassenpersonal würde Ordnung herrschen. Weit gefehlt, nur manche Geldbündel lagen ordnungsgemäß in der Geldschublade und auf dem Zählbrett. Mehr wurde in diversesten Schubladen, in der Butterbrotsdose oder gar ganz unten im Papierkorb aufbewahrt - kein Wunder, daß man/frau dazu überging, die ganze Kassenbox zu filzen und allen wertlosen Kram auf den Boden zu kippen. In der Hektik konnte es geschehen, auf einen nun von einem Papierstapel bedeckten Alarmknopf zu treten, was neben einem durchdringenden Klingeln (damals gab es noch laute Alarmanlagen) ein mehrstimmiges »Das war ich nicht!« der Bankangestellten erzeugte.



Trotz gewissenhaftester Suche war die Geldsumme, die später am Küchentisch gezählt wurde, gelegentlich geringer als die am nächsten Tag in der Zeitung genannte. Der eine oder andere Kassierer wird sich auf den Schreck ein übersehenes Bündelchen gegönnt haben.

Hartgeld wurde bis auf die obligatorische Münzrolle fürs Flippern oder den Zigarettenautomaten immer liegengelassen, Gewicht und Wert standen auch bei trainierten jungen Menschen in keinem Verhältnis. Kleine Goldbarren - große gab es leider nie -, Goldmünzen oder Blankoschecks wurden hingegen gerne genommen. Es gab auch mal Pseudogeldbündel, die rundherum eine hübsche Banderole, aber nur oben und unten einen echten Geldschein hatten, und sonst aus weißem Papier bestanden. Wer es dem Kassierer überließ, die Tüte

zu füllen, bekam nur solche Schwindelpackungen und das im halben Dutzend, selber einpacken war einfach besser. Neue Geldscheine mit durchlaufenden Nummern wurden nicht wie in schlechten Krimis verbrannt, sondern in einem Beutel angefeuchtet, gründlich geknüllt, getrocknet, gebürstet, gefaltet und beim kleinen Einkauf im Kaufhaus gewechselt. Wenn ein Schein tatsächlich ein paar Tage später bei der Landeszentralbank auffiel, war seine Herkunft kaum nachvollziehbar und Fingerabdrücke auf dem Schein - zumindest seinerzeit - nicht mehr feststellbar.

Und wenn tatsächlich mal registrierte Scheine bei einer Verhaftung oder in einer fluchtartig aufgegebenen Wohnung gefunden wurden, dann belasteten sie nur GenossInnen, die eh schon 15 Jahre Knast wegen ganz anderer Aktionen zu erwarten hatten. In puncto Bankraub konnten sie nicht mehr bekommen und ganz ungeniert auftreten.

Kunden und andere

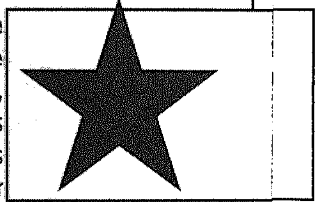
Für den relativ sicheren Ablauf einer ›Bank‹ sorgte schon die zahlenmäßige Überlegenheit im Kassenraum, drei Leute in einer mittelgroßen Bankfiliale haben kaum ungedeckten Raum im Rücken und Kunden kommen nur bei einzelnen Bankräubern in Versuchung, den Helden zu spielen. Demonstrativ gezeigte Bewaffnung und ein freundlichbestimmtes Auftreten taten ihr Übriges. Die Bankangestellten machten sowieso keine Probleme, denn sie hatten spätestens seit dem Münchener Desaster von 1971 (->) die Anweisung, das Geld zügig herauszurücken und eine Geiselnahme zu vermeiden. Viele waren schon in den siebziger Jahren psychologisch geschult und machten selten einen ängstlichen Eindruck. Manche starrten einen weisungsgemäß an, um später eine »gute Personenbeschreibung« abgeben zu können, andere drückten erst dann auf den Alarmknopf, als man schon dabei war, die Bank zu verlassen (so können die

Die »Negerkußbanken«

Kaum eine Enteignungsaktion wurde so populär wie die beiden ›Banken‹, bei denen ›Negerküsse‹ verteilt wurden. (Antirassistische Sprachkritik hatte damals noch keine ›Schokoküsse‹ hervorgebracht.)
Am 30. Juli 1975 zur üblichen Zeit - halb zehn - wird eine Sparkassenfiliale in Berlin-Neukölln von fünf Leuten der Bewegung 2. Juni ›gemacht‹. Während des Ausräumens der Kassen bietet eine Genossin den KundInnen und Angestellten an, sich aus einem Karton mitgebrachter ›Negerküsse‹ zu bedienen. Aus Angst oder Verdutztheit greift aber niemand zu, der Karton bleibt auf dem Tresen zurück, das Geld (gut 100.000 DM) wird mitgenommen. Die Berliner Polizei löst eine Großfahndung aus und durchsucht nach einem Hinweis auch einen ganzen Wohnblock mit mehreren hundert schwerbewaffneten Bullen, die aber morgens um vier ergebnislos abziehen.
Sechs Stunden später werden sie wieder in den Dienst gerufen, denn erneut haben zwei Männer und drei Frauen der Bewegung 2. Juni eine Bank nach dem Muster des Vortages ›gemacht‹. Die zweite Kiste ›Negerküsse‹ landete im Polizeilabor und wurde - selbstverständlich vergeblich - auf Betäubungsmittel hin untersucht.
Das in den Banken verteilte Flugblatt fand weniger Eingang in die linke Erinnerung, es war knapp und spielte auf ein Konjunkturprogramm der regierenden SPD-FDP-Koalition an:

»Konjunkturprogramm der Bewegung 2. Juni

Wo alle sagen, daß der Rubel wieder rollen muß, damit die Schornsteine wieder rauchen, will auch unsere Bewegung im Rahmen ihrer bescheidenen Möglichkeiten - schließlich sitzen wir alle im gleichen Latrinendampfer - einen Beitrag leisten.
Hoffentlich geht's gut, also: HER MIT DER KOHLE!!!
Revolutionäre Negerküsse von der Stadtguerilla der Bewegung 2. Juni!«
In den Wochen danach gab es zwei Happenings, bei denen von angeregten Linken in Banken ›Negerküsse‹ - ohne jede Raubabsicht - verteilt wurden. In München führte das zu einem Polizeieinsatz und nachfolgendem vierstelligem Strafbefehl, in Essen blieb es bei einer Personalienfeststellung. In einer Berliner Szenekneipe gab es noch Jahre später jeweils am 2. Juni ›Negerküsse‹ gratis.
Für viele sind die Negerkußbanken d a s Symbol einer »Spaßguerilla«. Hinter so einer Verklärung steht Unwissenheit, die wohl unvermeidlich war. Wer kann auch wissen, daß die ›Negerküsse‹ eher zufällig ausgesucht wurden - genau so gut hätten es ›Saure Drops-Banken‹ werden können - und sie nur die taktische Funktion haben sollten, die KundInnen zu beruhigen. Daß das Flugblatt weniger Öffentlichkeit fand als der Süßkram, hat die AktivistInnen sicher am meisten überrascht. Gegen die »Spaßguerilla«-These spricht auch, daß ebenso bei diesen Banken Waffen nicht zum Spaß mitgenommen wurden und zumindest bei der zweiten Bank die Bullen nur sehr knapp zu spät kamen, zudem machte sich eine Autofahrerin zur Verfolgung auf und konnte nur ganz unspaßig mit vorgehaltener Waffe davon abgebracht werden. Und last not least saßen fast alle Beteiligten Ende 1975 bereits im Knast.



Gar nicht lustig ist es auch, wenn nach über 20 Jahren Akten auftauchen, laut denen das Ministerium für Staatssicherheit der DDR ›aus erster Hand‹ schon kurze Zeit später ziemlich detailliert berichtet bekam, wer angeblich bei diesen ›Banken‹ teilnahm, wer das Geld einsackte, wer über den Verbleib des Geldes Bescheid wußte, wer es aufbewahrte. Was das MfS mit diesen Informationen machte, kann nur vermutet werden, auf alle Fälle hätte es - ganz abgesehen vom Wahrheitsgehalt der Unterlagen - Folgen haben können, wenn diese Akten vor Ablauf der Verjährungsfristen im Westen bekannt geworden wären.
Guerilla wurde nie als Spaß betrieben - das gilt auch für die »Negerkußbanken«.

(Der Autor wurde 1978 u.a. wegen Banküberfällen der Bewegung 2. Juni angeklagt.)

Bullen natürlich nie »rechtzeitig« kommen - und eine Schießerei auslösen). Die wenigsten waren so unklug, die Verfolgung aufzunehmen.

Es gab Bankangestellte, die sich auf den Schreck pfiffigerweise krank schreiben ließen, es gab aber auch mehr als glaubhafte Schocks. Ein alter Mann, der beim Anblick einer nicht einmal auf ihn gerichteten Waffe panisch »Nicht schießen!« ausstieß, sah offensichtlich ganz andere Situationen vor seinem inneren Auge. Ein Junge, der - unaufgefordert - die Hände hob und verschreckt so erstarrte, hatte in diesem Moment sicher ein Erlebnis, von dem er noch träumen würde. Solche Bilder brennen sich im Gedächtnis der linken AkteurInnen ein und führen zu Überlegungen, wie sich die Situation während einer ›Bank‹ entspannen lassen könnte.

Die Zeugenaussagen von Kunden und Angestellten tendierten oft ins Skurrile. Manche beschrieben eine Kalaschnikow hartnäckig als »Spazierstock« (»Der männliche Täter hatte auch einen«), oder eine abgesägte Schrotflinte als »Knüppel« - zum Glück versuchten sie in ihrem Irrtum nicht, danach zu greifen. So ärgerlich es ist, von verwirrten oder beeinflußten Zeugen fälschlich ›wiedererkannt‹ zu werden, so grotesk ist es, wenn eine zugegebenermaßen nicht sehr groß gewachsene, aber durchaus längst volljährige Genossin von gleich zwei Bankkundinnen als »Kind« erkannt wurde. In ersten Fahndungsmeldungen war wirklich von einem »Pärchen mit Kind« die Rede. Die Zeuginnen waren immerhin irritiert, daß auch das »Kind« eine Waffe in der Hand hatte.



Ungewöhnliches Berufsglück hatte ein Radioreporter, der bei einer ›Bank‹ unter den Kunden war und sich anschickte, seinen Notizblock vollzukritzeln. Noch bevor die Bullen in der ausgeräumten Bank eintrafen, war er auf dem Weg ins Funkhaus. Der Moderator des Radiomagazins zerfloß fast vor Neid und Mitgefühl, als unser rasender Reporter beschrieb, wie er »einer Terroristin« Auge in Auge gegenüberstand. Die Genossin hatte ihn aufgrund seines sonderbaren Verhaltens wirklich besonders im Auge, sie hatte ihn aber keineswegs für einen Journalisten, sondern für einen möglicherweise gleich abdrehenden Patienten der nicht weit entfernten psychiatrischen Einrichtung gehalten, vor dem das zweite Fluchtauto wartete.

Es wurden immer scharfe Waffen mitgenommen zur ›Bank‹. Zum einen trugen ›Illegale‹ sie eh ständig bei sich, zum anderen waren sie die ›Sicherheitsreserve‹, falls die Bullen doch mal zu früh kommen sollten. Das war glücklicherweise bei den Aktionen der Bewegung 2. Juni nie der Fall. Nur einmal betrat ein uniformierter Polizist zufällig eine Bank, wurde aber von dem an der Tür postierten abgefangen und mit dem Gesicht zur Wand gebeten, leider übersah er dabei die nicht offen, sondern im Schulterhafter getragene Dienstwaffe. Zum Glück schoß der Bulle nicht hinter dem abfahrenden Auto her; angeblich, weil er keine Unbeteiligten gefährden wollte, tatsächlich wirkte es so, als hätte er vergessen durchzuladen oder zu entsichern.

Dem vernünftigen Glück, sich nicht in oder vor einer Bank zu begegnen, wurde seitens der RäuberInnen durch zügige Eile nachgeholfen, seitens der Bullen auch mal durch Trödelei und gespielte Ver(w)irrtheit. Versessen darauf, einen armen mit einer Schreckschußpistole »bewaffneten« Arbeitslosen zu fangen, rasten sie los, sobald die erste Meldung eines laufenden Überfalls über ihren Funk kam. Eifrig bestätigten »Südwest«, »Zeppelin« und wie sie alle hießen, der Einsatzzentrale, auf dem Weg zur Bankfiliale zu sein. Aber nach dem »stummen« Alarm kam ein Anruf eines Bankangestellten aus dem Filialhinterzimmer mit einer ersten Beschreibung des Geschehens, der ihren Eifer deutlich bremste. »Zentrale an alle! Banküberfall XY-Straße: Unbedingt auf Eigensicherung achten! Bei den Tätern handelt es sich um zwei Frauen und einen Mann [den vor der Tür im Auto hatte der Anrufer nicht gesehen], sind bewaffnet mit Maschinenpistolen!« Bei so einer TäterInnen- und Waffenbeschreibung war es seinerzeit auch begriffsstutzigen Streifenbullen klar, daß sie es mit gleichwertig bewaffneten ›Terroristen‹ zu tun hatten. Entsprechend bog eine heranrasende Streife vor der Filiale ab, um 500 Meter querab per Funk um »erneute Einweisung« zu bitten. Die Einsatzzentrale war fassungslos, daß eine große Straße und eine gut als Bank beschilderte Filiale nicht sofort gefunden werden konnten.

Das Geld

Auch wenn die AktivistInnen sparsam waren, kostete Stadtguerilla viel Geld. Mitte der siebzigerer Jahre brauchte eine Gruppe von knapp zehn Illegalen

um die 20.000 DM pro Monat nur für die laufenden Kosten. Vor Aktionen oder für Ersatzmaterialien und -wohnungen nach Fanhndungsverlusten war schon mehr fällig. Arme Linke können sich das kaum leisten. Viel Geld landete bei Maklern, Reisebüros, Wohnungs- und Autovermietern. Wer dringend eine ruhige Wohnung sucht, nimmt sie zu fast jedem Preis, zahlt für eine wurmstichige Vitrine zähneknirschend Abstand und kann die Mietkaution bei einer unsicher gewordenen Bude schlecht zurückfordern. Flugreisen oder Bahnfahrten gab es auch nicht umsonst und die Mietwagen, die so zuverlässig und unauffällig waren, kosteten einiges. Geld verschlangen auch Druckmaschinen, Kopierer und Werkzeuge - Waffen und Munition waren zwar an sich teuer, schlugen aber in der Gesamtrelation kaum zu Buche.

Ein Teil des Geldes ging in den siebziger Jahren an linke Projekte. (Jugend-)Zentren, Knastgruppen, Zeitungen, Buchveröffentlichungen, Stadtteilaktivitäten und auch die Chile-Solidarität wurden von Banken und Sparkassen unfreiwillig bezuschußt. Manche wußten nicht, wer ihre Spendendosen mit Hunderten vollstopfte - sie sollten es auch nicht wissen, zu ihrem eigenen und der SpenderInnen Schutz. Manche ahnten es und manche haben es gewußt; auch wenn sie später lieber behaupten, sie wären schon immer gegen illegale Methoden gewesen. Das Geld haben sie aber gut gebrauchen können.

Was bleibt?

Banküberfälle haben als linker Gelderwerb ausgedient und sind von Lohnarbeit, Erbschaften, Stiftungs- und Staatsknete abgelöst worden. Das ist legal und ungefährlicher für alle Beteiligten, aber auch viel gesellschaftskonformer und weniger widerständig. Gemessen an der damaligen linksradikalen Praxis, Bankenteignungen zu nutzen, wirkt es erstaunlich, wie sehr sie heute aus der linken Mode gekommen sind. Geld aus Enteignungen zu nehmen prägt linke Politik und Projekte vermutlich ebenso, wie das Hinterherlaufen hinter reichen Erben oder Stiftungshanseln und das Ausfüllen von Antragsformularen. Anders formuliert: Eine Linke, die geklautes Geld nutzt, hat sicher eine andere Haltung als eine, die sich unbedingt legal finanziert. Die Abhängigkeiten sind andere, auch die Einstellung zu staatlichen Stellen, zu reichen Leuten, zu etablierten Organisationen.

Banküberfälle konnten und können nie den gesellschaftlichen Reichtum völlig umverteilen und auch nicht das Einkommen der »pauperisierten Massen« sichern, aber sie durchbrachen zumindest den Zwang zur Arbeit und die kapitalistischen Regeln des Gelderwerbs - von denen bekannt ist, daß sie nicht weniger räuberisch sind als ein Banküberfall.

So einige sind wegen »Banken«, juristisch: »räuberische Erpressung«, lange Zeit in den Knast gekommen, über den Daumen gepeilt waren es allein bei AktivistInnen der Bewegung 2. Juni mehr als hundert Knastjahre nur dafür.

Die Frage, ob sich die ›Banken‹ gelohnt haben, ist die Frage, ob sich linke Politik lohnt. Bei der zählt aber nicht der Gewinn, sondern zu gewinnen. Ohne die ›Banken‹ wären Stadtguerillagruppen und andere mit dem Geld agierende Projekte wenig effektiv gewesen. Aber ihr politischer Erfolg hing viel stärker von der historischen Situation und der politischen Kräfteverhältnissen ab. Genügend Notgroschen zu haben war da nur ein einzelner Aspekt. Und eine Sorge weniger.

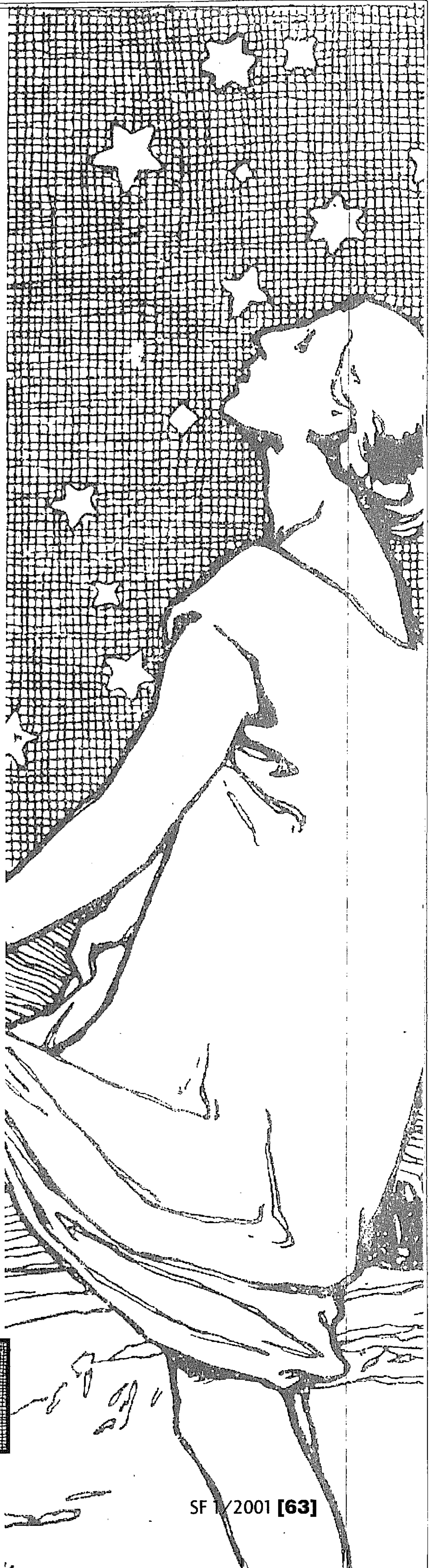
Literatur & Quellen:

Der Blues - Gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni. Berlin 1982.

Reinders, Ralf/Fritzsch, Ronald: Die Bewegung 2. Juni. Berlin-Amsterdam 1995.

Sicherheitsplanung für Geldinstitute. Ohne Ortsangabe 1996.

Dieser Text ist entnommen aus dem neuerschienenen Buch von Klaus Schönberger (Hg.): Va Banque! Bankraub.Theorie.Praxis.Geschichte.Verlag Libertäre Assoziation/Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Strasse. 330 Seiten. 140 Abb. 34 DM. Weitere Informationen, Rezensionen und Tournee-Termine: http://www.niatu.net/bankraub



Es geht um Leonard Peltiers Freiheit

Von Wolfgang Haug

Am 6. Februar werden es 24 Jahre, dass der American Indian Movement Aktivist Leonard Peltier in Canada verhaftet, mit gefälschten Anschuldigungen an die USA ausgeliefert und anschließend dort zu zweimal lebenslänglich verurteilt wurde. Peltier soll im Sommer 1975 auf dem Pine Ridge Reservat in Süd Dakota zwei FBI-Agenten erschossen haben. Die einzige Zeugin dieser angeblichen Tat hat offensichtlich nur unter erheblichem Druck ausgesagt und später widerrufen. So entstand die widersinnige Situation, dass die Verteidigung das grössere Interesse hatte, sie vor Gericht erscheinen zu lassen, während die Staatsanwaltschaft lieber auf sie verzichtete, so dass sie ihre Aussage nicht vor Gericht wiederholen konnte. Immerhin hatte ihre falsche Aussage den Zweck erfüllt, Peltier von Canada ausgeliefert zu bekommen, dass sie vor Gericht Bestand haben würde, daran zweifelte anscheinend sogar die Staatsanwaltschaft und das FBI, denn sie wussten nur zu gut, dass diese angebliche Freundin Peltiers diesen in Wirklichkeit noch nie gesehen hatte.

Auch das Hauptindiz, Leonard Peltiers Gewehr, ließ sich nicht als die Tatwaffe identifizieren, ja es ließ sich weder beweisen, dass es sich bei dem bewussten Gewehr um Leonards Waffe handelt noch dass die tödlichen Kugeln aus dieser Waffe abgefeuert wurden. Trotzdem brauchte das FBI und die weisse amerikanische Öffentlichkeit einen Aktivisten der Indianerbewegung, der für die beiden Toten zu bezahlen hatte.

Peltiers juristische Mittel sind erschöpft, er kann nur noch wegen guter Führung den Knast verlassen, doch auch der zuständige Gutachterausschuss gehört nicht zu seinen Freunden, zu sehr hat Peltier seine Integrität als indianischer Widerstandskämpfer, der zu Unrecht weggesperrt wurde, bewahrt. So sehr, dass der Gutachterausschuss ihm sogar sein Recht verweigern will, jedes Jahr neu »begutachtet« zu werden.

Was übrig bleibt ist der scheidende Präsident Bill Clinton. Er könnte und müsste als Abtrittsgeste Peltier begnadigen. Die Begnadigung ist in diesem Fall der einzige Weg, der verhindern kann, dass Peltier im Knast vegetiert und schließlich stirbt. Eine Begnadigung, die impliziert, dass ein Schuldiger grosszügigerweise entlassen wird, ist dies nicht. Peltier ist unschuldig und der »Gnadenakt« wäre nichts weiter als ein erster Akt der Einsicht in einen politisch und rassistisch motivierten Justizskandal

Mein Leben ist mein Sonnentanz

oder aber:
»Du bist aus der Zeitrechnung
ausgestiegen.
Oder besser gesagt, die Zeit hat dich
abgeworfen.
Die Zeit ist wie ein Monster,
sie verzehrt das Fleisch deiner Jahre.
Tag für Tag, Biß für Biß.«

Rechtzeitig zur neuen Aktualität dieses traurigen und wütend machenden Falles erschienen zwei Bücher von und über Leonard Peltier auf dem deutschen Buchmarkt. Beim Verlag 2001 erschienen die Gefängnisaufzeichnungen des US-Häftlings Nr.89637-132 mit einem Geleitwort von Häuptling Arvol Looking Horse, der um die Entlassung Peltiers bittet und einem Vorwort von Ramsey Clark, einem ehemaligen US-Justizminister. Ramsey Clark stellt ausdrücklich die Unschuld Peltiers fest, geht aber einen entscheidenden Schritt weiter, indem er erklärt, dass 1975 mehr als sechzig (vielleicht bis zu 300) Indianer im Pine Ridge Reservat ungeklärt zu Tode kamen und dass dies auf Aktionen der US-Regierung und des FBI zurückging, die eine paramilitärische Gruppe namens GOON (Guardians of the Oglala Nation) ausbildeten, bewaffneten und gegen das AIM hetzten. Da allein im März 1975 sieben Tote zu beklagen waren, rief der Ältestenrat der Lakota (Sioux) auswärtige AIM-Mitglieder zu Hilfe. Leonard war einer von insgesamt 17, darunter 6 Männer, die nach Pine Ridge kamen. Vor diesem Hintergrund betrachtet er den Tod der beiden FBI-Agenten als Notwehrfall. Und er macht klar, dass genau dieser ganze Zusammenhang, dass während des Vietnamkrieges Dissidentengruppen in den USA paranoid verfolgt wurden, im Gerichtsverfahren keinerlei Rolle spielte. Niemand wollte über die Hintergründe reden, niemand wollte wissen, warum Peltier überhaupt in Pine Ridge war.

Peltier gibt eine allgemeine und eine genaue Antwort.

Die allgemeine: »Ich bin ein Indianer, der den Mut besaß, sich zu erheben und sein Volk zu verteidigen. Ich bin ein unschuldiger Mann, der nie jemanden getötet hat oder dies geplant hätte. Und ich bin ein Sonnentänzer. Auch das ist meine Identität. Wenn ich dazu be-

stimmt bin, als Symbol meines Volkes zu leiden, dann leide ich stolz. Nie werde ich nachgeben.« (S,43) Peltier empfindet auch den Tod der FBI-Agenten als Verlust und versteht das Leiden der Familienmitglieder; etwas überraschend für manchen Leser wird der Gegenseite nichts vorgeworfen, er versichert sogar, dass er alles getan hätte, um diese Schüsse zu verhindern, wäre er am Ort des Geschehens gewesen; auch der falschaussagenden Indianerin trägt er nichts nach, er versteht ihre Angstsituation zu gut; überhaupt gewinnt man durch die Lektüre dieses Buches Einblick in indianisches Denken: »Wir suchen keine Rache, ... ich lasse alle Verurteilungen beiseite, denn ich weiß nur zu gut, was es heißt, der Verurteilte zu sein.... wir suchen ... gegenseitigen Respekt zwischen unseren Völkern.« (S.251) und »Gib nie den Kampf für Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit aller Menschen auf. Beharre auf dem, was du tust, und laß dein Gewissen durch niemanden ins Wanken bringen.« (S.250)

Zur genauen Antwort: »Ich bin mir ganz sicher, daß der wahre Grund für Wounded Knee II wie auch für die Schießerei bei Oglala und einen Großteil des Durcheinanders im indianischen Land seit Beginn der 70er Jahre auf die Absicht der Bergbaugesellschaften zurückzuführen ist, das AIM und alle traditionellen Indianer ruhigzustellen, deren Ziel es war und ist, Land, Wasser und Luft vor dem Raubbau und den Plünderungen zu schützen. Mutter Erde zu Hilfe zu eilen heißt in dieser traurigen und tragischen Zeit, in der wir leben, als Krimineller abgestempelt zu werden.« (S.154) Die widerständigen Indianer wurden während des Vietnamkrieges als »Feind im eigenen Land« abgestempelt, eine öffentliche Meinung, die den Wünschen der multinationalen Konzernen beim Uran- und Kohleabbau in den Black Hills der Dakota sehr gelegen kam und der man durch gezielte Pressearbeit nachhelfen konnte. Nachhelfen konnte man auch dem Ausverkauf von Reservatsland, indem man einfach einige Bureau of Indian Affairs-Verwaltungsbeamte schmierte und gegen den aufkommenden Protest der traditionellen Indianer, mit den GOONs eine Schrecken verbreitende Gruppe aufbaute und bezahlte, die wild um sich schoss, brandschatzte, verprügelte und mordete. »Genau das war der Grund, warum die Ältesten der Lakota uns herbeigerufen hatten, um sie gegen die Angriffe der GOONs zu schützen..« (S.164)

Der 26. Juni 1975

Was geschah am 26. Juni aus Peltiers Sicht? Peltier hört zunächst Schüsse, dann Schreie, er stürmt aus dem Zelt, das Gewehr in der Hand, den Munitionsbeutel verliert er, von überall her Schüsse, er geht zwischen Bäumen in Deckung, er hört Kinder in einer Hütte weinen, will hin, merkt aber, dass er das Gewehrfeuer auf sich zieht und in Richtung der Hütte lenkt, er ruft den Kindern zu, sich unter den Betten zu verkriechen und versucht sich Klarheit zu verschaffen, was eigentlich vorsichgeht. Er sieht 2 Autos von denen aus geschossen wird, aber von überall kommen Schüsse und er denkt, »sollen wir alle abgeschlachtet werden?« Er feuert in die Luft, will Zeit gewinnen und deutlich machen, dass sie nicht einfach abgeschlachtet werden können. Andere Indianer feuern ebenfalls, dann entdecken sie, dass die beiden Fahrer tot sind und dass es keine GOONs sondern FBI-Beamte sind, sie wissen, dass sie jetzt ebenfalls so gut wie tot sind und versuchen zu fliehen, überall tauchen FBI-Beamte auf, überall Schüsse, der Ring ist gezogen, trotzdem gelingt allen die Flucht durch ein Abwasserrohr, das ausserhalb des Belagerungsrings auf einer Kuhweide endet - bis auf Joe Killsright Stuntz, der den Rückzug deckend erschossen wird.

»Dass die gesamte Gruppe – abgesehen von Joe Killsright Stuntz – es an dem Tag schaffte, da lebend herauszukommen, war das eigentliche Wunder aller Wunder und ist mir immer noch unbegreiflich. Es war unmöglich zu entkommen, und doch schafften wir es.« (S.171) Ein Adler hatte ihnen durch sein Auftauchen und seinen Flug den Weg zum Wasserrohr gezeigt und auch die Tatsache, dass die Suchtrupps die Fliehenden nachts nicht fanden, deutet Peltier - für uns vielleicht ungewohnt - spirituell: »Der heilige Adler tat mehr, als uns nur den Weg zu zeigen an jenem Tag. Er breitete seine Flügel weit aus und nahm uns unter seine Fittiche. Er machte uns unsichtbar...« (ebd.)

Später wird bekannt, dass neben zahlreichen US-Marshalls und Indianerpolizei allein das FBI tatsächlich über 60 Beamte zu der kleinen Ansiedlung geschickt hatte und es liegt der Verdacht nahe, dass die beiden erschossenen Beamten die Aufgabe hatten, diese Schiesserei zu provozieren, um den grossen Einsatz gegen das Zeltlager der AIM-Aktivisten zu rechtfertigen.

Das zweite Buch zu Peltier beginnt mit genau diesem 26.Juni und es beginnt den Tag aus der Sicht der beiden getöteten FBI-Beamten Coler und Williams. Der Autor Martin Ludwig Hofmann konzentriert seine Herangehensweise an die Vorkommnisse auf das Stichwort »Gewalt«. Dabei erscheint die »Gewalt« als irgendwie losgelöstes Problem. Unterstellt man Martin Ludwig Hofmann, dass er etwas gegen eskalierende politische Gewalt setzen wollte, dass es ihm bei seinem »detektivischem Spürsinn« (so das Cover) um die Rekonstruktion der Wahrheit geht und dass er gegen »eine positive Legendenbildung Peltiers« anschreiben wollte, muss man feststellen, dass er in jeder Hinsicht scheitert.

Wenn man dem Bremer Atlantik-Verlag unterstellt, dass er das Buch verlegt hat, weil er sich zum Anwalt Peltiers machen wollte, wie er sich bereits recht erfolgreich zum Anwalt Mumia Abu-Jamals gemacht hat, dann muss man festhalten, dass der gute Wille einem recht fragwürdigen Text zum Opfer gefallen ist.

Die angedeutete Fragwürdigkeit des Buches beginnt spätestens auf Seite 13, denn obwohl die beiden FBI-Autos offensichtlich die Angreifer waren, werden sie im Buch Hofmanns von Anfang an zu den Angegriffenen. Er zitiert einen FBI-Beamten mit einen Funkspruch der Getöteten: »Schickt uns Hilfe, oder wir werden getötet.« Auf der folgenden Seite schildert er das Ende der beiden Beamten so: »....unzählige AIM-Aktivisten feuerten auf die beiden FBI-Agenten. Kurz nach 12 Uhr war einer der beiden Beamten so schwer verletzt, daß er aufgeben wollte. Der andere, der weniger schwer verwundet war, legte sein Gewehr nieder, zog sein weißes Hemd aus und schwang es wie eine weiße Fahne, bevor er es dem am Boden liegenden Kollegen als Verband um den Arm wickelte. ... Innerhalb der nächsten Minuten gingen ein oder mehrere AIM-Aktivisten zu den Autos und töteten die beiden FBI-Beamten durch Schüsse aus einem Schnellfeuergewehr.« (S,14/15)

Das bleibt so stehen. Hofmann gibt an dieser Stelle keinen Hinweis darauf,

dass er diese Schilderung für zumindest fragwürdig hält und sagt auch nicht, woher er das Wissen hat, denn immerhin erklärte sogar ein Ankläger 1985. »Wir wussten nicht, wer die beiden Agenten erschoss.« (Ramsey Clark, S. 21) Auf Seite 100 erfahren wir es dann jedoch, welchen Quellen er diese präzise Schilderung entnommen hat, dort versucht er deutlich zu machen, wie »betroffen das FBI auch nach 19 Jahren über die Ermordung seiner Agenten war und ist« (S.101), indem er ein Flugblatt des FBI abdruckt, das tief in die Gefühlskiste greift:

»Von der unerwarteten Gewalt überrascht ... waren Coler und Williams innerhalb von Minuten verwundet und wehrlos... (sie) waren auf die Gnade von Peltier und dessen Partnern angewiesen. Aber an diesem Tag gab es keine Gnade für diese guten jungen Polizisten. Durch die fürchterlichen Verletzungen, die sie den beiden zugefügt hatten, noch nicht befriedigt, gingen Peltier und zwei weitere Männer den Hügel zu den in einen Hinterhalt gelockten Polizisten hinunter. Drei Schüsse wurden gehört. Williams, der auf dem Boden kniete und sich offenkundig ergeben hatte, wurde durch seine ausgestreckte, vermeintlich Schutz bietende Hand direkt ins Gesicht geschossen. ..,Coler, immer noch bewusstlos, wurde zweimal aus nächster Nähe in den Kopf geschossen. ... Die Untersuchungen führten schnell zu einer Konzentration auf Leonard Peltier als Täter der Hinrichtung. Leonard Peltier lebte ein Leben voller Kriminalität. Er ist ein Mörder ohne Mitgefühl für seine Mitmenschen. ... ein bösartiger, gewalttätiger und feiger krimineller....... unsere Bürger ..... müssen vor Raubtieren wie Peltier geschützt werden.« (S.101) Für Hofmann ist selbst dieses mehr als deutliche Hass-Flugblatt kein Anlaß, die geschilderten Ereignisse zu hinterfragen, wieder lässt er sie so stehen und bemängelt lediglich, das Schwarz-Weiss-Malen zwischen den guten jungen Polizisten und dem gewalttätigen Raubtier. Das mag für einen oberflächlichen bürgerlichen Journalisten noch passen, von einem Buchautor, der detektivisch arbeitet und in linken Verlagen veröffentlichen will, muß etwas mehr kritisches Denken verlangt werden.

Dass Hofmann ausserstande ist, kritisch zu hinterfragen , beweist er an ganz anderer Stelle und ironischer Weise genau dort, wo er gar nicht mehr aufhört, Fragen zu formulieren, er aber leider nur die falschen Schlüsse daraus ableitet.

Der Fall Anna Mae Aquash

Am 24. Februar 1976 wurde von einem Farmer die Leiche einer Frau auf der Pine Ridge-Reservation gefunden. Die Leiche wurde ins Krankenhaus gebracht und ein Pathologe führte eine Autopsie durch und stellte Tod durch Erfrieren fest. Anschließend schnitt er die Hände ab, schickte sie ans FBI ein, um die Identität der Frau zu klären, die am 3.März beerdigt wurde. Am 3.März wurde auch die Identität bekannt, es handelte sich um die AIM-Aktivistin und Freundin von Peltier und Dennis Banks: Anna Mae Aquash.

Weil die Verwandten nicht an einen Erfrierungstod glaubten und eine zweite Autopsie durchsetzen konnten, stellte sich heraus, das Mae mit einem Genickschuss hingerichtet worden war.

Hofmann fragt nun recht unschuldig: »Es ist schwer nachzuvollziehen, wie so etwas bei einer Obduktion übersehen werden konnte... so etwas ruft mehr als zweifelnde Blicke und Stirnrunzeln hervor« (S.109) Und er vertieft seine Zweifel:

»Warum erkannte keiner der am Tatort und bei der ersten Autopsie anwesenden FBI-Agenten die zur Fahndung ausgeschriebene Aquash? Warum hat kein Stammespolizist und kein FBI-Beamter das blutverkrustete Einschußloch im Hinterkopf der Toten gesehen? Weshalb wurde nicht versucht, die Identität der Leiche dadurch festzustellen, daß man sie anderen Reservationsbewohnern zeigt? Warum wurden der Toten die Hände abgeschnitten? Und schließlich die schwerwiegendste aller Fragen: Wie konnte bei einer Autopsie solch eine Fehldiagnose gestellt werden?« (S.109)

Wer jetzt denkt, dass alle diese Fragen nur zu einer Antwort führen können, wird überrascht. Hofmann lässt die Fragen als unbeantwortet stehen und geht zum nächsten Kapitel über. Geschickt gemacht? Die LeserInnen denken sich ja eh ihren Teil? Nein, er gibt eine Antwort, die nun mal gar nicht zu seinen Fragen passen will: »... es kamen Stimmen auf,.... sie sei verdächtigt worden, eine FBI-Informantin zu sein. Und übereifrige Aktivisten hätten sie exekutiert.« (S.109)

Der Autor mutiert zum Meisterdetektiv, das FBI verscharrt seine Informantin eiligst und stellt schnell eine falsche Todesursache aus, vermutlich weil es die »übereifrigen Aktivisten« decken will? Aber weil Sherlok sich nicht ganz sicher ist, seinen Blödsinn (sorry) nicht beweisen kann, »kamen eben Stimmen auf, sie sei ... gewesen« und deshalb schließt er hilflos »und an wessen Händen tatsächlich Anna Maes Blut klebt, konnte jedoch bislang nicht geklärt werden.«

Nun kann man schwerlich unterstellen, dass Hofmann auch vom FBI Honorar erhalten hat, also muss man annehmen, dass er keinerlei politische Phantasie besitzt und sich ganz einfach nicht vorstellen kann, dass es staatlich sanktionierte, durchgeführte und vertuschte Morde gab und immer wieder geben wird.

Fazit: Sieht man vom Anhang des Buches ab, indem sich ein lesenswertes Interview mit Leonard Peltier befindet, das Ben Corbett für Boulder Weekly im März 2000 geführt hat, handelt es sich bei Indian War um ein ärgerliches Buch für die wichtige Sache von Leonard Peltier im Besonderen, und für das AIM und die Indigenas im Allgemeinen und auch für den Atlantik-Verlag, der ein paar Seiten anscheinend nicht gründlich genug gelesen hat und mit diesem Buch seinem politischen Anspruch sicherlich nicht gerecht wird.

Mein Leben ist mein Sonnentanz
Leonard Peltier
Herausgegeben von Harvey Arden, übersetzt von Karin Ehmke, Verlag 2001, Frankfurt 1999, 299 S., 25.-DM

ausführlich zum Fall:
Peter Matthiessen:
In the Spirit of Crazy Horse:
The Story of Leonard Peltier and the FBI's War on the American Indian Movement, (das Buch wurde übrigens 8 Jahre lang in den USA gerichtlich vom Markt geklagt, ist jetzt aber wieder greifbar)

Martin Ludwig Hofmann
Indian War
Der Fall des indianischen Bürgerrechtlers Leonard Peltier
Atlantik-Verlag, Bremen 2000, 180 S., 19,80 DM

Kontakt. Leonard Peltier
89637-132
P.O.Box 1000
Leavenworth, Kansas 66048, USA
Infokontakt:
The International Office of the Leonard Peltier Defense Committee, P.O.Box 6455
Kansas City, KS 66106, USA

Wege in die Öffentlichkeit

Eine Rezension des Buches »Prozesse kritischer Öffentlichkeitsproduktion« von Boris Scharlowski

Wie findet Systemkritische Information ihren Weg an die Öffentlichkeit – oder besser in die Öffentlichkeiten? Was sind die Möglichkeiten und Grenzen einer von den Massenmedien unabhängigen Informationsvermittlung und wie weit kann diese Unabhängigkeit gehen? Mit welchen politischen und gesellschaftlichen Widerständen haben die Akteure der sogenannten »alternativen« oder »authentischen« Öffentlichkeit zu kämpfen?

Differenziert und systematisch geht Boris Scharlowski in seinem Buch »Prozesse kritischer Öffentlichkeitsproduktion« diesen Fragestellungen nach. Dabei wird sowohl die Geschichte als auch der momentane Zustand zweier beispielhafter Produzenten kritischer Basisinformation verglichen, um neue Aspekte für eine Steigerung der Wirksamkeit einer gesellschaftsverändernden, politischen Informationsarbeit zu erhalten: Auf der einen Seite Basisbewegungen in Chile, gegründet, um marginalisierten Bevölkerungsschichten »eine Stimme zu geben«, Selbstreflexion, Gesellschaftsanalyse von unten zu ermöglichen, vereinzelte Individuen zusammenzuschließen rung zu erreichen, ja mehr noch, denn wie andere dieser Sparte, versucht auch dieser Akteur zu bewirken, daß diese Bewußtseinsänderung in eine Handlungsänderung überschlägt, damit sie praktisch wird und dazu beiträgt, bestehende Verhältnisse zu ändern.

Aber wo sind die Grenzen beim Vergleich zweier so unterschiedlicher gesellschaftlicher Realitäten und wo die Möglichkeiten? Woraus resultiert die Verschiedenheit und was bedeutet sie für die jeweiligen Akteure? Während in Chile Aufgrund der jahrelangen Diktatur ein teilweise immer noch repressiver Umgang mit Gegenöffentlichkeit herrscht, sieht die Situation hierzulande anders aus: weniger die Verbreitung der Information ist die Schwierigkeit , eher das »Wahrgenommen werden«. Während in Chile eine »Kultur des Schweigens« konstatiert wird, handelt es sich hier demgegenüber eher um eine »Kultur des Verdrängens«, des nicht zur Kenntnis nehmen Wollens oder Könnens. Der Effekt ist aber in beiden Fällen derselbe: Gestörter Informationsfluß mit daraus auf lange Sicht negativen Folgen für die Gesellschaft. Wie kommt ein nicht »Wahrgenommen werden« in unserer Gesellschaft zustande? Was braucht eine Information um in das Bewusstsein der RezipientInnen zu dringen? Auch diesen Fragen geht Scharlowski nach. Er untersucht dabei sowohl die Barrieren, die eine Informationsaufnahme verhindern als auch den vermittelten Inhalt selbst, der im Falle der »Dritte Welt- Problematik« per se ein schwer zu beschreibender oder gar zu vermittelnder ist, da es sich sowohl um einen komplexen wie fremden Inhalt handelt: Die zu vermittelnden Zusammenhänge liegen normalerweise völlig außerhalb des direkten Erfahrungsbereiches der RezipientInnen und stoßen daher nicht »von alleine« auf größeres Interesse. Die Richtigkeit oder Dringlichkeit der Information sind nachgeordnete Kriterien für eine Bewußtseinsänderung durch Informationsaufnahme, eher wird aufgenommen, was schon zu den Einstellungen und Erfahrungen der RezipientInnen passt. In Anlehnung an systemtheorethische Modelle betrachtet, gibt es laut Scharlowski nur einen Weg, die Gesellschaft durchlässiger für nichtsystemkonforme Informationen zu machen, um so flächendeckend das Bewusstsein einer Gesellschaft zu verändern, und das ist, die

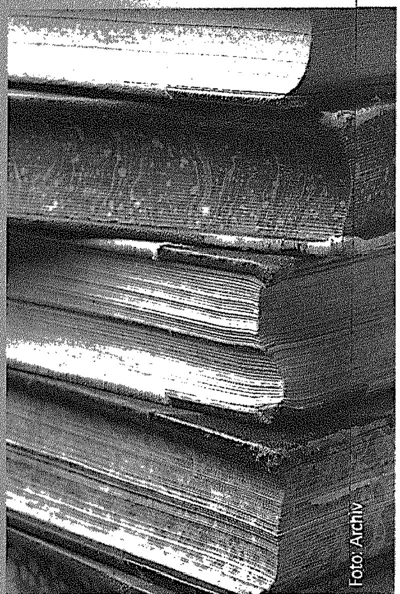


Foto: Archiv

und zu Handlungen zu Befähigen, die letztlich gesellschaftsverändernde Wirkung haben. Auf der anderen Seite die Organisation »Banafair« ein bekannter Exponent der »Dritte Welt Bewegung«, die Fairen Handel mit Informationsarbeit verknüpft, mit dem Ziel, Zusammenhänge zwischen Politik, Welthandelsgesetzen, Dritter und Erster Welt am Beispiel Bananenhandel zu erkennen und auch hier eine Bewußtseinsände-

Bedingungen zu verbessern, in denen sich solche Kommunikation ereignen könnte, um so die Häufigkeit dieser Information zu steigern und so die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, daß eine Information ihren Weg in das Bewusstsein findet. Bezug nimmt Scharlowski bei solchen Analysen auf politische und systemkritische Überlegungen Gramscis und Focaults sowie auf die Psychoanalyse Alexanders und Margarete Mit-

scherlichs, die er auf politische (Dritte Welt) Informationsarbeit überträgt. Dieses als wissenschaftliche Abhandlung geschriebene Buch wendet sich vor allen an schon mit der Problematik politischer Informationsarbeit vertraute Akteure politischer Basisbewegungen. Sie können von der vorgelegten Analyse der komplexen Zusammenhänge für ihre eigene Arbeit profitieren, können sich neue Aspekte anhand des Buches erarbeiten und Perspektiven für eine wirkungsvollere Öffentlichkeitsarbeit gewinnen.

Jan Jacob Hofmann

Boris Scharlowski: Prozesse kritischer Öffentlichkeitsproduktion- die Beispiele der Comunicación popular in Chile und der entwicklungspolitischen Informationsarbeit in Deutschland, IKO- Verlag für Interkulturelle Kommunikation ;
ISBN 3-88939-511-2 (Preis 49.80)

Freie Menschen in Freien Vereinb

Eine Rezension des Buches »Freie Menschen in Freien Vereinbarungen - Gegenbilder zur Expo 2000"

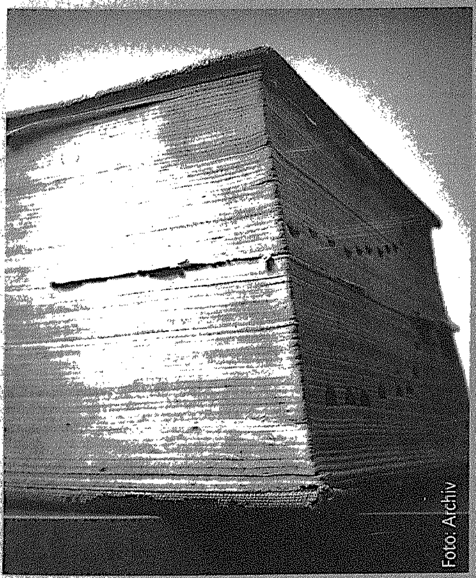
Viel ist geschrieben worden über die Expo, ihre Pannen, ihre Schulden oder auch die Peinlichkeit des Expo-Fernsehen. Nur über die Ideologie, die die Expo-Macher transportieren wollen, wurde wenig berichtet. Warum auch? Wird doch die Weltausstellung eher als verlängerte Touristikmesse denn als Vermittler von Botschaften in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Doch ausgerechnet vehemente Expo-KritikerInnen haben kürzlich unter dem Titel »Gegenbilder zur Expo 2000« ein Buch veröffentlicht, in dem sie die vorgeblichen Inhalte der Weltausstellung ernst nehmen. Heisst es doch im Vorwort: »Die Expo-Strategie ist geschickt – so lange sie aufgeht. Wird die Expo aber als Vorschlag für eine ganz bestimmte Zukunftsvariante unter vielen möglichen wahrgenommen, könnte sie sich in ihr Gegenteil verkehren. Dann nämlich böte die Expo die Möglichkeit, diese Variante zu kritisieren und andere Zukunftsszenarien vorzuschlagen.« Weil aber die Expo-Botschaften in der Öffentlichkeit so gar nicht wahrgenommen werden, leiden auch die ‚Gegenbilder' bisher unter Desinteresse. Eigentlich schade; haben doch die drei AutorInnen wahrlich eine Fleissarbeit abgeliefert.

Vom Ökologiebegriff über eine Wissenschaftskritik bis zur Geschichte der Produktivkraftentwicklung wird kein Problemfeld ausgelassen. Marx, Bloch, Holtzkamp, Bookchin gehören zu der Primärliteratur, die in dem Buch aufgearbeitet wird. Trotzdem haben sich die VerfasserInnen erkennbar bemüht, komplizierte Zusammenhänge allgemeinverständlich darzustellen. Neben einem umfangreichen Glossar, in dem viele Begriff ausführlich erklärt werden, gibt es am Rande der jeweiligen Artikel kurze Textzusammenfassungen. Weiterhin muss lobend erwähnt werden, dass die AutorInnen ihr Buch als OpenTheory-Projekt begreifen. »Dieses Buch erscheint unter einer freien Lizenz (Copyleft), die das Kopieren, das Verändern und das Weitergeben des modifizierten Textes erlaubt und die dafür sorgt, das sich niemand den Text privat unter den Nagel reissen und z.B. mit einem Copyright belegen kann. Nur der Hinweis auf die Quelle, die AutorInnengruppe und die Bezugsmöglichkeiten müssen erhalten bleiben«.

Damit setzen die Gegenbild-AutorInnen eine ihrer im Buch formulierten Zukunftsutopien in die Praxis um. Abschaffung aller Patente, freier Tausch von Informationen, Dienstleistungen und auch Waren gehört zu ihren Forderungen.

Das Projekt der freien Software aber auch Linux wird als nachahmenswertes Beispiel herangezogen. Die AutorInnen sind also beileibe keine Technikfeinde. Anders als der New-Work-Guru Frithjof Bergmann, der in dem Buch mehrere positive Randnotizen erhält, spricht die Gruppe Gegenbilder dem Computer und dem Internet keine per se emanzipatorische Wirkung zu. Den Texten ist anzumerken, dass ihre AutorInnen längere Zeit in Kommunen und Projektwerkstätten mitgearbeitet. So gibt es längere Textpassagen, mit denen kommune- und projektresistente LeserInnen wahrscheinlich wenig anfangen können.

Die Kritik an der Agenda 21, dem Nachhaltigkeitsdiskurs und der Politik der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) stützt sich wesentlich auf die Arbeiten des Mitherausgebers und Radikalökologen Jörg Bergstedt. So prägnant seine Einwände sind, so kritisch muss auch das Gegenkonzept einer »Bewegung von unten« hinterfragt werden, das sich durch das gesamte Buch zieht und stellenweise schon den Charakter eines Mythos bekommen hat. Dabei wird nicht


Foto: Archiv

barungen

hinterfragt, ob Bewegungen von unten per se progressiver als beispielsweise linke Nichtregierungsorganisationen wie medico International sein müssen.

Auf der Pressekonferenz der Bundeskongress Entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO) Anfang Oktober in Berlin wurde diese Frage mit plausiblen Argumenten verneint. Schliesslich haben wir oft genug erlebt, dass auch »Bewegungen von unten« autoritäre, rassistische, protektionistische Theorie- und Praxisformen hervorbringen. Wie soll sich auch ein autoritär strukturiertes Subjekt plötzlich seiner gesamten Sozialisation entledigen und emanzipatorische Eigenverantwortung übernehmen? Schliesslich gibt es da selbst in der linken Bewegung grosse Probleme, wie die Gruppe Gegenbilder in ihrer Kritik an der Anti-Expo-Bewegung überzeugend nachweist. »Nicht nur die verbandlich oder gar betriebswirtschaftlich organisierten NGOs und die bewusst zentralisiert arbeitenden kaderlinken Gruppierungen weisen krasse Hierarchien auf, sondern auch in den Gruppen, die den Herrschaftsabbau eigentlich als ihr Ziel proklamieren, finden sich Dominanzverhältnisse alltäglich.«

Angesichts dieses Zustandes der Linken ist der Versuch der AutorInnen, ein Gegenkonzept zu formulieren, nicht gering zu schätzen. Es wäre zu wünschen, dass es die kritische Debatte auslöst, die sich die Gruppe Gegenbilder wünscht. Beim aktuellen Zustand der Anti-Expo-Bewegung und des Utopietabus der Restlinken fast ein vermessener Wunsch.

Peter Nowak

(Quelle: www.xposition.de)

Freie Menschen in freien Vereinbarungen Gegenbilder zur Expo 2000 Hg.: Gruppe Gegenbilder, 2000, 19,80 DM Bestellungen an: Projektwerkstatt Ludwigstr. 11 35447 Reiskirchen-Saasen Tel. 06401/90328-3, Fax -5,

Download: http://www.projektwerkstatt.de/download/
Debatte: http://www.opentheory.org/proj/gegenbilder

Impressum:

Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: schwarzerfaden@gmx.de

Einzelpreis: 8.-DM
ABO (4 Nrn.): 30.-DM
Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Verlag, Satz & Vertrieb:
Trotzdem-Verlag, Grafenau
Das Redaktionskollektiv entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. Anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.
Redaktion dieser Ausgabe:
Wolfgang Haug, Jan Jacob Hofmann, Andreas Ries, Harald Romacker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt.
Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Technologie: Wir wünschen uns die Artikel per Datenträger. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word, als txt-Datei auf MAC-Basis, mcw-Datei auf DOS-Basis oder als e-mail: schwarzerfaden@gmx.de

Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Anarchistische Buchh., Wien
Schweiz: Anares, Bern

Anzeigenpreise (zzgl. 16% MWST):

Kleinanzeige:	40.- DM
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	150.- DM
ganze Spalte (5,4x27 cm):	300.- DM
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	250.- DM
1/2-A-4-Seite:	450.- DM
1 A-4-Seite:	1000.- DM
Beilagen	400.- DM

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Trotzdem Verlagsgenossenschaft

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der zukünftigen Trotzdem Verlagsgenossenschaft werden
und zeichne ... Genossenschaftsanteile zu je 500 DM DM.

Den Gesamtbetrag über ... DM überweise ich innerhalb eines Monats auf das Konto
Wolfgang Haug
Volksbank im Kreis Böblingen
Konto 452 622 000
BLZ 603 9000

Das Geld ist für die im Jahre 2001 zu gründende Trotzdem Verlagsgenossenschaft bestimmt.
Und darf nur zu diesem Zweck verwendet werden.

Alle Unterzeichner/Unterzeichnerinnen dieser Beitrittserklärung werden zur Gründungsversammlung eingeladen und können bei Interesse daran teilnehmen.

Persönliche Angaben

Name/Vorname: ....

Adresse: ....

PLZ/Ort: ....

Tel/Fax/E-Mail : ....

Ort/Datum: ....

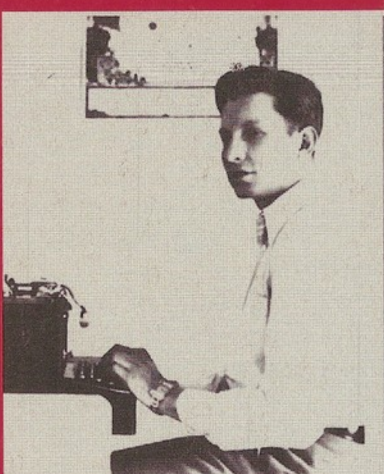
Unterschrift: ....

Die Beitrittserklärung bitte an

Trotzdem Verlag
Postfach 11 59
71117 Grafenau
Fax (0 70 33) 4 52 64

GEWINNSPIEL!

WER IST DIE HIER ABGEBILDETE PERSON?

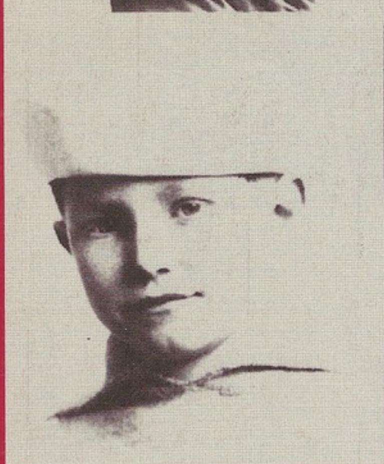


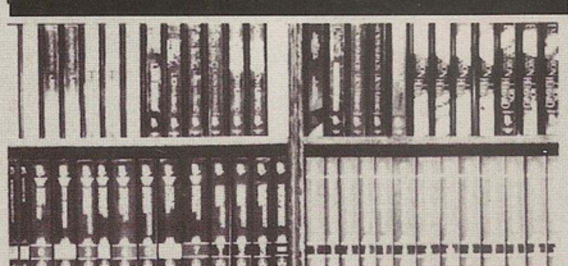
- ADOLF HITLER
- MARCEL REICH-RANICKI
- TIM LOBINGER
- RON L. HUBBARD



LÖSUNG BITTE AN SCHWARZER FADEN PF 1159 71117 GRAFENAU EINSENDEN.

UNTER DEN RICHTIGEN EINSENDUNGEN WERDEN ZEHN FREIABOS UNTER REDAKTIONELLER AUFSICHT VERLOST.







Trotzdem Verlag, PF1159, 71117 Grafenau
ISSSN 0722-8988
Postvertriebsstück *E9860* Entgelt bezahlt*